



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

92. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 12. März 2010, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel
und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

**Wahl des Vizepräsidenten des
Landesrechnungshofes Mecklenburg-
Vorpommern gemäß Artikel 68
Absatz 2 Satz 2 der Verfassung des
Landes Mecklenburg-Vorpommern** 3

Wahlvorschlag der Landesregierung:
**Wahl des Vizepräsidenten des
Landesrechnungshofes**
– Drucksache 5/3271 – 3

B e s c h l u s s 3, 4, 51, 52

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
**Maßnahmen gegen Spekulationen auf den
Finanzmärkten und ungerechtfertigte
Banker-Bonuszahlungen**
– Drucksache 5/3290 – 4

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3325 – 4

Egbert Liskow, CDU 4

Ministerin Heike Polzin 6

Birgit Schwebs, DIE LINKE 7

Rudolf Borchert, SPD 9, 15

Sigrun Reese, FDP 12

Udo Pastörs, NPD 13

Marc Reinhardt, CDU 14

B e s c h l u s s 16

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
**Kommunen nicht im Regen stehen lassen –
konkrete Maßnahmen zur Stärkung
der Kommunen einleiten**
– Drucksache 5/3279 – 16

Peter Ritter, DIE LINKE 16

Minister Lorenz Caffier 17

Heinz Müller, SPD 19, 29

Toralf Schnur, FDP 22

Torsten Renz, CDU 23

Stefan Köster, NPD 26

Birgit Schwebs, DIE LINKE 27

Egbert Liskow, CDU 29

B e s c h l u s s 30

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
**Vielfalt der Jugendfreiwilligendienste
beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ)
und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) –
ein unverzichtbarer Teil des gemeinwohl-
orientierten bürgerschaftlichen Engagements
in Mecklenburg-Vorpommern**
– Drucksache 5/3292 – 30

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/3314 – 30

Ilka Lochner-Borst, CDU 30

Ministerin Manuela Schwesig 31

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE 32

Martina Tegtmeier, SPD	33
Hans Kreher, FDP	34
Tino Müller, NPD	34
André Specht, CDU	35
B e s c h l u s s	36

Unterrichtung durch die Landesregierung:

**Zwischenbericht der Landesregierung zur
Umsetzung des Landesprogramms
„Demokratie und Toleranz
gemeinsam stärken!“**

– Drucksache 5/3063 –	36
Ministerin Manuela Schwesig	36
Peter Ritter, DIE LINKE	38
Hans Kreher, FDP	41
Dr. Armin Jäger, CDU	42
Stefan Köster, NPD	46
Mathias Brodkorb, SPD	48
B e s c h l u s s	50

Nächste Sitzung

Mittwoch, 28. April 2010	50
--------------------------------	----

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 92. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

(allgemeine Unruhe –
Heinz Müller, SPD: Kann hier
mal ein bisschen Ruhe einkehren?)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 68 Absatz 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

**Wahl des Vizepräsidenten des
Landesrechnungshofes Mecklenburg-
Vorpommern gemäß Artikel 68
Absatz 2 Satz 2 der Verfassung des
Landes Mecklenburg-Vorpommern**

**Wahlvorschlag der Landesregierung:
Wahl des Vizepräsidenten des
Landesrechnungshofes
– Drucksache 5/3271 –**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen eine geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln. Gemäß Artikel 68 Absatz 2 unserer Landesverfassung wird der Vizepräsident des Landesrechnungshofes auf Vorschlag der Landesregierung vom Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages ohne Aussprache auf die Dauer von zwölf Jahren gewählt. Auf Drucksache 5/3271 liegt Ihnen der Wahlvorschlag der Landesregierung vor.

Wir kommen jetzt zur Wahl.

Den für die Wahl allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens vor Betreten der Wahlkabine am Tisch zu meiner Rechten. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, mit mehr als einem Kreuz versehen ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Mitgliedes des Landtages nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Ich bitte jetzt die Schriftführerin, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführerin überzeugt sich davon,
dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Vielen Dank.

Ich bitte die Schriftführer und deren Vertreter, ihre vereinbarten Positionen einzunehmen, und ich bitte die Schriftführerin jetzt, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa fünf Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 9.22 Uhr**Wiederbeginn: 9.26 Uhr**

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Wahl bekannt. Für die Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes wurden insgesamt 65 Stimmen abgegeben, davon waren 65 Stimmen gültig. Mit Ja stimmten 41 Mitglieder des Landtages, mit Nein stimmten 23 Mitglieder des Landtages, ein Mitglied enthielt sich der Stimme.

Die Zweidrittelmehrheit, die für die Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes gemäß Artikel 68 Absatz 2 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefordert wird, lag demnach bei 44 Stimmen. Ich stelle fest, dass Herr Reinhard Arenskrieger die nach Artikel 68 Absatz 2 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder des Landtages nicht auf sich vereinigen konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat darum gebeten, die Unterbrechung auf 20 Minuten zu verlängern. Wir werden also unsere Beratungen um 9.50 Uhr fortsetzen.

Unterbrechung: 9.27 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung
wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 10.42 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir befinden uns im Tagesordnungspunkt 28: Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 68 Absatz 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Da die Zweidrittelmehrheit, die für die Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes gemäß Artikel 68 Absatz 2 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefordert war, nicht erreicht wurde, wiederhole ich die Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes und eröffne den zweiten Wahlgang. Es gilt das gleiche Prozedere wie im ersten Wahlgang.

Wir kommen zur Wahl.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Den für den zweiten Wahlgang allein gültigen blauen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens vor Betreten der Wahlkabine am Tisch zu meiner Rechten. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich

hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, mit mehr als einem Kreuz versehen ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Mitgliedes des Landtages nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Ich bitte jetzt die Schriftführerin, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführerin überzeugt sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Das ist der Fall.

Ich bitte nun den Schriftführer und die Schriftführerinnen, die vereinbarten Positionen einzunehmen und die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollten, ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Ich schließe also die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa fünf Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 10.58 Uhr

Wiederbeginn: 11.02 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Wahl im zweiten Wahlgang bekannt. Für die Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes im zweiten Wahlgang wurden 65 Stimmen abgegeben, davon waren 65 Stimmen gültig. Mit Ja stimmten 44 Mitglieder des Landtages, mit Nein stimmten 21 Mitglieder des Landtages, kein Mitglied des Landtages enthielt sich der Stimme.

Die Zweidrittelmehrheit, die für die Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes gemäß Artikel 68 Absatz 2 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefordert wird, lag demnach bei 44 Stimmen. Ich stelle fest, dass Herr Reinhard Arenskrieger die nach Artikel 68 Absatz 2 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder des Landtages auf sich vereinigen konnte. Ich gratuliere Herrn Arenskrieger im Namen des Hohen Hauses.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat eine Unterbrechung der Sitzung für 20 Minuten beantragt. Wir setzen unsere Beratungen um 11.25 Uhr fort.

Unterbrechung: 11.03 Uhr

Wiederbeginn: 11.30 Uhr

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Maßnahmen gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und

ungerechtfertigte Banker-Bonuszahlungen, Drucksache 5/3290. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3325 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
Maßnahmen gegen Spekulationen auf den
Finanzmärkten und ungerechtfertigte
Banker-Bonuszahlungen
– Drucksache 5/3290 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3325 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der enormen Kosten, die die schwerste Finanzkrise in der Geschichte nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch Europas und der gesamten Welt verursacht hat, ist es an der Zeit, sich zu fragen, welche Maßnahmen gegen eine Wiederholung einer solchen Krise und zur teilweisen Refinanzierung der enormen öffentlichen Belastungen der öffentlichen Haushalte ergriffen werden können. Außerdem ist in diesem Zusammenhang auch die Forderung nach weitgehender Steuergerechtigkeit und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung durch die Verschaffung von Kapital ins Ausland zu betrachten. Deshalb haben sich die Koalitionsfraktionen dazu entschlossen, einen Antrag zu stellen, der die Landesregierung auffordert, sich auf Bundesebene für die intensive und zeitnahe Prüfung verschiedener Maßnahmen im Finanzsektor einzusetzen.

Lassen Sie mich nun im Folgenden auf einzelne Punkte näher eingehen:

Als Erstes ist eine Finanztransaktionssteuer zur Regulierung von Spekulationen auf internationalen Finanzmärkten vorgeschlagen. Eine solche internationale Finanztransaktionssteuer kann, wenn sie richtig gemacht ist, ein wirksames Instrument zur Eindämmung von wirtschaftlich nicht sinnvollen Spekulationen sein. In diesem Zusammenhang kann aber durchaus auch der Finanzierungseffekt einer solchen Steuer angesichts der hohen Belastung der öffentlichen Haushalte aufgrund der immer noch aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise als Grund angeführt werden. Eine wichtige Bedingung für das Funktionieren einer solchen Steuer ist aber die koordinierte Einführung auf internationaler Ebene.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Ein Alleingang einzelner Länder würde wegen der großen internationalen Flexibilität der Finanzmärkte zur Umgehung der Steuer führen, indem die Geschäfte einfach in Ländern ohne eine solche Steuer abgewickelt werden würden.

Das grundlegende Modell einer solchen Finanztransaktionssteuer orientiert sich an den von Professor Tobin gemachten Vorschlägen für eine internationale Steuer auf Währungsspekulationen. Dabei ist an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass diese sogenannte Tobin-Steuer nichts mit der Diskussion in globalisierungskritischen Kreisen zu tun hat, die diesen Namen fälschlicherweise auf eine Steuer zur Finanzierung von fragwürdigen wirtschaftlichen Maßnahmen in Dritte-Welt-Ländern anwenden.

Von einem solchen Konzept, wie es etwa von Herrn Tack vorgetragen wird, hat sich Professor Tobin als Erfinder der ursprünglichen Steuer ausdrücklich distanziert.

Vielmehr ist es Sinn der von Ihnen vorgeschlagenen Spekulationssteuer, die gesamtwirtschaftlich äußerst schädlichen Spekulationen in Form von Wetten gegen einzelne Währungen durch die Erhebung einer geringen Steuer von zum Beispiel 0,1 Prozent des Volumens für die Spekulation wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll zu machen.

Dieses Prinzip lässt sich aber auch auf andere Bereiche des internationalen Wirtschaftslebens übertragen. Somit ist schon in der zugrunde liegenden theoretischen Herleitung einer Finanztransaktionssteuer festgelegt, dass diese nur auf internationaler Ebene eingeführt werden kann.

Dieser richtige Rahmen hierfür wäre ein koordiniertes europäisches Vorgehen im Rahmen der anstehenden G20-Beratung. Dieses ist im Übrigen der Rahmen, in dem die Steuer erstmals von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die Agenda gesetzt wurde. Im vorliegenden Antrag ist deshalb auch zweimal auf die internationale Dimension abgestellt. Die Einführung nur auf nationaler Ebene würde zum Erreichen des globalen Zwecks der Verhinderung einer neuen Wirtschaftskrise gar nicht beitragen können.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Das ist schon mal was.)

Aber auch unter dem Aspekt der Refinanzierung der enormen Belastung für die nationalen Haushalte wäre eine Einführung auf rein nationaler Ebene sogar kontraproduktiv,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Ja, die Briten machen es aber.)

da die entsprechenden Finanzdienstleister aufgrund ihrer Flexibilität ohne Weiteres auf andere Märkte ohne eine solche Steuer ausweichen könnten.

Sie sehen also, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass eine solche Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene durchaus Sinn machen kann, um neue Krisen zu verhindern,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und auch zur Refinanzierung der enormen Belastung durch die Krise beitragen kann. Die intensive und zeitnahe Prüfung auf Bundesebene ist daher angebracht.

Ein weiterer Punkt, der im Rahmen der Finanzierung der öffentlichen Haushalte eine Rolle spielt, ist die wirksame Herstellung von weitgehender Steuergerechtigkeit im Hinblick auf die illegale Verbringung von großen Vermögenswerten auf ausländische Banken. Hier hat die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und auch von Steueroasen in nachdrücklicher Weise zu erfolgen. Das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz ermöglicht jetzt in Deutschland wirksame Maßnahmen, die nun auch konsequent genutzt werden müssen. Es versteht sich von selbst, dass hier kleine und große Vermögen, Gering- und Spitzenverdiener einer absoluten Gleichbehandlung unterliegen müssen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Oha!)

Auch ist hier nochmals darauf hinzuweisen, dass die Auslobung von Geldbeträgen in einer Strafverfolgung gang und gäbe ist. Sowohl um den Gerechtigkeitswillen als auch um die ausstehenden Steuerschulden eintreiben zu können, ist die Verwendung von Datensätzen zur Aufklärung von Straftaten ein legitimes Mittel, das ja

nun zum wiederholten Male zum Einsatz gekommen ist. Insbesondere die hohe Anzahl von Selbstanzeigen, die auch dem Landeshaushalt Mecklenburg-Vorpommern zugute gekommen sind, zeigen, dass eine effiziente Bekämpfung des Steuerbetrugs nach wie vor notwendig ist.

Als Drittes sind schließlich auch die Bonuszahlungen im Banksektor einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, um sie so auszugestalten, dass durch sie eine neue Krise nicht befördert wird. Grundsätzlich ist im Rahmen der Privatautonomie zwar darauf zu achten, dass jedes Unternehmen die Gehälter zahlen kann, die es für richtig hält, eine Einschränkung erfährt dieses Prinzip aber dann, wenn durch die Aufgabenstellung von Bonuszahlungen ein Verhalten gefördert wird, das in erheblichem Maße negative Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht haben kann. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn im gesamten Bankensektor durch kurzfristig enorm hohe Bonuszahlungen ein extrem risikofreudiges Verhalten der Akteure noch belohnt wird, der langfristige Erfolg aber vernachlässigt wird. Solche Bonuszahlungen müssen in Zukunft verhindert werden. Vielmehr müssen sich Vergütungen künftig stärker an der nachhaltigen Entwicklung eines Finanzinstitutes orientieren und im größeren Maße die Risiken negativ bewerten.

Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass elf große deutsche Banken und Versicherungen die Regeln gemäß den Empfehlungen der G20-Staaten von 2009 umgesetzt haben. Auch in diesem Zusammenhang sind gemeinsame Regeln auf internationaler Basis zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen anzuraten, um Nachhaltigkeit in den Vergütungsstrukturen zu erreichen, wie auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble deutlich gemacht hat. Diese Maßnahmen stellen im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf über die aufsichtsrechtliche Anforderung an die Vergütungssysteme Schritte in die richtige Richtung dar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen also, dass die einzelnen Produkte zur Vermeidung einer erneuten Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Finanzierung der enormen Belastung für die öffentlichen Haushalte im Zusammenhang mit diesen Krisen sinnvoll sein können und daher eine intensive Prüfung auf Bundesebene weiterverfolgt werden soll und muss.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Na
dann können Sie ja unserem Antrag
zustimmen, dem Änderungsantrag.)

Dazu wird dann mein Kollege noch was sagen. Aber ich denke, dass wir unseren Antrag so gestaltet haben, Frau Schwebs, wie wir unseren Antrag hier vortragen, und

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dass Sie ihm zustimmen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Top!)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Liskow.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Polzin. Frau Polzin, Sie haben das Wort.

Ministerin Heike Polzin: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Liskow, Ihre Rede traf beileibe nicht meine Erwartungen, nachdem der Antrag ja von Ihnen, denke ich, so positiv befördert wurde. Aber vielleicht habe ich auch nur nicht ganz richtig hingehört. Ich denke schon, dass die Koalition bei diesem Thema tatsächlich einen guten Vorstoß gemacht hat, und insofern würde ich dann auch gern hierbei zu meinem Beitrag kommen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Vor rund anderthalb Jahren stand ich hier an gleicher Stelle und wir diskutierten nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers erstmals über die dramatische Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten. Damals wurden – historisch einmalig – in kürzester Zeit weltweit koordinierte Rettungsmaßnahmen auf den Weg gebracht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In Deutschland verabschiedete man innerhalb von fünf Tagen ein 480 Milliarden Euro schweres Rettungspaket. Die Demokratie zeigte sich handlungsfähig, aber niemand wagte damals vorherzusagen, ob ein Kollaps der Finanzmärkte vermieden werden könne. Heute wissen wir, es ist gelungen, allerdings zu einem sehr hohen Preis. Und wir wissen, aus der Finanzkrise ist eine Wirtschaftskrise geworden, in Deutschland die schwerste seit 80 Jahren.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Bund, Land und Kommunen spüren dies schmerzhaft bei ihren Steuereinnahmen. In diesem Jahr werden wir im Landeshaushalt rund 750 Millionen Euro weniger Steuern einnehmen als noch im Jahr 2008. Im Vergleich zum Gesamtvolumen unseres Haushaltes sind das zehn Prozent, die uns an Einnahmen fehlen.

Auch auf dem Arbeitsmarkt wirkt sich die Krise aus. Wir erleben einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit, der wohl auch im Jahr 2010 noch anhalten wird. Im Vergleich zur Dimension der Krise – minus fünf Prozent Wirtschaftswachstum 2009 – sind allerdings auf dem Arbeitsmarkt die Folgen noch überschaubar geblieben. Hier zeigt sich, dass die Maßnahmen der Großen Koalition im Bund und im Land damals erfolgreich waren. Insbesondere die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes sowie die zahlreichen konjunkturstützenden Maßnahmen haben wesentlich dazu beigetragen.

Ich möchte aber an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal betonen: Ich halte auch im Rückblick die Rettungsmaßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte für richtig, denn es ging ums Ganze: um unsere Volkswirtschaft und unser Gemeinwohl.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Kosten der Rettung waren unbestritten hoch, aber sie lassen sich beziffern, die Kosten einer Pleite nicht.

Aber: Seit Ausbruch der Krise wurde immer wieder betont, dass es nun die vordringliche Aufgabe sei, die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Vor allem die Bundeskanzlerin spricht immer wieder von einer neuen Verfassung für die internationalen Finanzmärkte und dass sie alles dafür tue, damit sich eine solche Krise nicht wiederhole. Bisher hat sich allerdings nur wenig Konkretes getan. Im Gegenteil, man gewinnt zunehmend den Eindruck, dass die Bereitschaft zu Reformen in dem Maße abnimmt, in dem die wirtschaftliche Erholung

zunimmt. Dies ist eine gefährliche Entwicklung, denn die Akteure auf den Finanzmärkten scheinen sehr wenig gelernt zu haben. Die Hauptverursacher der Krise gehören inzwischen zu den Gewinnern. Inmitten einer stagnierenden Weltwirtschaft machen die großen Finanzinstitute schon wieder Milliardengewinne. Aber dies sind vielfach Gewinne, die nur möglich sind,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

weil die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland und weltweit die Banken mit Milliardensummen und -Bürgschaften gestützt haben. Dennoch läuft der Handel zum Beispiel mit Derivaten inzwischen wieder auf Hochtouren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Von Investmentbankern hört man, dies seien für die überlebenden Banken die profitabelsten Zeiten, die es jemals gegeben hat. Ich finde, dies ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten. Und der Chef von Goldman Sachs meinte kürzlich sogar: „Die Banken verrichten Gottes Werk.“ Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen!

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:

Genau. Unglaublich! Unglaublich! –

Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Von Demut in der Branche ist leider wenig zu spüren.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Diese wäre aber dringend geboten, denn die Gefahr für die Finanzmärkte ist nicht gebannt. Eher im Gegenteil: Die bisherige Krisenbekämpfung hat zwar den Zusammenbruch der Weltwirtschaft verhindert, aber auch neue Risiken geschaffen. Das Geld an den Kreditmärkten ist nach wie vor so billig wie nie und lädt leider neben wirtschaftlichen Investitionen auch zu neuen Spekulationsgeschäften ein. Hinzu kommt, dass nach Berechnungen des Währungsfonds erst rund ein Drittel der wertlos gewordenen Papiere aus den Bilanzen entfernt wurden. Aufgrund der Lockerung der Bilanzierungsregeln können Banken so „kreativ“ wie selten ihre Risiken bilanzieren.

(Udo Pastörs, NPD: Toll, ne?)

Aber vor allem besteht die Gefahr darin, dass sich große Finanzinstitute in der Sicherheit wiegen, dass sie als systemrelevant vom Staat nicht fallen gelassen werden. Ob dies zu größerer Vorsicht bei den Handelnden führt, kann bezweifelt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Die sind der Staat.)

Insofern ist klar, dass auf moralische Einsicht nicht zu hoffen ist, sondern dass Strukturen verändert werden müssen, denn über die Ursachen der Krise ist man sich inzwischen weitestgehend einig: Die großen Banken bekamen zu einfach eine zu große Menge Geld, mit dem sie leichtsinnig umgegangen sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Klar ist also, dass die Finanzmärkte strengere Regeln brauchen, um diese Fehlentwicklung künftig zu verhindern. Auch wenn der Deutschlandchef von Goldman Sachs behauptet, Banken hätten keine Verpflichtung, das Gemeinwohl zu fördern, ist das Gegenteil richtig, denn Geschäftsbanken, auch wenn sie privat betrieben werden, sind Teil eines öffentlichen Systems, des Geld- und Währungssystems. Der Staat braucht die Geschäftsbanken, weil sonst die Versorgung mit Zahlungsmitteln nicht funktionieren würde, aber die Banken brauchen

auch den Staat, weil hier das Privileg der Geldschöpfung liegt und sich die Banken bei der Notenbank mit Krediten versorgen können und nicht zuletzt, weil der Staat das Vertrauen schafft und so erst das System von Einlagen und Krediten ermöglicht.

Die nun möglichen Maßnahmen sind seit Langem bekannt: Die Banken sollen mehr Eigenkapital zurücklegen, um das Ausfallrisiko zu begrenzen und mehr Verluste selbst tragen zu können. Die Geschäfte müssen transparent sein und dürfen zum Beispiel nicht über Tochterunternehmen auf winzige Inselstaaten verlegt werden können. Bestimmte Formen von Wertpapierhandel sollen ganz verboten werden, weil sie auf schlechte Entwicklung von Unternehmen und Staaten setzen und dadurch diese befördern. Die Politik des billigen Geldes sollte überdacht werden, weil diese zur weiteren Überhitzung der Märkte führen kann. Die Boni der Banker müssen begrenzt und nicht an den kurzfristigen Gewinn, sondern an langfristige Entwicklung gekoppelt werden

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

und die spekulativen Finanzströme sollen gebremst werden, was mit der Einführung einer Transaktionssteuer gelingen könnte.

Besonders wichtig ist mir aber, dass die Kosten der Krise am Ende nicht bei den kleinen Steuerzahlern hängen bleiben. Insofern muss ein Weg gefunden werden, die Finanzwirtschaft angemessen daran zu beteiligen. Unterschiedliche Modelle sind denkbar. Die Vereinigten Staaten führen derzeit zum Beispiel eine Bankenabgabe ein, die 0,15 Prozent der jährlichen Bilanz abschöpft.

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr gut.)

Wünschenswert wäre darüber hinaus auch ein Stabilitätsfonds für die Finanzwirtschaft, der allerdings nicht, wie Herr Ackermann sich das vorstellt, durch Banken und Staat, sondern ausschließlich durch Einlagen der Banken getragen werden sollte, wie es das Verursacherprinzip eigentlich konsequent vorsieht.

Mir ist selbstverständlich klar, dass viele dieser Maßnahmen international abgestimmt und international durchgesetzt werden müssen, aber es besteht auch die Gefahr, dass man sich hinter diesem Argument sehr gut versteckt

(Rudolf Borchert, SPD: Wohl wahr.)

und die Probleme an internationale Technokratengremien abschiebt, die losgelöst von parlamentarischer Kontrolle und politischer Führung selten zu einer Einigung kommen.

(Rudolf Borchert, SPD: Die Gefahr sehe ich allerdings auch.)

Aber vor allem die vielstimmigen Äußerungen der neuen Bundesregierung stimmen mich nachdenklich. Weder gibt es eine einheitliche Meinung zum Thema Transaktionssteuer

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Zu anderen Themen doch auch nicht.)

noch eine gemeinsame Strategie zur Regulierung der Finanzmärkte. So veröffentlichten beispielsweise Bundesfinanzministerium, Herr Schäuble (CDU), und Bundeswirtschaftsministerium zum gleichen Zeitpunkt eigene Konzepte, die offensichtlich nicht miteinander abgestimmt waren.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Mit Verlaub, die Pläne von Herrn Schäuble sind mir schon sympathisch und ich wünsche, dass die sich auch durchsetzen können,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Rudolf Borchert, SPD: Das sehe ich auch so. –
Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

einheitliches Handeln aber sieht anders aus.

(Rudolf Borchert, SPD: Tja.)

Und so war es nur konsequent, dass auf der letzten Sitzung des Bundesrates Mecklenburg-Vorpommern als einziges Land mit CDU-Regierungsbeteiligung

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

einem guten Antrag der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg und Bremen sogar als Mit Antragsteller beigetreten ist.

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr gut.)

Dies war ein Signal an die Bundesregierung, endlich wirksame Maßnahmen zur Eindämmung von Finanzmarktspekulationen zu ergreifen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, seit dem Beginn der Finanzkrise hat die Welt Schätzungen zufolge einen Wohlstandsverlust von 15 Billionen Dollar erlitten. Rund Hundert Millionen Menschen verloren ihren Arbeitsplatz. Ganze Staaten standen und stehen vor dem Zusammenbruch. Daher sollte eines inzwischen auch dem Letzten klar geworden sein: Die Idee, dass weniger Regeln immer besser sind und der Markt jedes Problem löst, mag in einer Grundsatzrede gut klingen, hat aber mit der Realität nichts zu tun.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. –
Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Es geht ja nicht um den Markt,
es geht um Finanzspekulationen.)

Der Markt braucht Regeln und der Finanzmarkt braucht ganz besondere Regeln, weil von ihm alles andere abhängt. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer hätte gedacht, dass in diesem Landtag unter Federführung der CDU-Fraktion ein Antrag, der Maßnahmen gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Bankerbonuszahlungen fordert,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Dass wir das noch erleben dürfen!)

mehrheitsfähig sein würde? Wer hätte das gedacht?

(Torsten Renz, CDU: Wir hätten das gedacht!)

Denn lange Zeit, meine Damen und Herren, wurde die Idee einer solchen Steuer belächelt

(allgemeine Unruhe)

und noch vor ein, zwei Jahren hätte die CDU-Fraktion jeden ausgelacht, der sich ernsthaft bemüht hätte, dieses Thema auf die Tagesordnung zu bringen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber mit der Verabschiedung ...

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist die Erfahrung, Herr Renz, und die Kenntnis dessen, was Ihre Partei vor zwei Jahren so von sich gegeben hat.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Richtig.)

Aber mit der Verabschiedung der Berliner Erklärung durch den Bundesvorstand der CDU am 15.01.2010

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

haben sich inzwischen die in deutschen Parlamenten vertretenen demokratischen Parteien für eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen, außer der FDP. Um bis hierher zu kommen, war es ein langer Weg, und ohne die weltweite Finanzkrise, ohne den größten Konjunkturinbruch in der bundesdeutschen Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg gäbe es diese Debatte heute wohl an dieser Stelle nicht.

(Rudolf Borchert, SPD: Wohl wahr.)

Und, meine Damen und Herren, es ist ja auch nicht zu übersehen: Die Gelegenheit zur Einführung dieser Steuer ist so günstig wie selten, denn mehr und mehr wächst in der Öffentlichkeit der Unmut, dass es auch ein Jahr nach dem offensichtlichen Vorhandensein der Krise zu wenig konkrete Beschlüsse und Maßnahmen gibt, um eine Wiederholung des Krisenszenarios von 2008 zu verhindern und die Banken an den Folgekosten zu beteiligen. Während die Bundesregierung im Herbst 2008 schnell und effizient das Bankenrettungspaket schnürte und ganz bewusst darauf verzichtete, Banker, Manager und Finanzspekulantinnen in die Haftung einzubeziehen oder gar eine adäquate Gegenleistung für die Rettung einzufordern, von öffentlichen Anteilen ganz zu schweigen, findet sich dann auch folgerichtig im schwarz-gelben Koalitionsvertrag kein Wort dazu. Die Mitverursacher der weltweiten Finanzkrise werden verschont, und wenn die Bundeskanzlerin manchmal moralisierend auf die Unerbittlichkeit der Finanzmanager hinweist, wird das als wegweisend gefeiert.

(Wolfgang GRIESE, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Zum Glück, meine Damen und Herren, gab es aber und gibt es auch Lichtblicke im christdemokratischen Meinungsspektrum, zum Beispiel als Bundespräsident Köhler zur Amtseinführung des schwarz-gelben Kabinetts vorsichtig eine internationale Finanztransaktionssteuer anmahnte oder deutlicher, wenn sich der ehemalige Generalsekretär Heiner Geißler äußert. Und ich zitiere ihn: „Im Grunde genommen müsste man nur noch Skandal, Skandal schreien, dass die Einführung einer solchen Steuer bisher von den Mächtigen, die über die Kapitalinteressen auf dieser Erde verfügen und sich gegen die Politik durchgesetzt haben, verhindert worden ist.“ Zitatende.

(Marc Reinhardt, CDU:
Leute, hört die Signale!)

Hört die Signale von Herrn Geißler! Genau.

Aber, meine Damen und Herren, trotzdem müssen wir der Realität ins Auge schauen.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Die von den SPD-Ländern auf den Weg gebrachte und von Mecklenburg-Vorpommern unterstützte Bundesratsinitiative, die in meinen Augen also eine ziemlich watteartige Konsistenz hat, wurde von der Bundesregierung umgehend abgelehnt, und das, meine Damen und Herren, obwohl sich auch Deutschland in den vergangenen Jahren maßgeblich daran beteiligt hat, den Finanzsektor zu deregulieren. Ich denke nur an die Zulassung von Hedgefonds, die Privatisierung der Rente oder steuerliche Vergünstigungen für die Verbriefung von Krediten zu Wertpapieren. Dafür hat Rot-Grün den Weg frei gemacht. Später verabschiedete die Große Koalition Steuergeschenke für Private Equity Fonds. Das sind Fonds, die ihr Vermögen in nicht börsennotierten mittelständischen Unternehmen anlegen. Aus diesen Betrieben werden dann überdurchschnittliche Gewinne gepresst, selbstverständlich auf Kosten der Beschäftigten.

Niemand wird mittlerweile bestreiten, dass Deregulierung und Liberalisierung politisch vorangetrieben wurden. Und wozu hat dies geführt? – Nicht mehr der Finanzsektor dient den Betrieben und Volkswirtschaften, sondern die Realwirtschaft steht im Bann der Vorgaben der Finanzbranche. Neue Akteure und Produkte ohne irgendeinen volkswirtschaftlichen Nutzen haben die Risiken erhöht und den Druck auf Unternehmen verstärkt. Allianz, Münchener Rück und Deutsche Bank gehören zu den größten Global Playern. Und mit einem weltweiten Marktanteil von mehr als 20 Prozent steht die Deutsche Bank auf Platz eins der Devisenspekulationen.

Unvorstellbar auch, meine Damen und Herren, allein an der EUREG, der Frankfurter Derivatebörse, wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt sechzig Mal umgeschlagen. Und damit gehört Deutschland neben Großbritannien schon wieder zu den weltweit führenden Finanzplätzen.

Deshalb, meine Damen und Herren, hat unsere Fraktion im Bundestag am 26. Januar 2010 einen Antrag eingebracht, der die Einführung einer Transaktionssteuer fordert, um die massive Bedrohung der ökonomischen Stabilität und Demokratie durch die rasante Expansion der Finanzmärkte zurückzudrängen und möglicherweise auch umzukehren.

(Wolfgang GRIESE, DIE LINKE:
Das wurde natürlich abgelehnt.)

und, meine Damen und Herren, weil wir davon überzeugt sind, dass die Einnahmewirkung einer solchen Finanztransaktionssteuer gerade solche Akteure belastet, die mit kurzfristigen, zumeist spekulativen und höchst gefährlichen Geschäften im globalen Finanzcasino den schnellen Euro verdienen wollen. Und genau diese Akteure haben in den vergangenen Jahren riesige Gewinne im Finanzkapitalismus eingestrichen und mit ihrem Verhalten die globale Finanzkrise ausgelöst. Unser Antrag wurde im Bundestag – und auch das ist ein Lichtblick, finde ich – zumindest in die Ausschüsse überwiesen.

Und ganz nebenbei bemerkt, meine Damen und Herren, seit 2005 hat unsere Bundestagsfraktion fast 20 Anträge eingebracht, die sich mit der Regulierung der Finanzmärkte beschäftigten.

(Udo Pastörs, NPD:
Und was hat es gebracht?)

Allesamt wurden abgelehnt. Aber es lässt sich nicht verhehlen, DIE LINKE wirkt, und zwar gemeinsam mit den inzwischen fast 70.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Onlinepetition zur Einführung einer Transaktionssteuer oder innerhalb der Kampagne „Steuer gegen Armut“, die von 19 Einzelpersonen und mittlerweile 54 Organisationen getragen wird, und zwar nicht nur von den üblichen Verdächtigen wie den LINKEN,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dem DGB oder Oxfam, nein, dazu zählen sich auch das Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR, die IPPNW, das Oswald von Nell-Breuning Institut,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, aber auch die Ethik- und die GLS Bank, also ein breites parteienübergreifendes und unabhängiges Netzwerk, das diese Forderungen unterstützt.

Und weil es diese Forderungen gibt, die Zeit der Prüfungen ganz offensichtlich vorbei ist, schlagen wir Ihnen vor, Ihren Antrag zu qualifizieren und zu konkretisieren, denn die nächsten Schritte, meine Damen und Herren, müssten jetzt sein, eine verbindliche Absichtserklärung von Bundesregierung und Bundestag, sich für eine solche Steuer einzusetzen. Frankreich und Belgien haben im Übrigen entsprechende Parlamentsbeschlüsse. Und man muss nicht erst die Zustimmung des Restes der Welt abwarten, um mit der Einführung der Steuer zu beginnen. Es macht nämlich Sinn, diese im Rahmen der EU und der Schweiz einzuführen. Das sollte ein machbares Ziel sein, denn auch Gordon Brown und Nicolas Sarkozy haben ähnliche Forderungen geäußert. Und im Übrigen gibt es in diesen beiden Ländern auch eine Steuer auf Boni, und selbst in China gibt es inzwischen eine Bonisteuer für Bankmanager.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich an dieser Stelle einige Worte von Arthur Schopenhauer zitieren.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Dieser stellte einmal fest: „Jede neue Idee durchläuft drei Entwicklungsstufen: In der ersten wird sie belacht, in der zweiten bekämpft und in der dritten ist sie selbstverständlich.“ Mir scheint, wir sollten uns auf den Weg machen von der zweiten auf die dritte Stufe. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam tun und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Welt befindet sich noch immer in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren. Weltweit mussten die Regierungen gigantische Summen in den internationalen Finanzmarkt pumpen, um ihn vor einem Kollaps zu bewahren, und das oftmals um den Preis einer enormen und nie dagewesenen Staatsverschuldung.

In der heutigen Presse ist nachzulesen, dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland – Bund, Länder und Kommunen – im Jahre 2009 nach den erfolgten Endabrechnungen insgesamt

120 Milliarden beträgt. Sie können davon ausgehen, dass der Betrag in 2010 noch bedeutend höher liegen wird.

Der weltweite Schaden, meine Damen und Herren, der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden ist, wird vom IWF, vom Internationalen Währungsfonds, im Herbst 2009 auf 3,4 Billionen Dollar beziffert und nach Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation hat die Krise weltweit mehr als 20 Millionen Jobs vernichtet, weitere 5 Millionen sind nach wie vor akut gefährdet. Und noch immer schlummern sogenannte toxische Papiere in Milliardenhöhe in den Depots der Banken. Allein in Deutschland schätzt man den Betrag auf 100 Milliarden Euro.

Keiner, keiner weiß abschließend, wie viel Geld von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern noch benötigt wird, um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu schultern. Einerseits werden enorme Summen auch in Deutschland für die Rettung maroder Banken und Versicherungen bereitgestellt und andererseits ist bei den Geretteten schon wieder von Rekordgewinnen die Rede und jede Einmischung des Staates gilt als unanständig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das verstehen die Menschen zu Recht natürlich nicht mehr. Der Vertrauensverlust in den Finanzmarkt ist enorm und es wird auch zum Vertrauensverlust in die Politik führen, wenn wir es jetzt nicht schaffen, auch die Verursacher der Krise mit in die Haftung zu nehmen. Es kann also nicht sein, dass die Gewinne weiter privatisiert und ihre oftmals aus waghalsigen Spekulationsgeschäften entstandenen Verluste sozialisiert werden. Wir müssen die Lasten der Krise gerechter verteilen und die Mitverursacher an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, um dies zu erreichen, werden zurzeit viele mögliche Instrumente und Maßnahmen zur stärkeren Deregulierung der Finanzmärkte diskutiert. Der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen ist dazu ein Beitrag, ein Beitrag zu dieser notwendigen Debatte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin natürlich auch sehr froh, dass es gelungen ist, mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU diesen Antrag einzubringen. Vor einigen Jahren, Herr Schnur, und ohne die Finanz- und Wirtschaftskrise wäre es wohl nicht möglich gewesen, gemeinsam mit der CDU-Fraktion für eine Finanztransaktionssteuer zu stimmen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Da hätten
Sie uns ausgelacht. Sag ich doch.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt zu den einzelnen Inhalten unseres Antrages sprechen. Wir wollen, dass sich die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch weiterhin für Steuergerechtigkeit einsetzt. Steuerhinterziehung und Steueroasen müssen konsequent bekämpft werden, denn Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, Steuerhinterziehung ist kriminell und in hohem Maße unsolidarisch. Während Reiche und Superreiche ihr Geld am Finanzamt vorbeilenken, finanzieren die Bezieher normaler Einkommen die öffentlichen Leistungen mit ihren Steuergeldern. Die nationalen Maßnahmen, die durch das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz in Deutschland bereits möglich sind, müssen konsequent genutzt werden. Es geht um konkretes Handeln und nicht nur um Alibiveranstaltungen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, international muss Deutschland eine Vorreiterrolle übernehmen, um Steueroasen trocken-zulegen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Genau so.)

Wenn es notwendig ist, muss man sich auch mal beim ansonsten ja so sympathischen Nachbarn Schweiz unbeliebt machen, um nationale Interessen durchzusetzen beziehungsweise zu schützen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Nationale Interessen!)

Und in völliger Übereinstimmung mit meinem Kollegen Mathias Löttge befürworte ich auch ausdrücklich den Kauf von illegal erworbenen Steuerdaten-CDs. Bei Steuerhinterziehung, meine Damen und Herren, darf es kein Pardon geben und es darf kein Mittel ausgelassen werden, um Straftaten aufzudecken.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Insofern, meine Damen und Herren, ist die Haltung der FDP in Baden-Württemberg völlig unverständlich und inakzeptabel. Es tut,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

es tut richtig gut, dass diese CDU-FDP-Landesregierung mit ihrem Versuch gescheitert ist, einen rechtsfreien Raum für Kriminelle zu schaffen.

(Zurufe von Toralf Schnur, FDP,
und Michael Andrejewski, NPD)

In dem Falle kann ich Bundesfinanzminister Schäuble nur sagen: Gut gemacht, dass Sie Herrn Mappus ausgebremst haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in unserem Antrag fordern wir auch konkrete Schritte zur Einschränkung überhöhter Bonuszahlungen im Bankensektor und es ist zu begrüßen, dass das Bundesfinanzministerium bereits an einer gesetzlichen Regelung arbeitet. Neben einer verfassungsrechtlich zulässig ausgestalteten unmittelbaren Abgabe auf die Bonuszahlungen der Banken oder der Einführung einer allgemeinen Bankabgabe sollte es auch eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Gehältern und Abfindungen geben. Durch eine Einschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit wird sichergestellt, dass die Steuerzahlerin und der Steuerzahler nicht in unbegrenzter Höhe an der Finanzierung der Boni beteiligt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber ein besonders wirksames Mittel, um die von der Realwirtschaft völlig losgelösten Spekulationen an den Finanzmärkten spürbar einzudämmen, wäre die Einführung einer Steuer auf alle Finanztransaktionen, die Finanztransaktionssteuer. Der US-Ökonom und Nobelpreisträger James Tobin hat bereits vor Jahrzehnten eine Steuer auf Finanztransaktionen vorgeschlagen. Im Gegensatz zu dieser sogenannten Tobin-Steuer hätte allerdings eine internationale Finanztransaktionssteuer eine allgemeinere und viel breitere Bemessungsgrundlage. Erfasst werden alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen, Derivaten und allen Devisentransaktionen.

Heute wird auf den globalen Finanzmärkten über das Siebzigfache des weltweiten BIP umgesetzt, eine gigantische Summe, die sich seit 1990 vervierfacht hat und die

fast ausschließlich durch die Expansion des Derivathandels bei den Wetten auf Preise der Zukunft abgeschlossen wird. Ziel einer Finanztransaktionssteuer ist es vor allem, Sand in dieses Spekulationsgetriebe der Finanzmärkte zu streuen und volkswirtschaftlich unsinnige, völlig kurzfristige Spekulationen einzuschränken, wie beispielsweise der computergestützte Börsenhandel, bei dem – das muss man sich vorstellen – ein und dasselbe Wertpapier mehrere hundert Male am Tag gekauft und verkauft wird. Und bei jedem dieser Käufe oder Verkäufe würde dann die Finanztransaktionssteuer fällig werden. Das Geschäft würde sich sicherlich nicht mehr lohnen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und dann ein positiver Nebeneffekt der Transaktionssteuer, denn es ist natürlich klar, damit werden auch Steuereinnahmen erzielt. Diese brauchen wir auch, um die Lasten der Krise gerechter zu verteilen und wichtige Zukunftsaufgaben zu finanzieren. Bei einer angenommenen Besteuerung von 0,005 Prozent des jeweiligen Handelsvolumens könnten durch eine internationale Finanztransaktionssteuer Einnahmen von ungefähr einem Prozent des Welt-BIP erzielt werden, also des Weltbruttoinlandsproduktes. Das wären circa 500 Milliarden Dollar jährlich, wobei auf Deutschland circa 15 Milliarden Dollar entfallen würden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dabei ist unterstellt, dass sich das Handelsvolumen, was ja die eigentliche Zielsetzung der Transaktionssteuer ist, durch die Steuer bereits erheblich reduzieren wird.

Meine Damen und Herren, inzwischen gibt es ja eine breite Unterstützung für die Finanztransaktionssteuer. Anfang Dezember 2009 haben 200 renommierte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler in einem offenen Brief die Einführung dieser Steuer gefordert. Unterstützung gibt es von den drei Nobelpreisträgern für Wirtschaftswissenschaften Paul Krugman, Daniel McFadden und Joseph Stiglitz. Auch Bundespräsident Horst Köhler, ehemaliger geschäftsführender Direktor des IWF, fordert eine Transaktionssteuer.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja, auch der.)

Außerdem haben in Deutschland inzwischen über 70.000 Einzelpersonen innerhalb kürzester Zeit die Petition „Steuer gegen Armut“ unterzeichnet.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Auch die.)

Mit dieser Massenpetition wird sich der Petitionsausschuss des Bundestages im Rahmen einer öffentlichen Anhörung beschäftigen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Und dieser Landtag will nur prüfen.)

Getragen wird die Petition auch von zahlreichen Kirchen und Organisationen, Gewerkschaften und inzwischen auch vom konservativen Deutschen Bauernverband. Das zeigt, dass die Menschen es nicht mehr hinnehmen, für die Folgen haften zu müssen, die durch gierige Börsenspekulanten heraufbeschworen wurden.

Meine Damen und Herren, kontrovers diskutiert wird vor allem natürlich die Frage, ob eine Transaktionssteuer nur Sinn macht, wenn sie global eingeführt wird. Natürlich wäre eine weltweite Lösung wünschenswert und der beste Weg.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das geht doch
in Europa mit der Schweiz gemeinsam.)

Aber bereits eine Einigung der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der G20, und den Ländern der EU wäre ein Meilenstein, nämlich danach würden 97 Prozent des globalen Börsenhandels der Besteuerung unterworfen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:

Das war in Pittsburgh bei den G20
sozusagen schon Grundlage der Diskussion.)

Ich bin davon überzeugt, wir müssen aber auch dann handeln, wenn es keine Einigung der G20 gibt, denn auch auf europäischer Ebene kann man eine Finanztransaktionssteuer einführen. Und lässt sich auch da keine Einigung erzielen, meine Damen und Herren, sind nationale Alleingänge unvermeidbar. So fordert die SPD die Wiedereinführung einer nationalen Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild, so, wie sie bis 1991 in Deutschland ja noch erhoben wurde.

(Zurufe von Birgit Schwebs, DIE LINKE,
und Toralf Schnur, FDP)

Nationale Börsenumsatzsteuern gibt es bereits jetzt in der Schweiz, Großbritannien, Belgien, Griechenland, den Niederlanden, Polen, Finnland, Malta, Zypern, Indien, Südafrika, Südkorea und anderen. In Großbritannien beläuft sich das Steueraufkommen auf rund 3,7 Milliarden Euro, in der Schweiz sind es 1,3 Milliarden Euro jährlich.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Und darauf verzichtet Gelb-Schwarz.)

Meine Damen und Herren, keiner wird behaupten – die Beispiele London und Zürich zeigen es –, dass das Bestehen einer nationalen Börsenumsatzsteuer bei den großen europäischen Finanzhandelszentren in irgendeiner Weise geschadet hat. London und Zürich sind nach wie vor prosperierende europäische Finanzhandelszentren, trotz Börsenumsatzsteuer in der Schweiz und Großbritannien.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Und das wäre auch bei uns so.)

Im Übrigen wird eine nationale Börsenumsatzsteuer auch von CDU/CSU-Politikern gefordert, in der CDU natürlich ganz klar vom Querdenker und Vordenker Herrn Geißler, Attac-Mitglied,

(Toralf Schnur, FDP: Na, Vordenker
ist ja ein bisschen weit hergeholt.)

aber nicht nur von Herrn Geißler, sondern ausdrücklich auch vom Noch-Ministerpräsidenten NRW Jürgen Rüttgers, der sich klar positioniert hat.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion
der CDU – Vincent Kokert, CDU:
Was soll dieser komische Zungenschlag
da drin? – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und, meine Damen und Herren in der FDP, auch in der FDP gibt es jetzt schon einen prominenten Befürworter für eine nationale Börsenumsatzsteuer,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ach was?!)

so habe ich es zumindest in der „Ostsee-Zeitung“ am 13.02. lesen können, Herrn Sebastian Ratjen aus Greifswald.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Es wäre zu wünschen, dass er in seiner Partei noch größere Unterstützung findet, aber hier beginnt genau das Problem. Aber wir haben ja noch die Rede von Frau Reese zu erwarten. Warum ist eigentlich die FDP als einzige Partei gegen eine Finanztransaktionssteuer? Ich bin gespannt auf die Rede von Frau Reese.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Meine Damen und Herren, aus aktuellem Anlass noch eine Bemerkung zur Ankündigung von Bundesfinanzminister Dr. Schäuble, der rechtzeitig zum 19. Mai zur Tagung der G20 in Berlin ein Konzept zur Beteiligung der Banken an den Krisenkosten mit einer Sonderabgabe vorlegen will. Übrigens, bereits 2008 hat die SPD gefordert, dass die Banken, die von den staatlichen Rettungsmaßnahmen profitiert haben, auch die Kosten tragen müssen. Damals hat die Union blockiert, heute sieht sie es anders. Gut so!

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Na, das
war aber erst nach der Bundestagswahl.)

Die SPD begrüßt die Einführung einer Sonderabgabe für Banken ausdrücklich. Allerdings muss der Bundesfinanzminister jetzt zügig einen Gesetzentwurf vorlegen, um alle Großbanken und Versicherungen zur Mitfinanzierung der Krisenlasten heranzuziehen. Erforderlich ist vor allen Dingen die Erhebung einer den verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechenden Sonderabgabe, die so auszugestalten ist, dass die Kreditvergabemöglichkeiten der Institute nicht beeinträchtigt werden. USA, Schweden und Österreich könnten dabei Vorbild sein. Ob der Ankündigung Schäubles allerdings angesichts des massiven Widerstands der FDP jemals Taten folgen werden, bleibt abzuwarten.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Na,
schauen wir mal, vielleicht wedelt ja
doch der Hund mit dem Schwanz.)

Die SPD wird der CDU helfen, wenn es darauf ankommt, eine Sonderabgabe noch vor dem Sommer im Bundestag zu beschließen.

(Sigrun Reese, FDP: Da wird
die CDU aber dankbar sein.)

Dies ist eine unverzichtbare Maßnahme im Interesse einer gerechten Lastentragung. Insofern ist die Position der SPD klar.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt – und die Finanzministerin hat es auch deutlich gesagt –, noch nie war der Zeitpunkt so günstig wie heute, wenn man mal von der FDP absieht, auch international und national zu einer Einigung zu kommen, um mit wirkungsvollen Maßnahmen wieder eine stärkere Deregulierung durch einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, das aktuelle griechische Finanzchaos beflügelt ja geradezu die Suche nach einem Weg aus der Finanzkrise und erhöht den Druck auf die Politik, schnellstmöglich zu Entscheidungen zu kommen. Es gibt dazu viele sinnvolle Ideen und Vorschläge – einiges diskutieren wir ja heute auch, meine Damen und Herren –, sie müssen nur umgesetzt werden. Nicht reden, sondern handeln!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, unsere Landesregierung handelt bereits. Ich bin sehr froh, Mecklenburg-Vorpom-

mern hat sich einem Bundesratsantrag von Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg und Bremen angeschlossen, in dem umsetzbare Schritte gegen die Finanzmarktspekulation enthalten sind. Und unser Land ist das einzige Land – und das ist gut so – in dieser Antragsgruppe mit CDU-Regierungsbeteiligung. Ich hätte mir natürlich auch noch mehr Länder mit CDU-Beteiligung dort gewünscht, aber die fünf Bundesländer fordern ja eine internationale Finanztransaktionssteuer

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und vielleicht werden sich noch andere dem anschließen. Der Antrag wurde am 5. März 2010 im Bundesrat beraten und in die Ausschüsse des Bundesrates überwiesen. Ich bewerte diese Überweisung wirklich als Erfolg für die Antragsteller und erwarte dort auch konstruktive und gute Ergebnisse.

Meine Damen und Herren, der Landtag sollte mit seiner heutigen Beschlussfassung die Landesregierung auch weiterhin unterstützen, ihren Beitrag zur Deregulierung und Kontrolle der Finanzmärkte zu leisten. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag von CDU und SPD. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Reese für die Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Borchert, ich weiß gar nicht, warum Sie so gespannt auf meine jetzige Rede sind,

(Vincent Kokert, CDU: Das habe ich mich auch gefragt.)

Sie haben das Ergebnis doch schon vorweggenommen.

(Rudolf Borchert, SPD: Aber die Argumente und die Gründe wollen wir doch noch wissen.)

Also woher denn da die Spannung noch kommt, weiß ich nicht.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und, liebe Kollegen von der CDU, wenn jetzt auf dem Antrag gestanden hätte „SPD und CDU“, dann hätte ich es ja verstanden,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Nee, nee, nee, nee, die CDU ist ja Vorreiter, Frau Reese!)

denn dann hätten Sie sich aufgrund Ihres Harmoniebedürfnisses zum Koalitionsfrieden herausreden können, aber dass Sie als Erstes da stehen, verstehe ich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zurufe von Heike Polzin, SPD, Dr. Margret Seemann, SPD, Peter Ritter, DIE LINKE, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und es wird, glaube ich, niemanden hier im Haus verwundern, die Fraktion der FDP lehnt den Antrag ab

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und lehnt auch den Änderungsantrag zu diesem Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Antrag ist nach Ansicht meiner Fraktion ein eigentlich aufgeregtes, fast hektisches Anhäufen von unausgegorenen Vorschlägen und Wünschen.

(Heinz Müller, SPD: Ach, Frau Reese!)

Er basiert auf völlig falschen Ansätzen.

(Gino Leonhard, FDP: Ganz genau so.)

Durch die bewusste Verknüpfung der Sachverhalte in diesem Antrag wird suggeriert, dass Sparer und Kleinanleger pauschal mit Steuerhinterziehung in Zusammenhang gebracht werden, und das ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Rudolf Borchert, SPD: Das ist überhaupt nicht unsere Position. – Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Im Punkt 1 wollen Sie die Prüfung der Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist gut so.)

Und, liebe Kollegen der CDU, ich bin wie gesagt sehr erstaunt darüber und will an dieser Stelle nur auf einen Artikel aus dem „Handelsblatt“ vom 9. Februar verweisen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

in dem sich der Bundesfinanzminister, CDU-Mitglied, zu der Aussage hinreißen ließ, die Tobin-Steuer sei tot.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Die Transaktionssteuer ist ja was anderes. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Es steht aber schon in einem gewissen Zusammenhang. Das lässt sich, denke ich, nicht von der Hand weisen, worüber wir hier reden, ne?

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja, es ist aber trotzdem etwas ganz anderes.)

Sinn könnte eine Finanztransaktionssteuer allenfalls machen, wenn auf einem globalen Finanzmarkt – und darauf ist bereits hingewiesen worden – überall Transaktionen besteuert würden.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Dies ist aber illusorisch.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das werden wir sehen.)

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer isoliert Deutschland,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht.)

führt zu einer irreparablen Kapitalflucht

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht.)

und schwächt den Holdingstandort Deutschland erheblich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Birgit Schwebs, DIE LINKE: Bei 0,01 Prozent. – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und ich finde es nicht schlimm, dass Deutschland inzwischen wieder auf Platz eins steht.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja, aber da soll doch der Staat was davon haben. Aber der Staat muss doch was davon haben. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Wir sollten froh darüber sein. Eigentlich würde ich mir einen Standort wie Frankfurt am Main auch in Mecklenburg-Vorpommern wünschen, dann hätten wir andere Probleme nämlich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Gino Leonhard, FDP: Ja. – Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Im Übrigen hofft die neu geschaffene Abgeltungssteuer auf Spekulationsgewinne, genau diese Transaktionen, wenn dabei Gewinne entstehen. Eine Finanztransaktionssteuer bedeutet eine Belastung für die Anleger, denen doch gerade erst der Sparerfreibetrag gekürzt wurde.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Von 0,01 Prozent.)

Und sie ist ein falsches Signal für Anleger, die nicht auf staatliche Hilfe hoffen,

(Rudolf Borchert, SPD: Oh nein!)

sondern privat vorsorgen wollen.

(Rudolf Borchert, SPD: Da kommen mir aber die Tränen. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Im Ergebnis wird das doch dazu führen, dass die Finanztransaktionssteuer nicht den trifft, den die Antragsteller meinen.

(Hans Kreher, FDP: Ja, genau das ist es nämlich.)

Sie wird umgelegt werden und letztendlich Kleinanleger treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Toralf Schnur, FDP: So ist es. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Wer aus welchen Mitteln den immensen Verwaltungsaufwand dafür tragen soll, wird erst gar nicht erwähnt.

(Toralf Schnur, FDP: Recht hat sie.)

Und die in Punkt 2 geforderten Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung sind grundsätzlich zustimmungsfähig. Sie, Werte Kollegen der Koalition, müssen dann aber auch über eine Umstrukturierung der Ermittlungs- und Finanzbehörden nachdenken. Durch die gezielte Wortwahl suggeriert die Koalition, dass Steuerhinterziehung nur Spitzenverdiener und Vermögende betraf. Was ist denn mit den Schwarzarbeitern?

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Na wer gibt denn Schwarzarbeit? Ja wohl die Vermögenden!)

Ein Engagement wäre bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit ebenso wünschenswert,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die regelmäßig den Tatbestand der Steuerhinterziehung betrifft.

(Heike Polzin, SPD: Da muss Herr Brüderle mal Vorschläge machen.)

Der Vorschlag der Koalition lautet: härteres Vorgehen der Ermittlungs- und Finanzbehörden. Dazu bedarf es aber eines Antrages nicht. Geltendes Recht müsste einfach umgesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und nun zu den Vorschlägen zu Punkt 3 des Antrages.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Die Bedingungen der staatlichen Hilfe sind doch bereits im Finanzmarktstabilisierungsgesetz geregelt.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Dieses wurde doch noch von der Großen Koalition gemacht. Entgegen der gemachten Vorschläge präferiert meine Fraktion eine erhebliche Stärkung der Aufsichtsgremien und plädiert für deren Qualifizierungsnotwendigkeit,

(Rudolf Borchert, SPD: Das eine schließt doch das andere nicht aus.)

damit sie auch endlich in die Lage versetzt werden, ihre Verantwortung zu übernehmen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Aber davon steht in Ihrem Antrag kein Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und welche Wirkung die Nichtabziehbarkeit von Boni hervorruft, ist auch nicht so richtig verständlich.

(Udo Pastörs, NPD: Ihnen!)

Und abschließend, in einem Punkt, Frau Polzin, stimme ich mit Ihnen überein: Das, was Herr Liskow hier abgegeben hat, war eigentlich eher eine Gegenrede als eine dafür. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Reese.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Der Krakeeler!)

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer sich einmal die Mühe macht, Äußerungen von sogenannten maßgeblichen Politikern von CDU, SPD und FDP zum Liberalisierungsthema der Finanzmärkte von vor zehn Jahren zu Gemüte zu führen, reibt sich die Augen. Es waren nämlich genau diese drei Brüder im Geiste, die den Korken gezogen haben, jenen Korken, der dann den Brutalkapitalisten die Möglichkeit gab, weltumspannend ihre Globalbetrügereien in die Tat umsetzen zu können, frei nach dem Credo des Papstes aller Liberalkapitalisten, Ludwig von Mises, den Staat müsse man auf seine Funktion als Nachtwächter reduzieren, um weltweit Wohlstand schaffen zu können. Das hat man getan. Der Rest von Staatskontrolle im Finanzsektor wurde regelrecht wegradiert. Und heute kommen dieselben Herren und beklagen sich bitter über den Egoismus, die Gier und kriminelle Energie der Banker und Finanzhasardeure. Als praktisches Beispiel, wie diese Leute ticken, möchte ich Ihnen den Namen des jüdischen Bankiers Bernard Madoff noch einmal in Erinnerung rufen.

Aber zurück zu Ihrem Antrag der Besorgten von SPD und CDU im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

und der LINKEN. Dann hören wir mal rein, was der Herr Glawe und Nieszery da hervorgebracht und unterschrieben haben. Sie wünschen sich, Zitat, „dass die mit öffentlichen Steuermitteln in der Finanzkrise unterstützten Banken und Finanzakteure“, Sie meinen sicherlich Jongleure, „jetzt einen angemessenen Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Haushalte leisten“. Wer lacht da, kann ich nur fragen.

Richtig ist, dass die Staatskasse leer ist, mein lieber Herr Dr. Nieszery und Herr Glawe. Und die Banken als teilweise legalisiertes Gaunertum werden Ihre Misswirtschaft nicht richten. Ganz im Gegenteil, sie sind gerade wieder einmal dabei, mit den zusätzlich in den Markt gepumpten Steuergeldern genau das Gleiche zu tun, was sie schon vorher getan haben, zu spekulieren, den Aktienmarkt aufzublasen, kurzum, der Realwirtschaft die Liquidität abzugraben.

Und jetzt kommen Sie und schreiben in Ihren Antrag hinein: „Es muss sichergestellt werden, dass die Anreizstrukturen nachhaltig so verändert werden, dass die Wiederholungen der riskanten Verhaltensweisen, die Ursache der Finanzkrise waren, ausgeschlossen wird.“ Vom falschen Deutsch einmal abgesehen, welche Anreizstrukturen wollen Sie verändern und was verstehen Sie unter „riskanten Verhaltensweisen“?

Nun, Anreiz, geschäftlich tätig zu werden, ist Gewinnerwartung. Das ist grundsätzlich nichts Schlechtes. Und jedem Unternehmer und auch jeder Bank ist sogar vom Gesetzgeber auferlegt, Gewinnerzielungsabsichten verfolgen zu müssen. Die Anreizstrukturen, die Ihr liberal-kapitalistisches System, was Sie ja fälschlicherweise mit Demokratie verwechseln, geschaffen haben, sind nichts anderes als Verführung zum Diebstahl mangels klarer Regeln und konsequenter Kontrolle. Und ein Verbrechen ist auch das, was der Staat mit den kleinen Leuten treibt, denn diese bluten, ob ein Handwerksmeister, der Geselle oder der Werftarbeiter. Diese Leute werden durch Ihre Politik gezwungen, den Dreck auszubaden, dem Sie den Weg ebneten.

Und wenn ich da weiterlese in Ihrem Antrag unter Punkt 1, dass Sie nunmehr eine Finanztransaktionssteuer einfördern, um, wie Sie schreiben, die von der Realwirtschaft weitgehend losgelösten Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten spürbar einzudämmen, dann sagen wir Ihnen von der NPD, diese Gaunerstückchen gehören nicht eingedämmt, sondern ein für alle Mal unterbunden. Sie, meine Damen und Herren von der CDU und SPD, sind nichts anderes als Freibeuter gegen das eigene Volk.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zu den Bestrebungen der EU, in der nächsten Woche hier Klarheit zu schaffen. Bis gestern Abend lagen 1.700 Änderungsanträge vor. Da können Sie sich vorstellen, was da rauskommt.

Wir von der NPD lachen Sie als Antragsteller aus und die Banker lachen sich ins Fäustchen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Reinhardt für die Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu Beginn, Herr Pastörs, möchte ich auf Sie kurz eingehen. Es hat mal wieder Ihre Rede gezeigt, was Geistes Kind Sie sind. Ich rate Ihnen, sich vielleicht erst mal ein wenig mit Ihren Parteifinzen zu beschäftigen, da ist genug im Argen, bevor Sie sich hier zu solchen Themen äußern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Ich möchte etwas zur Ausschussvorsitzenden Frau ...

(Stefan Köster, NPD: Sie können ja noch nicht mal lesen und schreiben.)

Ja, das hilft nicht weiter, was Sie da sagen, Herr Köster.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist aber eine Tatsache.)

Frau Schwebs, Sie haben gesagt, man kann eigentlich nur sagen,

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind ein Analphabet und blasen sich hier auf.)

Sie sind schon da, wir kommen zu spät.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Einen Moment mal, Herr Reinhardt.

Herr Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf und fordere Sie auf, Diffamierungen der Abgeordneten des Hohen Hauses zu unterlassen.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Marc Reinhardt, CDU: Danke schön.

Wir sind schon da. Es scheint Sie etwas überrascht zu haben und Sie haben es dann vielleicht auch mit einem eigenen Antrag etwas verschlafen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Nee, auf der Bundesebene an der richtigen Stelle waren wir schon.)

Da kann auch Ihr Änderungsantrag als Gewissensfeigenblatt nicht darüber hinwegtäuschen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Birgit Schwebs, DIE LINKE: Und bloß mal auf 'ne Bundesratsinitiative aufspringen, das kann jeder, Herr Reinhardt.)

Frau Reese,

(Zuruf von Wolfgang Griesse, DIE LINKE)

Frau Reese, dass Sie das überrascht hat, das überrascht mich in der Tat. Wer so die Äußerungen der letzten Wochen von Frau Merkel und auch von Herrn Schäuble mitbekommen hat, für den ist das heute eigentlich nur eine logische Folge, der Antrag hier, und auch durchaus, dass wir als CDU da vorne stehen.

Wir haben das heute alles schon gehört: Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass die Politik hier in der Tat handeln muss. Ich denke, da sind wir uns auch in der Regel alle einig.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Genau. Und da reicht kein Prüfauftrag. – Stefan Köster, NPD: Das ist doch nur ein Feigenblatt.)

Aber wir allein hier in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland, ich will auch sagen, wir allein in Europa, können das Problem nicht lösen.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Das haben wir heute mehrfach gehört. Auch da, denke ich, besteht Einigkeit.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Hier muss man in allen bedeutenden Wirtschafts- und Finanzräumen der Welt zusammenarbeiten.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Die G20
diskutieren wir. Wir sind nicht mehr alleine.)

Jawohl, auch die G20 allein sind da vielleicht noch zu wenig, da gibt es durchaus noch mehr Akteure, die mit an den Tisch gehören.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Aber da sind die Stärksten. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es ist gut, dass die Bundesregierung – wir haben das heute im Unterton schon gehört – hier unter Führung von Angela Merkel und dem Finanzminister Wolfgang Schäuble sehr aktiv ist und auch handelt.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Prüfen! Die Prüfung hat sie
abgelehnt, die Bundesregierung.)

Wir haben in unserem Papier drei Instrumente vorge schlagen: Eine Finanztransaktionssteuer, die international wirkt, kann zu einer deutlichen Entlastung der öffentlichen Haushalte führen und Spekulationen deutlich eindämmen. Da, denke ich, gibt es keinen Dissens.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn es international
wirken soll, müssen alle mitmachen.)

Richtig, das haben Sie gut erkannt, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut. –
Stefan Köster, NPD: Ja, toll.)

Auch das Austrocknen von zahlreichen Steueroasen ist diesem Ziel dienlich. Bonuszahlungen bei Finanzgeschäften sollten auf langfristige und wirtschaftlich nachvollziehbare Unternehmenserfolge ausgerichtet werden. Hier gab und, ich will auch sagen, hier gibt es sicherlich Auswüchse, die keiner von uns nachvollziehen kann. Insofern ist unser Antrag richtig.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Ein Wattebällchenantrag ist das.)

Ich möchte noch kurz zu Ihrem Änderungsantrag kommen. Absatz 1, glaube ich, würde zu viel suggerieren, als ob wir hier allein handeln können. Ich denke, unsere Formulierung ist da wesentlich besser und zeigt auch, dass wir sehr viele Akteure zusammen brauchen, um hier zu handeln.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Schön weich ist Ihre Formulierung.)

Und in Punkt 2 kann ich bei beiden Punkten keine qualitative Verbesserung feststellen, Frau Schwebs.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das kann aber
auch an Ihnen liegen, Herr Reinhardt.)

Deshalb lehnen wir als Koalition Ihren Änderungsantrag ab, bitten Sie aber trotzdem inständig um Zustimmung

zu unserem Antrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Reinhardt.

Ums Wort gebeten hat noch einmal der Abgeordnete Herr Borchert für die Fraktion der SPD.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Rudolf Borchert, SPD: Meine Damen und Herren, Frau Reese, ich möchte vielleicht noch mal kurz auf zwei Punkte eingehen, die Sie angesprochen haben.

Zu Ihrer Behauptung bezüglich dieser ausufernden Verwaltungskosten: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Verwaltungskosten bei der Erhebung der Finanztransaktionssteuer, bedingt dadurch, dass es um die Besteuerung von elektronischem Handel geht, natürlich sehr gering sind. Die automatisierten Erhebungskosten in Großbritannien, zum Beispiel zur Börsenumsatzsteuer, bezogen auf ein Pfund Sterling liegen bei lediglich 0,002 Pence. Das mal vielleicht als Erstes.

Und zweitens möchte ich die Gelegenheit nutzen, den CSU-Generalsekretär Dobrindt noch mal zu zitieren im Zusammenhang mit der FDP und der Finanztransaktionssteuer.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

So oft habe ich ja nicht die Gelegenheit, Herrn Dobrindt zu zitieren,

(Heinz Müller, SPD: Positiv zu zitieren. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

aber hier passt es mal ganz gut: „Um dem Spekulationswahnsinn ein Ende zu bereiten, brauchen wir eine internationale Finanzmarktsteuer. Wenn man da nicht vorankommt, müssen wir über eine europäische Lösung nachdenken.“

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

„Die“ FDP „spricht immer davon, dass dies angeblich die kleinen Sparer betreffen würde. Lehman Brothers und Konsorten haben aber mit dem kleinen Sparer so viel zu tun wie die Mondfahrt mit dem Massentourismus.“

(Udo Pastörs, NPD: Und
Konsorten, das ist schon richtig.)

„Wir brauchen eine Antispekulationssteuer, die an die Höhe des Risikos gekoppelt ist.“

(Zuruf von Sigrun Reese, FDP)

„Langfristiges Sparen der Normalbürger bleibt davon verschont.“

(Toralf Schnur, FDP: Hört, hört!)

„Das kurzfristige Zocken muss teurer werden, damit dieses globale Jonglieren unterbunden wird, aus dem die gefährlichen Finanzblasen entstehen.“ Recht hat er.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Vielleicht kann man das ja mal in Berlin in der Koalition Schwarz-Gelb miteinander beraten und vielleicht begreift es dann irgendwann noch mal die FDP.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3325 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3325 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3290 jetzt zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3290 bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion der FDP, der NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Kommunen nicht im Regen stehen lassen – konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen einleiten, auf Drucksache 5/3279.

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Kommunen nicht im Regen stehen lassen –
konkrete Maßnahmen zur Stärkung
der Kommunen einleiten
– Drucksache 5/3279 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Und das am Freitag, ne?

(Heinz Müller, SPD: Und das am Freitag, Herr Ritter.)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben also eine Krise – so das Fazit des eben behandelten Tagesordnungspunktes.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Ja, aber wir gucken drüber weg.)

Und auch die Kommunen sind von dieser Krise betroffen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber was folgt daraus? Die Kommunen werden mit den Folgen der Krise allein gelassen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: So ist das.)

Wir haben in diesen Tagen der Landtagssitzung des Öfteren über kommunale Selbstverwaltung gesprochen. Im Zusammenhang mit dem Antrag der FDP-Fraktion zur Beseitigung der Schlaglöcher war davon die Rede – das ist kommunale Selbstverwaltung, darum müssen sich die Kommunen selbst kümmern. Im Zusammenhang mit dem Antrag der FDP-Fraktion zur Schülerbeförderung war die Rede davon – das ist kommunale Selbstverwaltung, darum müssen sich die Kommunen kümmern.

Nun, das mag vielleicht stimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir aber nicht dafür Sorge tragen, dass diese kommunale Selbstverwaltung auch finanziell ausreichend untersetzt wird, dann nützen all diese Appelle, all diese Reden hier im Landtag nichts.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Genau.)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätte meine Fraktion den vorliegenden Antrag nicht fristgemäß auf die heutige Tagesordnung gesetzt, dann hätten wir durchaus heute gemeinsam einen ähnlichen Antrag als Dringlichkeitsantrag behandeln können und müssen, denn es ist nicht selbstverständlich, dass das Thema der kommunalen Finanzausstattung auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene nahezu zeitgleich diskutiert wird. Es gibt hier offensichtlich eine ganze Reihe von Problemen, denen sich auch unser Landtag nicht entziehen sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommunen unseres Landes beklagen eine fehlende aufgabengerechte Finanzausstattung. Das ist nicht neu, doch seit der FAG-Novelle 2009 allerdings zunehmend dramatisch und politisch besorgniserregend. Ich zitiere den Vorsitzenden des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommerns Dr. Dettmann. Er sagte: „Es besteht eine Gefahr für die demokratische Gestaltungskraft und die kommunale Selbstverwaltung“, Zitatende, nachzulesen in der SVZ „Bützower Zeitung“ vom 26. Februar dieses Jahres. Und Herr Dr. Dettmann dürfte uns allen als verantwortungsbewusster Kommunalpolitiker bekannt sein.

(Heinz Müller, SPD: Das stimmt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vor wenigen Tagen auf Bundesebene eingesetzte Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen ist zunächst einmal deutlich sichtbares Symbol dafür, dass der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen offensichtlich nicht funktioniert, um nicht zu sagen, ganz offensichtlich gescheitert ist. Auch wenn diese Kommission möglichst bald konkrete Ergebnisse vorlegen will, bleibt unsere Landespolitik in der Pflicht für eine ausreichende Finanzierung unserer Kommunen.

Äußerungen aus den Reihen der Landesregierung in den letzten Tagen lassen aber daran zweifeln, dass sie sich dieser Pflicht gegenüber den Kommunen hinreichend bewusst ist. Für den Innenminister beziehungsweise ja auch Kommunalminister veranschaulichen beispielsweise der Schuldenatlas der Kommunen beziehungsweise die RUBIKON-Daten, dass – ich zitiere – „die Haushaltskonsolidierung ... erfolgreich war und vielerorts zusätzliche Vorsorge für die Zukunft getroffen wurde“, Zitatende.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Na?)

Sehr geehrter Minister, unverantwortlich sind diese RUBIKON-Daten sicherlich nicht, aber verantwortungslos wird es, mit den Daten der Vergangenheit die Gegenwart zu schönen und die Zukunft zu verklären.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Genau. –
Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

Das geht dann offenbar selbst dem kommunalpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, dem Kollegen Lenz, zu weit, wenn er Sie dann, Herr Minister, in seiner Presseerklärung auf den, ich zitiere, „schwankenden finanziellen Boden der Gemeinden“, Zitatende, hinweisen muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rubikon, um im Bilde zu bleiben, wurde aber bereits mit der letzten FAG-Novelle deutlich überschritten. Wenn die Kommunen nach den drastischen Kürzungen der Finanzzuweisungen des Landes ein überraschend kräftiges Plus im Landesetat 2009 registrieren dürfen, dann, Frau Finanzministerin, müssen die Kommunen dies als Hohn und

Spott und die FAG-Verhandlungen fast als Lug und Trug empfinden. Verantwortungsvolle Landespolitik sieht anders aus.

Deshalb fordert meine Fraktion die Landesregierung auf, einen Teil des 2009 erwirtschafteten Überschusses den Kommunen zusätzlich und rasch zur Verfügung zu stellen. Zur haushaltsrechtlichen Umsetzung wird meine Kollegin Frau Schwebs Ausführungen machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Finanzministerin, Herr Innenminister, ich habe Ihnen zwar keine Ratschläge zu erteilen,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

empfehle Ihnen aber – die Annahme unseres Antrages vorausgesetzt –, bei der Umsetzung des vorliegenden Antrages besonderen Elan an den Tag zu legen. Sowohl die nicht ganz transparenten FAG-Verhandlungsgrundlagen als auch die wenig hilfreichen RUBIKON-Schlussfolgerungen haben kommunalpolitisches Vertrauen in die Landespolitik zerstört, und zwar parteiübergreifend, und das auch nachhaltig.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrter Ministerpräsident, wenn Sie dann in der Presse vor diesem eben geschilderten Hintergrund von neu eröffneten Spielräumen oder Träumen von 40 bis 50 Millionen Euro für das Land berichten, die ohne Kreditaufnahmen und ohne Bundeszuschüsse machbar und mit der Finanzministerin bereits abgesprochen seien, dann ist dies zunächst wohl ein etwas verfrühter Auftakt zum Landtagswahlkampf.

Wenn wir aber hier die Landesregierung mit dem vorliegenden Antrag auffordern, „den Landtag ... über weitere ... Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen zu unterrichten“, dann bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, sich einen gewichtigen Teil dieser Unterrichtung für die von Ihnen entdeckten Spielräume reservieren zu lassen, insbesondere für die unmittelbare Stabilisierung der Kommunalfinanzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum dritten Antragspunkt bedarf es wohl keiner gesonderten Begründung. Soweit es der Landesregierung möglich ist, muss etwa ein weiteres sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz verhindert werden. Auch in den zurückliegenden Tagen wurde hier in der Debatte oft auf die negativen Auswirkungen solcher Beschleunigungsgesetze der Bundesebene verwiesen und es wäre eben gut, wenn der Landtag sich in einer Beschlussfassung dazu deutlich positioniert, um nicht nur ein Sprücheklopfer zu sein. Man kann nicht durch auf Bundesebene beschlossene Steuergeschenke zunächst Löcher in die Kommunalhaushalte reißen und diese dann anschließend aus kommunaler Perspektive in Richtung Landespolitik beklagen. Im Interesse stabiler Kommunalfinanzen sollen entsprechende Begehrlichkeiten des Bundes künftig von diesem Landtag deutlich vernehmbar und einmütig abgewiesen werden. Und darauf sollte sich die Landesregierung ihrerseits verlassen können, auch vonseiten der demokratischen Opposition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so weit zu dem von uns vorgelegten Antrag. In der Abstimmung im Anschluss bitte ich darum, dass die einzelnen Punkte unseres Antrages auch getrennt abgestimmt werden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem vorliegenden Antrag erreichen, dass die Kommunen an dem im vergangenen Jahr erwirtschafteten „Haushaltsüberschuss des Landes“ beteiligt werden.

(Wolfgang Griesse, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Gezahlt werden sollen jeweils „50 Millionen Euro in den Jahren 2010 und 2011“. Darüber hinaus soll sich die Landesregierung beim Bund dafür einsetzen, dass alle Steuerrechtsänderungen gestoppt werden, „die zu weiteren Einnahmedefiziten der Kommunen führen“.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Das war ein guter Ansatz.)

Zunächst einmal möchte ich anmerken, dass ich die Sorge teile, gemeinsam mit den Regierungsfractionen, wie sich die finanzielle Situation der Kommunen angesichts zurückgehender Bundesergänzungszuweisungen und der angespannten Konjunktur entwickelt hat und wahrscheinlich auch entwickeln wird. Damit,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Hm!)

werter Kollege Ritter,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Hören die Gemeinsamkeiten auf.)

enden aber auch schon die Gemeinsamkeiten.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Als Innenminister ist es meine Aufgabe, mich um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu kümmern. Dementsprechend habe ich, gemeinsam mit den Fraktionen, seit meiner Amtsübernahme dafür Sorge getragen, dass die Kommunen rechtzeitig in den Jahren einer relativ guten wirtschaftlichen Entwicklung dem absehbaren Rückgang in der finanziellen Ausstattung vorbeugen konnten. Ich wurde nicht müde, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die sich abzeichnenden Entwicklungen hinzuweisen und Vorkehrungen im jeweiligen Haushaltsplan anzumahnen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das haben
die Kommunen aber auch selbst gesehen.)

Es liegt in der Natur der kommunalen Selbstverwaltung, dass man vor Ort meinen Ratschlägen folgt oder eben auch nicht folgt.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Meine Vorsorge ging aber weiter.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Es dürfte Ihnen, liebe Antragsteller, nicht entgangen sein, dass sich die Landesregierung und die Fraktionen, und dort insbesondere das Finanz- und Innenministerium, im vergangenen Jahr mit Erfolg bemüht haben, die kommunale Finanzausstattung auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen. Sie finden in dem mit deutlicher Mehrheit vom

Landtag verabschiedeten Finanzausgleichsgesetz eine Reihe konkreter Maßnahmen, mit denen eine,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eine deutliche Mehrheit muss nicht eine gute Mehrheit sein.)

mit denen eine gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Finanzmasse und damit auch eine Stärkung der Kommunen auf Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes, was die vorhandene Masse verteilt, sichergestellt wird. Ich erspare es mir, heute hier einen Diskurs auf die einzelnen Themen zu dem Thema einzugehen.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist sehr vernünftig.)

Begehrlichkeiten weckt nun, dass das Land das Haushaltsjahr 2009 mit einem guten Ergebnis abgeschlossen hat. Zum vierten Mal in Folge wurde ein ausgeglichener Haushalt geschaffen. Das gute Ergebnis im letzten Jahr beruht im Wesentlichen auf einem Einmaleffekt, der auf zusätzlichen EU-Einnahmen beruht. Bei den für den Finanzausgleich maßgeblichen Steuereinnahmen allerdings sind rund 65 Millionen Euro weniger eingenommen worden. Zur Bewertung zusätzlicher Hilfen für die Kommunen hilft an dieser Stelle auch ein Blick auf weitere konkrete Zahlen.

Und damit komme ich auch zum Thema RUBIKON und dem Schuldenatlas oder wie auch immer er bezeichnet wird. Sie können mir nicht vorwerfen, dass wir die Zahlen veröffentlichen, die von den Kommunen kommen. Diese können sie auch erst dann,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

diese können sie,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

diese können sie dann auch erst veröffentlichen, wenn sie ihren Abschluss gemacht haben.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Es geht ja auch um eine Bewertung.)

Das liegt nun mal in der Natur der Sache.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ihre Definition ist einfach falsch.)

Und auch die Kommunen konnten im Jahr 2009, und jetzt rede ich über das Jahr 2009,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

einen überraschend positiven Abschluss verzeichnen, ihr laufender Überschuss – um noch mal zu dem Thema Schuldenatlas zu kommen aus dem Jahr 2008, der mir vorgeworfen wird, dass er sozusagen im Raum steht und nicht der Realität entspricht, erstens sind es ihre gemeldeten Zahlen, nämlich die Zahlen der Kommunen, und zweitens können sie erst nach Abschluss gemeldet werden –, aber der Überschuss aus dem Jahr 2009 bis zum Ende des dritten Quartals, der betrug rund 150 Millionen Euro auch schon wieder.

(Hans Kreher, FDP: Ja, und dann kam das Konjunkturprogramm.)

Und davon kann man mit Verlaub auch sicherlich ...

Die Konjunkturmittel haben damit nun überhaupt nichts zu tun.

(Hans Kreher, FDP: Doch, doch.)

Guten Morgen, Herr Vizepräsident! Da müssen Sie sich meinen Haushalt angucken, wie der aufgebaut ist, denn

die sind nicht Bestandteil dieser Mittel, die ausgewiesen werden. Das sollten Sie als Bürgermeister am besten wissen, wie ein Haushalt aufgestellt wird und welche Zahlen Gegenstand der Abfrage von RUBIKON sind. Aber okay, das muss jeder mit sich selbst ausmachen.

Der Gesamtabschluss, meine Damen und Herren Abgeordneten, davon kann man mit Sicherheit ausgehen, wird noch besser ausfallen, als dieser sich bis zum dritten Quartal dargestellt hat.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und das ist gut für die Kommunen, selbstverständlich. Das sollte man auch sagen dürfen. Und deswegen ist der Weg vom Grundsatz her der richtige.

Hintergrund dieser Entwicklung ist eben der geringere Steuereinkbruch auf kommunaler Ebene, als man angenommen hat. Während die Kommunen gegenüber 2008 nur rund 15 Millionen Euro – und das entspricht circa zwei Prozent – weniger eingenommen haben als geplant, waren es beim Land rund 250 Millionen Euro.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Dafür sind aber auch die Ausgaben gestiegen.)

Und das sind in Prozenten umgerechnet sieben Prozent weniger als geplant.

Die rechtlichen Regelungen des FAG sehen für die Bestimmungen der Finanzausgleichsleistungen des Landes bekanntlich den Gleichmäßigkeitsgrundsatz vor.

(Toralf Schnur, FDP: Richtig.)

Danach ist ausschließlich – ausschließlich! – die Entwicklung der Steuereinnahmen bei Land und Kommunen zu betrachten. Das genaue Ergebnis der Endabrechnung 2009 wird erst nach Vorliegen der endgültigen Steuer-Ist-Zahlen der Kommunen für 2009 bestimmt werden können.

Im Namen der Landesregierung möchte ich aber an dieser Stelle entschieden auf zwei Grundgedanken hinweisen, die sowohl zum verabschiedeten FAG als auch der Ablehnung des vorliegenden Antrags führen sollten:

Zum einen beabsichtigt die Landesregierung, nicht mehr auszugeben, als der Haushalt hergibt. Als Kommunalminister kann ich auch nur die Finanzmasse verteilen, die zur Verfügung steht. Dies gilt eben nicht nur für die vergangenen Jahre, sondern auch für die folgenden Jahre ist Vorsorge zu treffen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Die Kommunen nehmen dafür Kassenkredite auf.)

Und zum anderen erfolgt das Ausgabeverhalten der Landesregierung eben nicht nach dem Motto „von der Hand in den Mund“.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Aber die Kommunen sollen das.)

Bezogen auf die hier vorliegende Ziffer 2 des Antrags der Fraktion DIE LINKE bedeutet insbesondere der zuletzt genannte Leitgedanke Ablehnung des Antrags, damit gerade nicht das eintritt, was in der Antragsbegründung an die Wand gemalt wird. Es ist Sorge zu tragen, dass bei weiterer Verschärfung der Konjunktur Vorkehrungen unter anderem für eine weiterhin handlungsfähige kommunale Selbstverwaltung getroffen werden. Dafür ist eben unter anderem auch der Haushaltsüberschuss vorzuhalten, denn keiner kann zum heutigen Zeitpunkt

verbindlich voraussagen, wie die Entwicklung sein wird. Und es kann durchaus eintreten, dass es noch dramatischer wird. Und dann soll man nicht das Wenige, was man mühsam zusammenträgt, schon verteilen, wenn man es nachher anderweitig braucht. Deswegen ist die Entscheidung,

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

und deswegen ist die Entscheidung und die Handlung der Finanzministerin hier in diesem Sinne auch vollkommen richtig, nämlich, für die Zukunft Vorsorge zu tragen. Und dem werden die Regierungsfractionen auch Rechnung tragen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aktuell besteht keine Notwendigkeit, diesen – und sei es nur teilweise – auszukehren. Anzumerken ist, dass zahlreiche Kommunen in der Vergangenheit ja ebenso gehandelt haben. 350 ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber
dann nicht zum Vorwurf machen!)

Das mache ich Ihnen nicht zum Vorwurf. Ich sage nur, Sie haben genau,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich.)

Sie haben genauso gehandelt wie die Landesregierung. Sie haben eben bis Ende 2008 350 Millionen Euro an Rücklagen gebildet.

(Toralf Schnur, FDP: Aber
das mussten sie doch auch.)

Das machen wir ihnen doch nicht zum Vorwurf.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das stellen wir nur fest. Und die haben es genauso gemacht, dass sie sich das gebildet haben für möglicherweise schlechtere Zeiten.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist ein Gesetz. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Alles in allem ist Ziffer 2 Ihres Antrags aufgrund der von mir erläuterten Erwägungen abzulehnen. Dies betrifft auch die am Ende dieser Ziffer formulierte Unterrichtsaufforderung. Sollte die Landesregierung weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen für notwendig erachten, wird der Landtag natürlich gegebenenfalls nicht nur unterrichtet werden. Soweit dies aufgrund der Natur der Sache erforderlich ist, wird der Landtag als Souverän – und das sollten Sie, meine lieben Kollegen von der Opposition, von der PDS-Fraktion, von der Fraktion DIE LINKE, Entschuldigung, am besten wissen –, als Souverän dafür sorgen, nämlich die Entscheidung dazu tragen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Aber
wir wollten es ja nur mal gehört haben.)

Insofern ist nicht nur eine Unterrichtung notwendig, sonst wird hier im Haus endgültig entschieden, denn Sie sind der Gesetzgeber.

Das gleiche Schicksal der Ablehnung hat die unter Ziffer 3 formulierte Aufforderung gegenüber der Landesregierung zu teilen. Die Bundesregierung – und, Kollege Ritter, Sie sind schon darauf eingegangen – hat bekanntlich eine Gemeindefinanzkommission eingesetzt, in der die Situation der Gemeindefinanzen umfassend analy-

siert und Maßnahmen des Bundesgesetzgebers vorbereitet werden sollen. Seien Sie gewiss, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, dass dort die Vertreter der Landesfinanz- und Landesinnenministerien die Interessen der Kommunen gemeinsam mit den Gebietskörperschaften im erforderlichen Maß vertreten werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da schauen wir mal. – Zuruf
von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Aus diesem Grund ist Ihr Antrag überflüssig. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller für die Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Ritter hat hier seine Sorge über die Situation der kommunalen Finanzausstattung zum Ausdruck gebracht. Ich muss Ihnen sagen, meine Damen und Herren, dass ich mich ähnlich wie Kollege Ritter durchaus in Sorge

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: In großer Sorge!)

um unsere Kommunen und ihre Finanzen befinde, dass ich aber bei einzelnen Einschätzungen zu Ursachen und Erscheinungsformen ganz erheblich vom Kollegen Ritter abweiche.

(Wolfgang Gries, DIE LINKE:
Deswegen sollten Sie zustimmen!)

Bevor ich dazu allerdings ins Detail gehe und einiges Ihnen vortrage, würde ich gerne ein Wort zu der Veröffentlichung der RUBIKON-Zahlen des Jahres 2008 durch den Innenminister sagen.

Meine Damen und Herren, wer in das System RUBIKON einmal reingeht, der wird feststellen, dass wir hier ein sehr ausführliches und sehr detailliertes, und zwar gemeinschaftliches Zahlenmaterial für jede einzelne Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern vorliegen haben. Solches Datenmaterial kann man nicht aufgrund einer globalen Einschätzung über die Finanzsituation aller Gemeinden erarbeiten, sondern wir brauchen einen erheblichen Zeitaufwand, damit wir das für jede einzelne Gemeinde tun.

Für den Jahresabschluss 2009 ist es also völlig ausgeschlossen, dass wir im Moment dem RUBIKON Zahlen liefern. Was wir können, ist, dass wir die Zahlen des Jahres 2008 liefern, und genau das hat der Innenminister getan. Und da frage ich Sie, was soll daran eigentlich falsch sein?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Seine
Schlussfolgerungen daraus sind falsch. –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Welche Zahlen hätte er denn sonst liefern sollen? Er kann nur die Zahlen des Jahres 2008 liefern und er hat diese Zahlen dahin gehend interpretiert, dass im Jahr 2008 die Finanzsituation der Kommunen in unserem Land, natürlich bei allen Unterschieden von Gemeinde zu Gemeinde, aber in der großen Sicht, dass in dieser Zeit, zu diesem Zeitpunkt die Finanzsituation der Gemeinden sehr gut und sehr vernünftig war. Und diese Einschätzung, meine Damen und Herren, kann man, muss man teilen. Ich teile sie. Und von daher verstehe ich die Aufregung über die Veröffentlichung dieser Zahlen und über die Bewer-

tung dieser Zahlen überhaupt nicht. Die Veröffentlichung war korrekt und die Bewertung auch.

Und dass nach dem Jahr 2008 die Finanzsituation für unsere Kommunen deutlich schwieriger geworden ist, ich glaube, das hat der Innenminister mehrfach wiederholt. Er hat auch vorher auf Risiken aufmerksam gemacht, er hat dies hier und heute wieder gesagt und deswegen kann ich nur noch mal sagen, Aufgeregtheiten verstehe ich hier überhaupt nicht.

Aber lassen Sie uns zur aktuellen Situation kommen. Zur aktuellen Situation liegt uns ein Bericht „Kommunalfinanzen 2008 bis 2010“ – und dieser Bericht beinhaltet natürlich eine „Prognose der kommunalen Spitzenverbände“ auf der Bundesebene – vor, also des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und des Deutschen Landkreistags. In einer Kurzfassung ist dieser Bericht der kommunalen Spitzenverbände im „Überblick“, Ausgabe 3 dieses Jahres des Städte- und Gemeindetags des Landes Mecklenburg-Vorpommern abgedruckt. Der „Überblick“ ist übrigens eine Zeitschrift, die ich Ihrer Lektüre ausdrücklich empfehle.

Und wenn wir uns hier anschauen, was für die kommunale Finanzsituation bundesweit ausgeführt wird, dann werden Sie verstehen, warum auch ich mich in Sorge befinde. Lassen Sie mich nicht den ganzen Bericht vortragen, das würde meine Redezeit nicht erlauben,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Aber interessant wäre es.)

aber einige Punkte nennen.

Die kommunalen Spitzenverbände sagen hier – und ich darf den Bericht zitieren –: „Der kommunale Finanzierungssaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben ist im Jahr 2009 regelrecht abgestürzt.“

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja.)

„Er ist um etwa 12 Milliarden Euro auf ein Defizit von minus 4,5 Milliarden Euro gefallen. Mit einer volkswirtschaftlichen Stabilisierung geht im Jahr 2010 keine Stabilisierung der kommunalen Haushalte einher. Für das Jahr 2010 wird mit minus 12 Milliarden Euro das höchste Finanzierungsdefizit der Nachkriegsgeschichte befürchtet.“

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ist das so?)

Das, meine Damen und Herren, ist die Situation der Städte und Gemeinden unseres Landes bundesweit.

Und damit sind wir bei der ersten Unterscheidung, Herr Ritter. Sie suggerieren hier, dass es sich um ein Problem handele, das insbesondere Mecklenburg-Vorpommern trifft.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Nee, das stimmt gar nicht.)

Und dieses ist falsch. Wir haben eine problematische Situation der Kommunalfinanzen in der gesamten Bundesrepublik.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Habe ich
erstens gesagt, und zweitens machen
wir in Mecklenburg-Vorpommern Politik.)

Ja, Herr Ritter, Sie haben das zwar gesagt, aber ich werde noch Ihren Antrag im Wortlaut lesen dürfen, und der bezieht sich auf Mecklenburg-Vorpommern,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, weil wir hier
im Landtag Mecklenburg-Vorpommern sind.)

auch wenn zugegebenermaßen bei den Ursachen bundespolitische Effekte genannt werden.

Und jetzt lassen Sie mich auf einige Einzelheiten eingehen, meine Damen und Herren, die vielleicht die Dramatik deutlich machen, und ich darf dabei diesen Bericht zugrunde legen. Bei der Gewerbesteuer (brutto) wird im Jahr 2009 ein Rückgang von bundesweit 18,3 Prozent erwartet.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Aber in Mecklenburg-Vorpommern.)

In den neuen Bundesländern sind dies 14 Prozent. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, und jetzt darf ich noch mal den Bericht zitieren, weil hier auch eine Ursache sehr deutlich genannt wird: „Im Jahr 2010“, so das Zitat, „werden deutliche Einnahmeausfälle in Höhe von ca. 2,5 Prozent aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes erwartet. Im Ergebnis werden die ohnehin rückläufigen Einkommensteuereinnahmen bundesweit im Jahr 2010 mit minus 9,8 Prozent noch stärker zurückgehen als im Jahr 2009 mit minus 7,4 Prozent.“

Also, meine Damen und Herren, die wesentlichen Steuereinnahmen brechen unseren Gemeinden regelrecht weg, unter anderem wegen der krisenhaften Entwicklung unserer Wirtschaft, aber auch wegen steuerrechtlicher Änderungen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Und dann nehmen wir die Ausgabenseite. Die sozialen Leistungen werden im Jahr 2010

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Deswegen Punkt 3 unseres Antrags.)

die 40-Milliarden-Euro-Marke deutlich überschreiten. Die Kosten der Unterkunft werden deutlich ansteigen. Und auch andere Komponenten wie die Eingliederungshilfe und insbesondere die Grundsicherung im Alter werden die Ausgabensituation der Kommunen nachdrücklich und nachhaltig belasten.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Und in Mecklenburg-Vorpommern.)

Und deswegen gibt es ganz, ganz große Sorgen für die Zukunft.

Und, Frau Kollegin Schwebs, dieses Thema Grundsicherung im Alter betrifft Mecklenburg-Vorpommern in besonderer Weise, da gebe ich Ihnen recht, aber es betrifft alle neuen Bundesländer in besonderer Weise.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Aber
es geht um Mecklenburg-Vorpommern.)

Also, meine Damen und Herren, wir haben allen Grund zur Sorge und wir haben vielleicht auch noch Grund zur Sorge für die nächste Zeit, für die Zukunft. Und hier darf ich Petra Roth, bekanntlich Präsidentin des Deutschen Städtetags, zitieren. Petra Roth, Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Mitglied der CDU, sagt, wie man aus dieser Misere herauskommt. Und Petra Roth sagt in diesem Bericht: „Soforthilfe sollte der Bund leisten, indem er seine Beteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose nicht absenkt.“

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Na, das ist ja nur ein Sahnehäubchen,
das ist ja nur eine Forderung.)

Das wäre ein erster, ein sehr vernünftiger Schritt, diese Leistungen des Bundes nicht abzusenken.

Und da hier die Reformkommission angesprochen worden ist, die die Bundesregierung eingerichtet hat, auch hierzu darf ich Ihnen ein Zitat von Petra Roth vorlesen: „Ziel der Kommission muss es sein, die Finanzlage der Kommunen zu verbessern. Deshalb kritisieren wir entschieden, dass die Gewerbesteuer im Vorfeld der Kommission bereits durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und jetzt aktuell durch weitere Änderungen an der Unternehmenssteuerreform geschwächt wird“, sagte die Städtetagspräsidentin weiter. Durch diese Gesetze seien jährliche Rückgänge der Gewerbesteuer in Höhe von 1,6 Milliarden Euro zu befürchten.“ Und dann noch einmal ein wörtliches Zitat: „Die wichtigste städtische Steuer darf nicht ausgehöhlt werden.“

Und ich sage dies, meine Damen und Herren, ganz besonders in Richtung der FDP, weil ich vorgestern hier auch eine Auseinandersetzung mit Herrn Rooff hatte, die wir jetzt leider nicht fortsetzen können, weil Herr Rooff heute nicht anwesend sein kann: Aber hier soll sich doch bitte niemand als Retter der Kommunen aufstellen und die Gewerbesteuer abschaffen, wenn die Kommunen sagen, dieses ist exakt der falsche Weg,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

wir brauchen auch in Zukunft die Gewerbesteuer.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Also, meine Damen und Herren, wir müssen uns in der Tat Sorgen machen, aber wir müssen uns in der Tat Sorgen machen, weil wir Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland haben, die die kommunale Finanzsituation untergraben.

Insofern, Herr Ritter, kann ich zwar dem Wortlaut Ihres Antrags nicht zustimmen, aber uns teilt in gewisser Weise die besorgniserregende Situation.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Die eint uns.)

Wenn ich mir den Punkt 3 Ihres Antrags anschau, dann halte ich ihn allerdings für nicht ganz sauber formuliert.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Punkt 3 sagen Sie, dass Steuersenkungen gestoppt werden müssen. Meine Damen und Herren, ich möchte dem Bund nicht unbedingt vorschreiben, ob er Steuern senkt oder nicht senkt. Das kann ja durchaus einmal eine sinnvolle Maßnahme sein. Ich glaube, wenn wir uns mit dem Thema auseinandersetzen, dann müsste die Forderung sinnvollerweise heißen, dass den Kommunen bei Steuersenkungen, die die kommunalen Finanzeinnahmen tangieren, ein entsprechender Ausgleich an anderer Stelle gewährt werden müsste. Das wäre eine Forderung, die würde ich sofort unterschreiben.

(Hans Kreher, FDP: Jawohl.)

Das blanke Stoppen halte ich nicht für richtig.

(Hans Kreher, FDP: Ganz genau.)

Aber, meine Damen und Herren, und jetzt kommen wir zum eigentlichen Casus knacksus, sind dieser Punkt 1 die Sorgen des Herrn Ritter oder der Punkt 3 eigentlich des Pudels Kern? Natürlich nicht. Punkt 1 und Punkt 3 sind der schöne Rahmen, auch vom Antragsaufbau der schöne Rahmen für das, was hier eigentlich gewollt ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schick gemacht.)

Und das ist die populistische Forderung: Leute, 50 Millionen mehr für die Kommunen! Das ist einfach, und ich sage auch – und ich sage das ganz bewusst, Herr Ritter –, das ist billig, das ist populär, das ist populistisch.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Aber das hat mit einer soliden Haushaltsdiskussion nichts zu tun. Die Solidität der Diskussion verlassen Sie schon, wenn Sie hier polemisch die Zahl von 400 Millionen, ich runde jetzt, von 400 Millionen Überschuss in die Diskussion hineinbringen. Sie wissen ganz genau – und Frau Schwebs weiß es mindestens genauso gut – und alle anderen, die so etwas lesen und lesen können, wissen ganz genau, diese 400 Millionen, die stehen auf dem Papier. Und wenn schon eine dreistellige Summe aus diesem Betrag uns zwar im Moment zugeflossen ist, aber als Überzahlung, und zurückzuführen ist, und dieses noch in diesem Frühjahr geschieht, meine Damen und Herren, dann können wir die ehrlicherweise gar nicht dazurechnen. Und wenn wir wissen, dass mehr als 200 Millionen dieses Betrages im Doppelhaushalt 2010/2011 längst einnahmeseitig verbucht worden sind, weil man dieses so erwartet hat, dann kann man die doch hier nicht als freie Spielmasse verkaufen, aus der man einfach hier schöne Geschenke verteilen könnte. Das, Herr Kollege Ritter, ist unredlich, und das ist kein sauberer Stil.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, na!)

Also, meine Damen und Herren, lassen Sie uns mal über das reden, was dann wirklich noch tatsächlich übrig bleibt, und da schlägt die Landesregierung vor, dieses den Rücklagen zuzuführen. Ich glaube oder, ich sage besser, ich befürchte, das Land wird es im Jahr 2011 ganz, ganz bitter brauchen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Man denke, es geht aufwärts.)

um nicht 2011 erneut vor die Notwendigkeit gestellt zu sein,

(Vizepräsident Hans Kreher
übernimmt den Vorsitz.)

Kredite aufzunehmen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir haben auch in der Vergangenheit eine solide Haushaltspolitik betrieben

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und versucht, ohne Kreditaufnahme auszukommen. Es hat sich ausgezahlt und auf dieser Linie werden wir weiter fortfahren.

Ihr Antrag, Herr Kollege Ritter, ist also eigentlich ein gutes Stück Populismus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, na, na, na, na!)

Ich hielte es für viel besser,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Was heißt „eigentlich“? Eigentlich!)

und da waren wir uns ja eigentlich schon einig, ich hielte es für viel besser, wir würden im Innenausschuss, und da haben wir uns ja darauf verständigt, über Grundsatfragen der kommunalen Finanzausstattung, über die Art und Weise, wie man dieses rechnet und wie man

hier zu einer auch die Ausgaben und Aufgaben betrachtenden Verfahrensweise kommt, wir würden hier eine solche fachliche Diskussion führen und auf der Basis einer fachlichen Diskussion und einer fachlich fundierten Meinungsbildung dann zu Vorschlägen kommen, statt populistische Luftblasen loszulassen. Diese Luftblasen lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Jetzt bin ich aber traurig. –
Heinz Müller, SPD:
Brauchst' ein Taschentuch?)

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Es ist schon erstaunlich, wie sich so eine Diskussion entwickelt. Das kann man immer wieder feststellen. Ich gebe es ja offen zu: Ich hätte jetzt nicht erwartet, dass das Thema RUBIKON an der Stelle so einschlägt, aber es bleibt mir ja nichts anderes übrig, als darauf einzugehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Doch. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Also ich will auf Heinz Müller an der Stelle dann doch noch mal eingehen. Also ich glaube nicht, dass Herr Ritter auch nur zu irgendeinem Zeitpunkt, genauso wie ich,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

den Inhalt, den Inhalt der RUBIKON-Abfrage und der -Darstellung, ich sage mal so, in irgendeiner Form hinterfragt hat.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und es ist ja auch so, und da muss man ja auch ein Stück weit fair sein, das Ergebnis ist für 2008 unbestritten in Ordnung.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Man muss eben auch mal sagen, auch der Städte- und Gemeindetag sagt klar, die Entwicklung der Gemeinden im Jahr 2008 war hervorragend. Es gibt sogar Leute, die sagen, dass sie zum Teil von Geld erschlagen worden sind.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Ha, das kenne ich nicht.)

An der Stelle muss man dann aber doch sagen, wir befinden uns eben nicht mehr im Jahre 2008.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Und da ist für uns das entscheidende Problem: Das Innenministerium und speziell der Innenminister suggeriert, es würde heute immer noch so sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Man kann natürlich die Auffassung vertreten, dass das Jahr 2009 ebenfalls noch ein Jahr war, wo die kommunale Finanzierung durchaus in Ordnung war. Nun gut, das würde ich sogar unterstützen. Das Problem ist nur,

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

das Problem ist nur, dass hier suggeriert wird, dass das in den Folgejahren ebenfalls so ist, aber wir auf der anderen Seite einen massiven Einbruch

(Egbert Liskow, CDU:
Du bist ja ein Weissager.)

zu Teilen ja schon heute haben. Wenn wir ehrlich sind, ist es ja schon heute so.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und der dramatische Einbruch – und darauf muss man eigentlich hinwirken –, der dramatische Einbruch wird im Jahr 2011 kommen.

(Rudolf Borchert, SPD: Und Folgejahr. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das ist ja auch logisch, weil die entsprechenden Umlagen auf das Jahr 2009 angerechnet werden.

(Rudolf Borchert, SPD:
Das ist bei der gegenwärtigen,
aktuellen Bundespolitik logisch.)

An der Stelle, wie gesagt, muss man sagen – und das, denke ich, darf die Opposition auch kritisieren, das muss sie auch kritisieren –, dass hier ein falscher und fehlerhafter Eindruck in der Außendarstellung abgeliefert wird.

(Egbert Liskow, CDU: Falsche
Fehler gibt es doch gar nicht.)

Ich würde noch ganz gerne auf einen zweiten Teil eingehen, weil man es ja tun muss. Die Frage ist, Herr Müller, Sie haben gesagt, ja, die Millionen, die 400 Millionen, die DIE LINKE hier kritisiert, die stehen ja nur auf dem Papier. Also da muss ich ganz offen sagen, wenn das unsere Herangehensweise ist, dass hier alles nur auf dem Papier steht und wir nichts ausgeben können, ich meine, wir schleppen das Geld hier nicht mit Säcken durch den Landtag von A nach B, also so habe ich das noch nie gesehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Also aus meiner Sicht stand es schon immer auf dem Papier.

(Rudolf Borchert, SPD:
Das wär doch mal was!)

Also wie gesagt, an der Stelle,

(Rudolf Borchert, SPD: Wo sind sie denn?)

an der Stelle möchte ich was sagen:

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Also das ist doch regelmäßig der Fall, dass an der Stelle buchungstechnisch

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

auch im Haushaltswesen natürlich das, ich sage mal, mehr oder weniger nur Buchungszahlen sind.

(Marc Reinhardt, CDU:
Was will er uns erklären?)

Aber, und das fand ich ...

(Torsten Renz, CDU: Jetzt zum Antrag.)

Ja, zum Antrag, da komme ich gleich noch,

(Torsten Renz, CDU: Zum Antrag, sonst ist die Redezeit vorbei.)

Herr Renz.

(Marc Reinhardt, CDU: Zum Thema!)

Zum Thema Gewerbesteuern: Wenn wir uns überlegen, wie die kommunale Finanzierung im Moment aussieht, dann ist es natürlich absolut in Ordnung, dass man sagt, die Gewerbesteuer ist eine der entscheidendsten Steuern. Ich würde sogar dazu neigen zu sagen, es ist die entscheidendste Steuer neben dem Anteil an Einkommensteuer.

(Egbert Liskow, CDU: Da müssen wir bald mal Gebühren machen.)

Da muss man ganz einfach sagen, natürlich ist es schwierig, wenn man sagt, ich schaffe diese Steuer ab, nur losgelöst, wenn man das betrachtet und sagt, ich schaffe die Gewerbesteuer ab und schaffe natürlich keine Alternative, dann ist es eine unredliche Finanzierung. Nur, da will ich an der Stelle sagen, da gibt es natürlich bereits die alternativen Vorstellungen.

(Heinz Müller, SPD: Und die taugen nichts.)

Das muss man doch ganz offen sagen, die haben wir doch von der FDP vorgelegt,

(Rudolf Borchert, SPD: Die taugen doch nichts.)

und das ist der Punkt der Umsatzsteuer,

(Rudolf Borchert, SPD: Die taugen nichts.)

des Anteils an der Einkommensteuer, sogar also für uns möglich, dass man sagt, man gibt den Kommunen dort ein Hebesatzrecht. Da muss man überlegen, ob das gerade aus mecklenburg-vorpommerscher Sicht, da muss man wirklich überlegen, ob das dort sinnvoll ist, aber klar ist, dass man natürlich eine adäquate Gegenfinanzierung machen muss.

Und wir sehen aber auch, und das muss man sagen, gucken Sie sich doch einfach die kommunalen Haushalte an! Die Gewerbesteuer ist eine sehr unsichere Steuereinnahme.

(Egbert Liskow, CDU:
Das war sie schon immer.)

Und das weiß jeder, der kommunal ein bisschen aktiv ist,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

dass die Kommunen regelmäßig

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

durch die Einnahmeeinbrüche bei der Gewerbesteuer unter Umständen in Schwierigkeiten kommen können, egal wie gut oder wie schlecht sie gewirtschaftet haben. Und da muss man eine adäquate Finanzierung hinbekommen,

(Rudolf Borchert, SPD: Wie denn?)

man muss eine Verstetigung der Kommunalfinanzen hinbekommen. Und da haben wir beispielsweise – das sage ich jetzt auch noch mal, Rudi, damit du das dann verstehst –

(Torsten Renz, CDU: Spricht er jetzt für oder gegen den Antrag?)

den Anteil an der Umsatzsteuer gefordert, dass wir diesen Teil haben, denn der ist relativ stetig, wenn man

sich die langfristige Entwicklung der Umsatzsteuer anguckt.

Und ich will noch auf etwas anderes hinweisen: Wir haben natürlich bei der Finanzierung der Kommunen,

(Rudolf Borchert, SPD:
Und wer kriegt dann weniger?)

bei der Finanzierung der Kommunen haben wir noch einen zweiten Punkt,

(Rudolf Borchert, SPD: Wir können das Geld doch nur einmal ausgeben.)

nämlich den, dass wir sagen müssen, wenn wir die Kommunen adäquat ausfinanzieren wollen, dann müssen wir natürlich langfristig sagen, die Kommunen haben ja auch steigende Kosten. Wir machen ja im Moment im Grunde genommen, oder wir legen das Problem zu Tisch,

(Egbert Liskow, CDU: Oh! Oh!)

dass wir diesen Teil überhaupt nicht berücksichtigen. Die Schere zwischen den Ausgaben und den Einnahmen

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Das ist wohl wahr.)

wird ja immer weiter.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist wahr.)

Und deswegen kann ich für die FDP-Fraktion sagen, wir werden natürlich die Punkte 1 und 3 ablehnen, aber dem Punkt 2 zustimmen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Und das ist gut.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Schnur.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Kommunen nicht im Regen stehen lassen“ – das ist das Positive an diesem Antrag, dass die Linksfraktion jetzt unseren Sprachgebrauch übernommen hat,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Oh Gott!)

mit dem Unterschied, dass es leere Worte sind, die nicht mit Inhalt gefüllt sind,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und insofern wird es Sie abschließend nachher nicht verwundern, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich möchte auch ganz kurz die Logik von Herrn Schnur und auch von Herrn Ritter noch mal fortführen zur Thematik RUBIKON, ...

(Toralf Schnur, FDP: Das kriegen Sie gar nicht hin.)

Das fällt mir schwer, Herr Schnur, das wissen Sie selbst.

... zur Thematik RUBIKON. Für RUBIKON nehmen Sie eine Einschätzung vor, wie es ja auch legitim ist, für 2008, für die kommunale Ebene und betrachten in

diesem Zusammenhang auch die finanzielle Situation des Landes.

(Toralf Schnur, FDP: Für 2008.)

Für den jetzigen Tatbestand 2010 blenden Sie die Situation des Landes aus

(Toralf Schnur, FDP: Das stimmt doch nicht.)

und sprechen nur von der einseitigen Belastung in der Wirtschaftskrise hinsichtlich der Kommunen. Und das ist nicht redlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Toralf Schnur, FDP: Das stimmt so nicht.
Nein, das stimmt so nicht.)

Sie müssen auch im Jahr 2010, unabhängig von den Ergebnissen RUBIKON 2008, die Jetsituation betrachten und dann helfen uns Sprüche wie von Herrn Ritter – Kommunen werden in der Krise alleingelassen – nicht weiter. Nein, Sie müssen es im Zusammenhang sehen. So kenne ich ihn eigentlich auch, dass er sonst im Zusammenhang denkt und handelt,

(Vincent Kokert, CDU: Na, na, na, na, na!)

in diesem Fall wahrscheinlich vorsätzlich nicht,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

sondern er nimmt eine einseitige Darstellung und Betrachtungsweise der kommunalen Ebene vor.

Wenn Sie sich den Antrag genauer anschauen, dann muss ich Herrn Müller das Kompliment aussprechen, der hat es im Prinzip auf den Punkt gebracht.

(Toralf Schnur, FDP: Nee, das hat er nicht. Dafür hat er lange geredet.)

1 und 3 ist Prosa und 2 bringt das Thema noch mal im Kern. Und Kern Ihres Antrages ist erneut der Ruf nach mehr Geld.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Für die Kommunen, ja.)

Das ist alles, jedes Mal in einem neuen Thema verpackt, ohne Inhalte neu untersetzen zu wollen, Ruf nach mehr Geld.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und das bringt uns in der Sache nicht weiter, Frau Schwebs. Klar ist das ausreichend Fantasie, was Sie hinsichtlich von Anträgen hier auf den Tisch legen.

(Zuruf von Wolfgang Griesse, DIE LINKE)

Aber wenn ich an den Redebeitrag von Herrn Ritter von vor zwei Tagen denke, wo er ausgeführt hat, wo es um die Glaubhaftigkeit von Politik geht, dann kann man das nicht nur bei den Anträgen der Regierungskoalition machen, sondern man muss diesen Maßstab dann auch an sein eigenes Handeln stellen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Der passt schon bei uns. – Zuruf von
Wolfgang Griesse, DIE LINKE)

Und insofern, wenn Sie noch mal konkret in Ihren Antrag reingehen, bin ich schon froh, dass Sie der Realität etwas näher kommen in Punkt 1, wenn Sie nämlich unterschiedliche Gründe aufzählen, die zu dieser wirtschaftlichen Situation führen. Zumindest reißen Sie jetzt zwei richtige Punkte an, wenn Sie hier von der angespannten

konjunkturellen Lage beziehungsweise vom Abschmelzen der Solidarpaktmittel sprechen. Das sind zumindest zwei Punkte, die Sie richtigerweise nennen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Na
dafür tragen wir uns ein Bienchen ein.)

Über die anderen beiden möchte ich mich jetzt nicht weiter äußern.

Fakt ist, die konjunkturelle Lage, um das noch mal deutlich zu sagen, ist die einzigartige Wirtschafts- und Finanzkrise, die wir haben. Das sollten Sie dann auch so klar hier benennen

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

und vielleicht nicht so umschreiben.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Wer hat die Gesetze dafür gemacht?)

Und insofern vergessen Sie nicht den dritten wesentlichen Punkt, die demografische Entwicklung.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Wenn Sie dann zum Punkt 2 Ihres Antrags selbst kommen, dann hatte ich Ihnen schon gesagt, das ist der Ruf nach mehr Geld. Und was ich in diesem Zusammenhang kritisiere, ist, dass Sie nicht in der Gesamtheit die Situation betrachten, den Haushaltsabschluss 2009 des Landes separat, losgelöst betrachten und sofort diesen Ruf nach mehr Geld aufmachen, ohne abschließend die Haushaltssituation der Kommunen, die wir im Moment ja noch erahnen, für 2009 hier zu kennen. Ohne diesen Gesamtzusammenhang können Sie keine Schlussfolgerungen ziehen.

Wir bekommen die ersten Haushaltsabschlüsse in den Kommunen langsam auch in die öffentliche Diskussion. Für Güstrow, kann ich sagen, sind es 300.000 Euro, aber auch da muss man mal genauer hinschauen, denn die Kommunen sind ja auch in dem Sinne erfinderisch. Und ich habe dem vor Ort auch zugestimmt,

(Toralf Schnur, FDP: Na los!)

dass wir nämlich dann plötzlich Zahlungen aus 2010,

(Toralf Schnur, FDP: Aus der Trickkiste! –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

die schon klar sind, schon mal in 2009 vorziehen, damit natürlich das Haushaltsplus in 2009 etwas reduzieren. Das muss man nachher bei der Analyse sich auch mal genau anschauen, aber wir müssen das in der Gesamtheit diskutieren.

(Heinz Müller, SPD: So
was macht ihr jetzt in Güstrow? –
Zurufe von Wolfgang Griesse, DIE LINKE,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und wenn Sie das, was die Finanzministerin schon vor Wochen hier gesagt und der Innenminister heute auch noch mal ausgeführt hat, hinsichtlich der Einnahmesituation im Jahre 2009, den Vergleich zu 2008 sehen, dass das Land eben einen Einnahmerückgang hat von sechs bis sieben Prozent und die kommunale Ebene nur von zwei Prozent, dann gehört das zur Wahrheit dazu und Sie müssen das in der Gesamtheit auch betrachten.

Aber das, was Sie ja im Eigentlichen wollen, ist, hier eine erneute Diskussion zu führen über die Verteilungskriterien. In Kurzform noch mal von mir: Ich sage Ihnen,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Ja, die kommunale Finanzausstattung.)

wir haben zu Recht nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz das FAG beschlossen. Das wollen Sie nämlich im Kern noch mal revidieren.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Da wollen wir ja noch mal drüber diskutieren.)

Und Sie blenden bewusst aus, das unterstelle ich Ihnen, Sie blenden bewusst aus, dass wir uns hier in einer Solidargemeinschaft befinden, das heißt, Land und kommunale Ebene hinsichtlich der Ausgaben- und der Einnahmesituation zu analysieren.

(Toralf Schnur, FDP: Fragen Sie doch mal die andere Seite, ob die genauso glücklich ist!)

Das tun Sie bewusst nicht, und Sie wissen genau – schauen Sie in das alte FAG,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

in das neue FAG Paragraph 5 beziehungsweise 7! –,

(Toralf Schnur, FDP: Solidarität, das ist doch wohl ein Witz!)

dass wir hinsichtlich der Zuweisungen der Kommunen keine Korrektur im Kern vorgenommen haben, sondern weiterhin unseren Verpflichtungen als Land nachkommen,

(Toralf Schnur, FDP: Der eine bestimmt und der andere muss zugucken. –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

sondern wir haben mit dem FAG die Verteilung hinsichtlich zu den Zentren vorgenommen und nichts anderes im Kern.

Und wenn Sie das Zwei-Quellen-Modell vor sich hertreiben, Herr Müller hat es gesagt, wir haben im Innenausschuss signalisiert, dass wir über die Sache im Inhalt sprechen wollen. Ich vertrete gleichermaßen die Auffassung,

(Toralf Schnur, FDP: Aber bloß entscheiden tut ihr ja nicht.)

dass wir das dort sachlich tun sollen. Aber wenn Sie hier wieder suggerieren wollen, dass Sie nur durch die Umstellung auf das Zwei-Quellen-Modell sofort mehr Geld haben, und das spicken mit Mindestfinanzausstattung et cetera,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

schauen Sie noch mal nach, was Sie am 17.12.2003

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

in diesem Hohen Hause beschlossen haben, nämlich die Abschaffung der Mindestfinanzausstattung.

(Toralf Schnur, FDP: Ist bedauerlich.)

Aber ich möchte, weil es mir auch um Glaubwürdigkeit geht, Herr Ritter,

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

genau das ist das Thema, Glaubwürdigkeit: Gehen Sie in die kommunale Ebene!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

Bisher bin ich davon ausgegangen, Sie sind dort einigermaßen verankert.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

Das, was ich nämlich erlebe, ist, dass in der kommunalen Ebene sachlich diskutiert wird, die Situation analysiert wird

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

und dass versucht wird, die finanziell schwierige Lage dort gemeinsam zu meistern.

Und wenn ich dann heute die SVZ vornehme, und ich mache es nur mal anhand des Beispiels der Stadt Laage, wenn dort parteiübergreifend die Fraktionen sich auf ein Paket einigen, auf Kompromisse, und dieser Prozess läuft in vielen anderen Städten, wo auch Ihre kommunalen Vertreter mit im Boot sind, dann frage ich mich: Was soll dieser Klamauk hier hinsichtlich dieser Anträge?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Und ich sage Ihnen, es ist auch die Pflicht der Kommunalpolitiker, so zu handeln.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Immer schön sachlich bleiben, Herr Renz, immer schön sachlich bleiben!)

Und wenn Sie dann in Ihrer Begründung schreiben, in Ihrer Begründung angeben, die „Abgabenerhöhungen“, „drastische Kürzungen bei den freiwilligen Aufgaben“, dann wollen wir uns doch mal mit Abgabenerhöhung im Detail etwas genauer auseinandersetzen.

Sie wissen, es gibt Durchschnittssätze Grundsteuer A, B, Gewerbesteuer. Gewerbesteuer – der Hebesatz im Landesdurchschnitt liegt bei 339.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, wenn du die Kreisfreien mit reinrechnest.)

Wenn ich dann lese, dass fraktionsübergreifend,

(Toralf Schnur, FDP: Das ist ja ein unausgegrenztes Prozedere.)

wenn ich lese, die fraktionsübergreifende Meinungsbildung auf der kommunalen Ebene verständigt sich darauf, konkret nämlich wieder Laage,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

hier den Landesdurchschnitt anzustreben, von 300 auf 339 eine Erhöhung durchzuführen, dann sage ich Ihnen,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

die Leute vor Ort haben Verantwortung, die haben das Prinzip verstanden, dass wir aus dieser Misere nämlich nur gemeinsam herauskommen. Und das sollten Sie sich auch auf die Fahnen schreiben, Herr Ritter, und nicht Ihr Parteibuch abgeben, drinnen, draußen und je nach Wetterlage dann hier agieren.

Und insofern muss ich es auch noch mal sagen: Für Schaukämpfe ist dieses Thema – und da stimme ich den Vorrednern zu – hinsichtlich der finanziell schwierigen Lage vor Ort nicht geeignet.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Aber ich will Ihnen auch sagen, weil Sie ja suggerieren, wir tun nichts, wir tun sehr wohl was. Das dürfte Ihnen bekannt sein.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, streichen!)

Aber fürs Protokoll oder auch für Sie, Herr Schnur, werde ich das gerne noch mal sagen, dass wir hier die Kommunen nicht im Regen stehen lassen, dass wir, die CDU, mit federführend,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Nee, Sie stellen den Hocker raus.)

die Partei des ländlichen Raumes, die Kommunalpartei,

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

hier mit dafür gesorgt haben,

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

dass wir einen kommunalen Ausgleichsfonds beschlossen haben,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

nachdem die Novembersteuerschätzungen 2009 vorgelegen haben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Hervorragend,
hervorragend!)

Und wir in der Koalition haben dafür gesorgt, dass ein Fonds aufgelegt wurde in Höhe von 137 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre, dass wir den Kommunen den Regenschirm aufspannen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Genau das haben wir getan.

Wir haben auch,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Den Hocker stellen Sie in den Regen.)

wir haben auch über das FAG, auch das ist nachzulesen, Paragraph 7 Absatz 5, eine Regelung getroffen, dass bis zu 50 Prozent der positiven Abrechnungsbeiträge für besondere Belastungen der kommunalen Ausgabenträger von Sozialleistungen und Jugendhilfe vorgesehen sind.

(Toralf Schnur, FDP: Ihr wollt euch
nur über das Jahr 2011 rüberretten.
Was anderes ist das doch nicht.)

Auch das haben wir anhand der Lage analysiert und gehandelt.

Genauso haben wir über das FAG zusätzlich 34 Millionen Euro für Sonderbedarfzuweisungen

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

beziehungsweise für ergänzende Hilfen zum Haushaltsausgleich, zum dauerhaften Haushaltsausgleich eingestellt.

(Toralf Schnur, FDP: Die Gemeinden
unter 500 kriegen gar nichts.)

Das sind konkrete Maßnahmen,

(Toralf Schnur, FDP:
Das ist der ländliche Raum.)

wenn man ein Fundament hat,

(Toralf Schnur, FDP:
Das ist ein Witz, ist das. – Zuruf
von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

nach dem man entscheiden kann. Und insofern, wenn Sie hier behaupten, wir tun nichts für die Kommunen, ist das einfach nur falsch. Ich denke, ich habe das ausreichend hier begründet.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Zu sehr übertrieben, Herr Renz.)

Und wenn Sie von konkreten Maßnahmen sprechen, dann sage ich Ihnen, wir haben bereits konkrete Maßnahmen getroffen. Das heißt, Ihr Antrag ist in dem Sinne überflüssig. Und ich möchte Sie nochmals heute hier bitten: Hören Sie auf, so zu agieren!

(Toralf Schnur, FDP: Das hättet ihr gerne, ne?)

Das bringt uns in der Sache keinen Millimeter weiter. Das Einzige, was passiert, das beklagen Sie nachher am Ende, ist, dass die kommunale Ebene aufgebracht ist, dass Sie die Akteure in diesem Land aufeinanderhetzen. Damit werden Sie Ihrer Aufgabe als Opposition nicht gerecht. Insofern appelliere ich noch mal, handeln Sie im Interesse des Landes!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich
wusste gar nicht, dass Herr Dettmann
Mitglied der LINKEN ist, Herr Renz!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Renz.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ein
bisschen ein Spaßvogel sind Sie ja, ne?!)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich
wusste gar nicht, dass Dettmann
Mitglied der LINKEN ist.)

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Renz, was nützt den Kommunen ein Regenschirm, wenn ihnen das Wasser schon bis zum Hals steht?

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, genau.)

Geht es nach dem Innenminister Caffier, verfügen die Kommunen in unserem Land – bis auf wenige Ausnahmen – heute über eine komfortable finanzielle Basis.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Leider scheint über dem Pfaffenteich dauerhaft eine starke Nebelwand zu liegen, denn die Realität hier in Mecklenburg-Vorpommern sieht wahrlich anders aus. Oder warum fahren die Kommunen immer mehr Investitionen für die eigene Infrastruktur zurück? Warum sind immer mehr Jugendklubs gerade im ländlichen Bereich finanziell nicht mehr zu halten? Warum reduzieren sich in den kommunalen Haushalten jährlich die sogenannten freiwilligen Leistungen? Warum müssen Mitarbeiter von Bibliotheken und Museen entlassen werden? Und warum haben viele kommunale Ehrenämter sprichwörtlich die Schnauze gestrichen voll? – Weil die Kommunen im Land immer weniger zu entscheiden haben beziehungsweise entscheiden können.

Die finanzielle Lage vieler Kommunen im Land lässt ein eigenständiges Agieren schon lange nicht mehr zu und gibt diesen Kommunen nur noch die Möglichkeit der

Reaktion. Gerade die hohe Belastung durch Aufgaben und Ausgaben, die die Landes- und Bundesebene den Kommunen aufgebürdet haben, deren wesentliche finanzielle Belastungen allerdings durch die Kommunen getragen werden müssen, nimmt den Kommunen die dringend nötige Luft zum Atmen.

Die RUBIKON-Studie, so der Wunsch des Innenministeriums, soll die weitgehende Leistungsfähigkeit der Kommunen belegen. Es liegt natürlich generell in der Natur der Sache, dass die Kommunen – schließlich geht es um die finanzielle Ausstattung – dieses anders bewerten, wobei aus Sicht der NPD-Fraktion die Kritik der Kommunen eher zutreffend ist. Ein Schönheitsfehler aus den Schlussfolgerungen der RUBIKON-Studie ist es nämlich, dass sie nur die Daten aus dem Jahr 2008 berücksichtigt, nicht allerdings die Folgen durch die sogenannte Finanz- und Wirtschaftskrise und erst recht nicht die Folgen des neuen Finanzausgleichsgesetzes für die Kommunen.

Herr Innenminister, was sagen Sie eigentlich den Kommunen, die vielfach nicht mehr wissen, wie sie die Ausgaben für die Bibliotheken, Jugendarbeit, für die kommunale Infrastruktur, vielleicht auch für Museen, Heimatkunde und Brauchtum begleichen sollen? Was sagen Sie eigentlich den Kommunen, die seit vielen Jahren die Straßen nur noch flickschustern können und schmerzlich nach einem normalen Winter wie dem jetzigen feststellen müssen, dass eine Grundsaniierung der Straßenschicht zwingend geboten ist? Sie, Herr Innenminister, haben den Rubikon schon lange überschritten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Sie, Herr Innenminister, versagen nicht nur nach Auffassung der NPD-Fraktion in Ihrem Amt. Es ist an der Zeit, Herr Innenminister, dass Sie endlich Ihren Hut nehmen!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Müller, also zu Ihrem Verweis, unser Antrag beziehe sich auf Mecklenburg-Vorpommern:

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Na ja, das ist schon richtig, aber wenn wir einen Antrag gestellt hätten zur Lage der Kommunen bundesweit, dann hätten Sie den abgelehnt. Diesen Antrag werden Sie auch ablehnen. Ich weiß gar nicht, wie hätten Sie es denn nun gern? Was sollen wir denn hier vorlegen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gar keine
Anträge. – Egbert Liskow, CDU:
Das wäre auch nicht schlecht.)

Meine Damen und Herren,

(Heinz Müller, SPD: Eine
zutreffende Ursachenbetrachtung.)

auch wenn immer wieder der Versuch unternommen wird,

(Toralf Schnur, FDP: Das
war aber ganz dünn jetzt.)

die finanzielle Lage der Kommunen zu verharmlosen

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

oder der kommunalen Ebene vorzuwerfen, sie würde übertreiben, spricht die Realität eine deutlich andere Sprache, und nicht nur durch die Schlaglöcher auf der Straße. Die finanzielle Lage in den Kommunen sieht alles andere als rosig aus. Sie spitzt sich zu, das haben wir hier fraktionsübergreifend heute gehört, und wird in den kommenden Jahren noch prekärer werden.

(Toralf Schnur, FDP: Außer von Herrn Renz.)

Einerseits steigen die Sozialausgaben weiter ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nein, nein, auch Herr Renz hat das eingeräumt, dass das Jahr 2011 nicht so gut für die Kommunen sein wird.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, aber ganz kurz.)

Einerseits steigen die Sozialausgaben weiter – und nicht nur die, wie wir wissen – und andererseits sinken die Einnahmen, sowohl die eigenen Einnahmen als auch die Zuweisungen für die Kommunen. Damit rutschen viele Kommunen, wenn sie nicht schon da sind, kräftig ins Defizit. Dort, wo noch Rücklagen aus den vergangenen Jahren vorhanden waren, werden sie aufgezehrt, um mit Ach und Krach den Haushalt auszugleichen.

Und, Herr Caffier, sicher, Sie haben den Kommunen Vorschläge gemacht, aber wenn man sich so die hilfreichen Vorschläge

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

zur Senkung der kommunalen Ausgaben in der Anlage 9 des Haushaltsorientierungserlasses vom letzten November ansieht und die kommunalen Vertreter mal danach befragt, dann reagieren die je nach Veranlagung entweder schallend lachend oder sie lächeln eben nur müde, denn diese Vorschläge gehen vollkommen an der Realität vorbei.

(Toralf Schnur, FDP: Na ja, ganz so ist es
ja wohl nicht. Das muss man schon sagen.)

Die Kommunen, die auch zukünftig einen ausgeglichenen Haushalt ausweisen und ihren notwendigen Investitionsbedarf aus eigener Kraft abdecken könnten, gehören mittlerweile auf die Artenschutzliste. Spielräume gibt es in den Städten und Gemeinden nur wenige oder gar nicht mehr, denn, meine Damen und Herren, es geht immer linke Tasche, rechte Tasche.

(Torsten Renz, CDU: Was schlagen Sie vor?)

So leben die Kommunen zum Beispiel mit steigenden Kassenkrediten und mit Krediten

(Torsten Renz, CDU: Was schlagen Sie vor? –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aus dem Kommunalen Hilfsfonds, Herr Caffier.

(Torsten Renz, CDU: Was schlagen Sie vor?)

Zum Beispiel 50 Millionen zusätzlich,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wie wir es in unserem Antrag gefordert haben.

(Heinz Müller, SPD: Warum eigentlich
nicht 100? 100 sind doch viel besser.)

Auf der Einnahmeseite, meine Damen und Herren, ist kaum etwas zu machen,

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

da die Kommunen in ihren Haushalten stark fremdbestimmt sind.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Sie können zwar über die Höhe von Hebesätzen entscheiden, aber was besteuert wird, bestimmt der Bund. Und das Gleiche gilt für die Ausgaben. Der Bund und das Land geben vor, die Kommunen müssen für die Aufgaben zahlen.

(Torsten Renz, CDU: Was sagen Sie denn dazu, dass so viele Kommunen noch unter den durchschnittlichen Landessätzen liegen?)

Und der Spielraum liegt einzig und allein im Umfang und in der Bezahlung der Leistungen.

Den größten Anteil der Einnahmen, meine Damen und Herren, und das wissen Sie alle ganz genau, machen die Zuweisungen des Landes aus. Und die sind mit den schwerwiegenden Entscheidungen der rot-schwarzen Koalition zum FAG und zum Landeshaushalt drastisch zurückgegangen. Die Sorge in den Kommunen ist groß, dass der Druck auf sie weiter wächst, gerade vor dem Hintergrund zurückgehender Solidarpaktmittel und der im Grundgesetz verankerten Schuldenregel, über die wir noch gar nicht gesprochen haben.

(allgemeine Unruhe)

Und, meine Damen und Herren, es ist zu sehen und zu spüren, wie die Kommunen auf die finanzielle Misere reagieren. Sie erhöhen Gebühren und Steuern, kürzen Leistungen, streichen bei den freiwilligen Aufgaben, sparen weiter beim Personal, Investitionen werden gestrichen, Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen verschoben.

Und, meine Damen und Herren, es ist eine Illusion zu glauben, dass sich die Kommunen aus eigener Kraft aus ihrer Schuldensituation befreien könnten. Das nämlich, Herr Renz, hören wir in den Gemeinde- und Stadtvertretungen, dass die Kommunen es nicht alleine schaffen werden. Und das hören wir mal sachlich und mal weniger sachlich. Aber wir hören es und wir nehmen es auf

(Torsten Renz, CDU: Aber Sie dürfen nicht noch Öl ins Feuer kippen!)

und bringen es an diese Stelle.

(Torsten Renz, CDU: Sie kippen noch Öl ins Feuer mit solchen Diskussionen!)

Selbst mit einem kompletten Stopp sämtlicher freiwilliger Aufgaben könnte die strukturelle Überschuldung zahlreicher Kommunen nicht beendet werden.

(Torsten Renz, CDU: Ja, auch der Ansatz ist doch falsch.)

Die Mängel sind unübersehbar.

(Torsten Renz, CDU: Der Ansatz ist doch falsch. Sie müssen doch nicht nur eine Säule von dreien betrachten.)

Die laufenden Belastungen für die Kommunen und für die Bürgerinnen und Bürger werden damit noch potenziert und für die Zukunft werden sie zementiert – und das macht uns Sorge, Herr Renz –, während nämlich gleich-

zeitig das Niveau der Daseinsvorsorge zusammengestrichen wird.

In Verantwortung für das Land und seine Kommunen fordern wir deshalb erneut, dass die Landesregierung endlich wirksame Maßnahmen einleitet, um die Kommunen wieder zu stärken. Denn wir alle wissen, dass ausgerechnet im Bereich des Sozialen, der in den letzten Jahren schon überproportional gewachsen ist – Herr Müller hat darauf hingewiesen, Frau Roth predigt das eigentlich von morgens bis abends –, dass dort die Ausgaben exorbitant in den nächsten Jahren steigen werden. Und dass diese Forderung umsetzbar ist, zeigt der gute Haushaltsabschluss des Jahres 2009. Und das Land kann einen beträchtlichen Teil der zusätzlichen Einnahmen in die Ausgleichsrücklage legen.

(Torsten Renz, CDU: Wie ist denn die Situation der Kommunen gewesen zum Jahresanfang 2010?)

Und am Ende, Herr Renz, ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

ob die Koalition endlich ihre Ankündigungs- und Man könnte-ja-Politik überwinden würde und praktische Schritte, hilfreiche Schritte für die Kommunen anleiert würde.

Wer starke Kommunen will, wer Bürgerbeteiligung und demokratische Entscheidungen vor Ort will, muss Kommunen starkmachen. Und dies erfordert eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Wir halten es für realistisch, aus den Überschüssen des Landes wenigstens 50 Millionen Euro sowohl für dieses als auch für nächstes Jahr den Kommunen zugute kommen zu lassen. Das wäre ein richtiges Signal, denn die Kommunen sind dringend darauf angewiesen, um die Daseinsvorsorge zu sichern.

Und, meine Damen und Herren, ist es nicht so, dass, wenn die Lebensqualität den Bach runtergeht, nicht nur die Kommunen Schaden nehmen, sondern auch das Land?

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich noch ein paar Worte zur Bundespolitik dranhängen.

(Torsten Renz, CDU: Das muss aber nicht sein.)

Die kommunale Selbstverwaltung wird vor allem durch die aktuelle Bundespolitik infrage gestellt. Die unverantwortlichen Steuersenkungen durch Schwarz-Gelb gehen klar zulasten der Kommunen. Sie haben einfach keine Mittel und Möglichkeiten, um die Steuersenkungen zu kompensieren. Und alle Steuerpläne, die die Länder und die Kommunen noch weiter in den Ruin treiben, sind deshalb auch von uns strikt abzulehnen. Notwendig, meine Damen und Herren, und ohne Alternative ist eine baldige, umfassende Neuordnung der Gemeindefinanzen. Es bleibt zu hoffen, dass die auf der Bundesebene neu installierte Kommission recht bald fundierte Vorschläge präsentiert,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, wo noch Geld zu sparen ist.)

die den Kommunen endlich solide Finanzierungsmöglichkeiten, Herr Schnur, präsentiert. Und es besteht nicht nur Beratungs-, sondern es besteht akuter Handlungsbedarf in dieser Sache. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht erst mal vielen Dank, Herr Renz, dass Sie mir noch drei Minuten übrig gelassen haben von der Redezeit.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Oh, solidarisch ist er, wa? –
Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Nein, ist er nicht, ist er nicht.)

Nein, ich möchte einfach zwei, drei Sätze noch mal sagen, weil es ja als Bürgerschaftspräsident und als Finanzpolitiker hier in Schwerin nicht ganz so einfach ist, dieses Thema zu betrachten.

Als Kommunalpolitiker, denke ich mal, hätten wir alle immer gern mehr Geld, also es kann nie genug Geld da sein. Andererseits haben wir auch eine Verantwortung für die Landesfinanzen. Und da muss man abwägen. Und die Hansestadt Greifswald hat ja schon, anders als andere Städte, ihren Haushalt 2010 aufgestellt und auch schon genehmigt bekommen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Und ich kann Ihnen sagen, aus meinen Erfahrungen heraus ist nicht die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise das Entscheidende, sondern wir haben zum Großteil noch mit den Steuerrechtsänderungen aus dem Jahr 2002/2003 die Probleme, wo die Kommunen ja erst mal in die Lage gekommen sind, wo sie eigentlich gar nicht genug Geld hatten. Und über die Altfehlbeträge, die eigentlich abgebaut werden mussten, hatten wir nicht die Kraft gehabt, genug Rücklagen in den guten Jahren zu bilden.

(Marc Reinhardt, CDU:
Sehr richtig. Sehr richtig.)

Dieses Problem ist im Moment da.

(Toralf Schnur, FDP: Das hat
doch gar keiner bestritten, Egbert.)

Und jetzt muss man sehen und muss sich beide Seiten angucken, die Landesseite und die kommunale Seite. Im Moment sieht es so aus, dass die Kommunen verhältnismäßig gut ausgestattet werden

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aha!)

oder den Jahresabschluss 2009 im Verhältnis zum Land verhältnismäßig gut abgeschlossen haben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und jetzt, Herr Schnur, müssen wir aus meiner Sicht – aus meiner Sicht! – die Maisteuerschätzung noch mal abwarten und sehen, wo gehen die Einnahmen des Landes hin. Wenn die Einnahmen für Land und Kommunen dahin gehen, dass wir handeln müssen, dann, bin ich überzeugt, wird die Koalition auch noch die entsprechenden Entscheidungen treffen. Aber jetzt einen Schnellschuss zu machen, bloß weil noch Geld scheinbar im Jahresabschluss

(Toralf Schnur, FDP: Nein, das
steht nur auf dem Papier, es ist nichts
mehr da, hat Herr Müller gesagt.)

in 2009 da ist oder ein Überschuss ist, welches wir höchstwahrscheinlich hier im Land noch brauchen werden, finde ich verkehrt. Und man muss immer wieder darauf zurückkommen, wir haben die Mindestgarantie damals hier im Landtag abgeschafft mit Beschluss vom 17.12.2003 zum Beginn des Jahres 2005.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Nachdem wir sie erst mal eingeführt haben.
Da haben Sie nie dran gedacht vorher, nie
vorher. Das gehört zur Wahrheit dazu.)

Und da waren gerade die LINKEN mitverantwortlich, und jetzt kann man nicht wieder fordern, diese einzuführen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja.)

Also, denke ich,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie wollten sie
wieder einführen und haben es nicht getan.)

sind wir hier im Moment auf der richtigen Linie

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Lesen Sie Ihr Wahlprogramm!)

und müssen sehen, dass wir mit dem Geld, welches wir im Land zur Verfügung haben, vernünftig umgehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Jawoll, Egbert.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Liskow.

Um das Wort hat noch einmal gebeten der Abgeordnete Herr Heinz Müller von der Fraktion der SPD. Herr Müller, Sie haben das Wort.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur ein Satz zu den LINKEN und zwei Sätze zur FDP.

Ein Satz zu den LINKEN: Was ich erwartet hätte, Kollegin Schwebs, wäre eine Ursachenanalyse, die tatsächlich die Ursachen erfasst und die nicht nur an den Symptomen herumkratzt, um daraus dann politischen Honig zu saugen.

Zwei Sätze zur FDP: Herr Schnur, Ihre Aussage zum Thema „bar“ und „nur auf dem Papier“ erinnert mich ein wenig an eine Situation im Parlament des Königreiches Tonga in der Südsee,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

wo vor einer Reihe von Jahren ein Abgeordneter verlangt hat, der Finanzminister möge doch bitte den Jahresetat in bar auf den Tisch legen, damit man die Scheinepakete so dann nach links oder nach rechts zu den verschiedenen Zwecken hinüberschieben kann.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das scheint offenbar so Ihre Vorstellungswelt über Finanzpolitik zu sein.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich kann Ihnen nur sagen, wenn ich hier gesagt habe, das Geld steht zum Teil nur auf dem Papier, dann schauen Sie bitte in die Presse, Mitteilung des Finanzministeriums vom 2. Februar, da wird das sehr leicht verständlich,

auch Ihnen verständlich erläutert, wenn beispielsweise dort gesagt wird, dass 133 Millionen an Mecklenburg-Vorpommern gezahlt werden aus dem Länderfinanzausgleich, es sich aber um eine Überzahlung handelt und wir dieses im März des Jahres 2010 wieder zurückzahlen müssen. Das habe ich gemeint, wenn ich gesagt habe, ein Teil dieses Geldes steht ja nur auf dem Papier, und nicht etwa, dass wir in anderen Fällen das Geld hier in Säcken durch den Landtag schleppen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ein Zweites und Letztes zu Ihnen zum Thema Gewerbesteuer. Und das liegt mir sehr am Herzen, meine Damen und Herren, weil diese Gewerbesteuer der kommunalen Ebene sehr am Herzen liegt. Sie haben diese Kommission, die die Bundesregierung eingerichtet hat, erwähnt. Und da darf ich noch mal den Bericht der kommunalen Spitzenverbände zitieren. Da heißt es: „Zu dem Auftrag der Kommission, auch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu prüfen, erklärte Petra Roth:“

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„Bisher ist es niemandem gelungen, eine tragfähige Alternative zur Gewerbesteuer zu finden.“

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es. –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Im Weiteren weisen die kommunalen Verbände darauf hin, dass, wenn es zu einer solchen Zuschlagslösung kommt,

(Udo Pastörs, NPD: Es ist schon
lange die Redezeit abgelaufen.)

dass dann einerseits natürlich die Gewerbesteuerzahler entlastet werden, aber ...

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Müller!

Heinz Müller, SPD: ... die Gesamtkosten dann die Bürgerinnen und Bürger insgesamt ...

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Müller!

Heinz Müller, SPD: ... zu tragen haben.

Vizepräsident Hans Kreher: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Heinz Müller, SPD: Und das, Herr Schnur, ist Klientelpolitik vom Feinsten. Das lehnen wir ab.

(Toralf Schnur, FDP: Ach du großer Gott!
Jetzt kommt die Nummer wieder!)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über die Ziffern 1 bis 3 des Antrages gesondert abzustimmen.

Ich rufe auf die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3279. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3279 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU und der FDP, einer Enthaltung bei der Fraktion der NPD und einer Zustimmung bei der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3279. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3279 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU und Enthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf die Ziffer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3279. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist die Ziffer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3279 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU und der FDP und Enthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Vielfalt der Jugendfreiwilligendienste beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) – ein unverzichtbarer Teil des gemeinwohlorientierten bürgerschaftlichen Engagements in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/3292. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3314 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
Vielfalt der Jugendfreiwilligendienste
beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ)
und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) –
ein unverzichtbarer Teil des gemeinwohlorientierten
bürgerschaftlichen Engagements
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 5/3292 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/3314 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr bietet jungen Menschen zahlreiche Möglichkeiten im In- und Ausland, Möglichkeiten, die nicht nur ihre eigene Entwicklung, sondern vor allem unser gesellschaftliches Zusammenleben bereichern, denn wer zwischen Schule und Ausbildung im sozialen, im ökologischen, im sportlichen, kulturellen oder politischen Bereich einen Freiwilligendienst absolviert, der erhöht nicht nur seine eigenen Bildungs- und Beschäftigungschancen, sondern stärkt in erster Linie seine Gemeinschaftsfähigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Hier entscheiden sich junge Menschen, mit ihren individuellen Fähigkeiten Verantwortung für andere zu übernehmen. Sie setzen sich für ihre Mitmenschen und für ihre Umwelt ein. Sie unterstützen Menschen mit Behinderung in ihrem Alltag, sie arbeiten mit Kindern und Jugendlichen, sie sind aktiv in der Landschaftspflege oder sie bringen sich bei Maßnahmen in der Umweltbildung ein, um nur einige wenige Beispiele aus den vielfältigen Einsatzbereichen junger Freiwilliger zu benennen.

Und es hat sich über die Jahre gezeigt, dass sich immer mehr junge Menschen für die Gemeinschaft engagieren wollen. Wurden im Jahr 1993 noch 7.100 Plätze durch die Bundesregierung gefördert, so sind wir heute schon

bei über 24.000 angekommen. Und die Nachfrage steigt weiter stetig an. Das ist sehr erfreulich und es widerlegt die in meinen Augen falsche Behauptung, dass junge Menschen oftmals nur an ihr persönliches Vorankommen denken würden.

Aber, meine Damen und Herren, ein solcher Freiwilligendienst erfordert natürlich entsprechende Rahmenbedingungen.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Und die gesetzlichen Regelungen, die seit Juni 2008 neu in Kraft getreten sind, haben sicherlich einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die Nachfrage nach FSJ oder FÖJ weiter ansteigt. So gibt es flexiblere Zeitstrukturen, es gibt eine breitere Auswahl für Einsatzbereiche und es gibt eine nicht unwesentliche soziale Absicherung, die den Freiwilligendienst noch attraktiver macht.

Meine Damen und Herren, für uns sind FSJ und FÖJ ein unverzichtbarer Teil des gemeinwohlorientierten bürgerschaftlichen Engagements, in Deutschland insgesamt,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Richtig.)

in Deutschland insgesamt und in unserem Bundesland insbesondere. Wir wollen, dass dieser freiwillige Einsatz junger Menschen weiter ausgebaut wird.

Vor diesem Hintergrund, aber vor allem mit Blick auf die im kommenden Jahr geplante Änderung im Zivildienstgesetz fordern wir die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die Bundesebene ihre Mittel für FSJ und FÖJ erhöht und sich nicht etwa zugunsten des Zivildienstes aus FSJ und FÖJ zurückzieht. Darüber hinaus wollen wir bis zum Ende des Jahres einen Bericht der Landesregierung zur gegenwärtigen Situation des Jugendfreiwilligendienstes in unserem Bundesland. Vor allem aber geht es uns darum, wie die Absicherung und Weiterentwicklung in den kommenden Jahren aussehen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Harry Glawe, CDU: Genau.)

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

und danke auch den Herren der CDU-Fraktion

(Harry Glawe, CDU: Natürlich.)

für ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig. Frau Schwesig, Sie haben das Wort.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich begrüße außerordentlich den Antrag der Koalitionsfraktionen zur Stärkung des Freiwilligen Sozialen Jahres und des Freiwilligen Ökologischen

Jahres. Die Vorbereitung eines Gesetzentwurfes auf Bundesebene zur Verkürzung des Grundwehrdienstes auf sechs Monate hat zu einer erneuten Debatte über die Bedeutung des Zivildienstes geführt und dabei wird auch über eine mögliche Kompensation durch Jugendfreiwilligendienste nachgedacht.

An der Stelle bin ich ganz bei der Abgeordneten Frau Lochner-Borst, dass unabhängig von diesen Überlegungen es wichtig ist, den Jugendfreiwilligendienst weiterhin zu stärken. Er kann nicht als Ersatz gelten für diese Debatte.

Das Freiwillige Soziale Jahr und das damit verbundene bürgerschaftliche Engagement ist ein wichtiger Baustein in unserer Gesellschaft. Nicht nur den Freiwilligen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit vielfältige Erfahrungen machen und Bewährungsmöglichkeiten erhalten, nutzt das Freiwillige Soziale Jahr, sondern vor allem die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes profitieren davon.

Das Freiwillige Soziale Jahr fördert soziale Kompetenzen und unterstützt junge Menschen bei ihrer Berufsorientierung, indem es vielfältige Einsatzfelder aufzeigt, in denen sich die Freiwilligen kreativ und eigenverantwortlich einbringen können. Freiwilliges Engagement allgemein bietet jungen Menschen die Möglichkeit, unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Und das Interesse junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern am Freiwilligen Sozialen Jahr ist ungebrochen. Die Möglichkeit, die freiwillige Tätigkeit mit konkreten praktischen Erfahrungen in einem beruflichen Umfeld zu verbinden, spricht viele junge Menschen an. Und das Gute: Wir können darüber viele junge Menschen gewinnen für die wichtigen Berufe im medizinischen Bereich, vor allem auch in der Pflege.

Am Tag der Pflege hatte ich Gelegenheit, gerade mit jungen Menschen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr im Pflegebereich absolviert haben, zu sprechen, die sich dann daraufhin entschieden haben, eben in der Pflege tätig zu werden. Und deswegen ist dieses Freiwillige Soziale Jahr auch eine Chance, gerade junge Menschen für diese wichtigen Berufsfelder zu gewinnen.

Aus diesen vielen verschiedenen Gründen fördern wir das Freiwillige Soziale Jahr in der Förderperiode 2007 bis 2013 mit insgesamt 6 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Für die Jahre 2009 bis 2011 sind bereits rund 2,5 Millionen Euro bewilligt worden. Und an der Stelle möchte ich sagen, dass die Menschen ja oft das Gefühl haben, die EU ist sehr weit weg von den alltäglichen Problemen oder Lebensbereichen der Menschen, aber hier sieht man ganz deutlich, wie wichtig es ist, dass wir die Europäische Union haben und dass wir die Unterstützung aus der Europäischen Union haben

(Udo Pastörs, NPD: Wo wir vorher einzahlen.)

und vor allem den ESF, um solche wichtigen Sachen zu machen.

(Udo Pastörs, NPD: Nächstes
Jahr wieder 20 Milliarden.)

Und deswegen ist die Frage der Europäischen Union so eine wichtige und auch wichtige für uns im Land.

Im vergangenen Jahr absolvierten bei uns 634 junge Frauen und Männer ein Freiwilliges Soziales Jahr, das waren 439 junge Frauen und 195 junge Männer mit einem Durchschnittsalter von 19,4 Jahren, die sich für ein Freiwilliges Soziales Jahr entschieden hatten. Mehr als 50 Prozent der Freiwilligen haben ein Abi in der Tasche.

Unsere FSJ-Förderung in Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich durch eine enorme Vielfalt der Einsatzbereiche aus – vom klassischen, sogenannten weißen Bereich, also den Bereich der Medizin und der Pflege, den ich angesprochen habe, über Denkmalpflege, Sport, Kultur oder auch das FSJ in der Demokratie.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wir als Land tun viel für die Freiwilligendienste, dennoch brauchen wir die Unterstützung des Bundes, um die Jugendfreiwilligendienste nachhaltig zu stärken. Ein bundesweites Signal wäre hier wirksamer als einzelne Initiativen in den Bundesländern. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, dass es in einer Reihe von Bundesländern eine direkte finanzielle Förderung des FSJ auf Landesebene gar nicht gibt.

Die Stärkung und die weitere Ausgestaltung des Freiwilligen Sozialen Jahres ist für die Landesregierung ein wichtiges Thema. Die Zahl der jungen Leute, die sich derzeit für ein Freiwilliges Soziales Jahr bundesweit bewerben, ist etwa dreimal so groß wie die Zahl der offenen Stellen. Der Bund hat seine Zuschüsse auf 20.000 solcher Stellen begrenzt und das zeigt, dass es hier einen klaren Handlungsbedarf gibt. Mein Haus bereitet deshalb aktuell einen Entschließungsantrag für den Bundesrat vor. Dessen Zielstellung ist es, das FSJ zu stärken und eine Erhöhung der Bundesförderung zu erreichen. Jeder Jugendliche, der ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren möchte, sollte auch dazu Gelegenheit bekommen, dieses Orientierungsjahr für seine persönliche Entwicklung zu nutzen und dabei zugleich einen Beitrag für die Bürgergesellschaft zu leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 1993 hat Mecklenburg-Vorpommern begonnen, das Projekt Freiwilliges Ökologisches Jahr zu fördern und auszubauen. Was im Jahr 1991 als Bundesmodellprojekt mit acht Jugendlichen begann, hat sich inzwischen zu einem wichtigen und etablierten Jugendbildungsprojekt entwickelt. Seit 2002 leisten jährlich 132 Freiwillige hervorragende Arbeit in verschiedenen Einsatzstellen. Hinzu kommen noch einige Zivildienstleistende, die das Angebot nutzen, ihren Dienst im Rahmen eines FÖJ abzuleisten.

1993 beschloss der Bundestag mit dem Gesetz zur Förderung eines Freiwilligen Ökologischen Jahres erstmals ein Freiwilligengesetz für den Bereich des Umwelt- und Naturschutzes. In dieses Gesetz sind Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern eingeflossen, insbesondere die des Trägers Jugendwerk Aufbau Ost e.V.

Das FÖJ ist und bleibt ein Erfolgsmodell in Mecklenburg-Vorpommern. Der engagierte Einsatz der Pädagogen und Betreuer sowohl in den Seminaren als auch bei der Arbeit in den Einsatzstellen macht das FÖJ inhaltlich erst zu einem Bildungsjahr.

Besonders erwähnenswert ist deshalb die Fortbildungsbereitschaft der Pädagogen auch über Landesgrenzen hinweg. Der Vier-Länder-Verband mit Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt hat inzwischen so viel Beachtung gefunden, dass andere Länder ein ähnliches Gremium erwägen. Unser Modell wird beispielsweise in Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit großem Interesse beobachtet. Übrigens, am 1. und 2. November dieses Jahres sind wir Gastgeber und diskutieren mit unseren Gästen über die Zukunft der Freiwilligendienste hier in Schwerin.

Vor dem Hintergrund der laufenden UN-Dekade der Bildung für Nachhaltigkeit 2005 bis 2014 wird besonders deutlich, deshalb ist das FÖJ nicht nur Bestandteil des Nationalen Aktionsplanes. Minister Dr. Backhaus hat in seinem Strategiepapier das FÖJ als wichtigen Baustein im Rahmen des lebenslangen Lernens dargestellt.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Der daraus resultierende Landesaktionsplan für den nicht formalen Bildungsbereich beschreibt das freiwillige ökologische Engagement als wichtiges Bindeglied zwischen Schule und der nachfolgenden Ausbildung. Frau Abgeordnete Lochner-Borst ist darauf intensiv eingegangen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt ansprechen, den ich für besonders wichtig halte. Mittlerweile sind Praktika und Seminare in Polen und in Estland zu einem wichtigen Bestandteil des FÖJ geworden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Fünf polnischen Jugendlichen wird das Angebot gemacht, ganzjährig am Freiwilligen Ökologischen Jahr in Mecklenburg-Vorpommern teilzunehmen. Ein Seminar in der Woiwodschaft Westpommern, verschiedene Praktika sowie das Angebot der polnischen Seite, vier deutschen Jugendlichen einen sechsmonatigen Aufenthalt zu ermöglichen, tragen deutlich zum gegenseitigen Kennenlernen, zum Abbau von Vorurteilen und somit auch zu gelebter Toleranz bei.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Um diese Qualität zu erhalten und das Angebot auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten, müssen wir uns rechtzeitig Gedanken machen, wie in der Zeit nach der ESF-Förderung diese wichtigen Bildungsangebote finanziert werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Sie sehen, ich stehe voll und ganz hinter diesem Antrag. Ich bewerte ihn als eindeutige Unterstützung in unserer Arbeit für mehr bürgerschaftliches Engagement und für mehr Perspektiven für Jugendliche in unserem Land, in Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Alles
andere hätte uns auch gewundert.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Schaut man auf die Fristsetzung im Antrag, so nimmt man einen Hauch von Wahlkampfatmosphäre wahr, wobei sich die antragstellenden Fraktionen nicht scheuen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

einen Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 4. November 2009 aufzugreifen, den sie zwar damals abgelehnt haben, aber heute nichtsdestotrotz verkürzt wieder einbringen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Also habt ihr mit dem Wahlkampf
noch früher angefangen.)

Ja, es gehört sich ja so.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist doch die Logik.)

Die Koalitionsfraktionen erwarten nun einen Bericht der Landesregierung „zur gegenwärtigen Situation der Jugendfreiwilligendienste in Mecklenburg-Vorpommern sowie zu deren weiteren Absicherung und Weiterentwicklung in den kommenden Jahren“,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Richtig.)

also zu einem Projekt, das seitens des zuständigen Bundesministeriums ohnehin zur Ausweitung vorgesehen ist, wobei – und das empfinde ich durchaus als Mangel in Ihrem Antrag – keine politischen Vorstellungen unterbreitet werden, was Sie von der Landesregierung mit diesem Antrag konkret erwarten.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Ilka Lochner-Borst, CDU)

Worüber soll die Landesregierung berichten, mit welchen Forderungen sollen oder wollen wir Parlamentarier auf die künftige Gestaltung der Freiwilligenjahre FSJ und FÖJ Einfluss nehmen?

Verehrte Kollegen der Koalitionsfraktionen, Sie schreiben in Ihrer Begründung, dass „Freiwilligendienste als besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements ... in jüngster Zeit ... an Bedeutung gewonnen“ haben.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Ja.)

Das stimmt, ist aber bedauerlicherweise eine Begleitscheinung der Ausweitung des Niedriglohnssektors, des Fachkräftemangels ebenso wie der Umwandlung gut dotierter Arbeitsplätze, die nicht wiederbesetzt beziehungsweise im Rahmen des SGB II mit sogenannten Ein-Euro-Jobbern besetzt werden.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Das ist aber weit
an den Haaren herbeigezogen. Meine Herren! –
Harry Glawe, CDU: Sie kann nicht anders.)

Freiwilligendienste füllen daneben auch Lücken, Frau Ministerin hat es gesagt, die durch die Kürzungen der Zivildienstdauer bei den Freien Trägern entstanden sind. Die jungen Menschen, welche das Freiwillige Soziale Jahr oder das Freiwillige Ökologische Jahr absolvieren, übernehmen so doch sehr häufig, anders als ursprünglich vorgesehen, die Funktion von Lückenbüßern, denn die genannten Freiwilligenmaßnahmen dienen nicht mehr vordergründig dazu,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

junge Menschen mit sozialen Berufsfeldern vertraut zu machen, so, wie Sie auch, Frau Lochner-Borst, ja hier sehr zutreffend die ursprüngliche Zielstellung beschrieben haben. Freiwilligendienste übernehmen stattdessen zunehmend die Funktion, junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden, für wenig Geld unterzubringen, sie „zu parken“, könnte man sagen. Junge Menschen brauchen eine Perspektive und keine fragwürdigen „Parkplätze“.

Machen Sie also ernst mit Ihren Lippenbekenntnissen, verehrte Vertreter der Koalitionsfraktionen, auch verehrte Landesregierung! Setzen Sie sich dafür ein, dass die von Ihnen geforderte Erhöhung der Aufwendungen für das

FSJ oder für das FÖJ aus ESF-Mitteln zur Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsplätzen in gemeinwohlorientierten Bereichen verwandt wird! Freiwilligendienste, wie hier auch gerade von der Ministerin beschrieben, gerade für Abiturienten sind doch etwas fragwürdig, wenn einerseits die Schulausbildungszeit auf zwölf Jahre verkürzt wird und andererseits den jungen Leuten anschließend nicht eine berufliche Perspektive geboten werden kann, sondern sie eben für wenig Geld

(Udo Pastörs, NPD: So ist das.
Sehr richtig, Frau Kollegin.)

hier soziale Dienste für die Gemeinschaft leisten sollen.

(Udo Pastörs, NPD: Absolut richtig. –
Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Der vorliegende Antrag kommt – anders als der von meiner Fraktion vom 4. April 2009 – insofern doch wie ein großer Lückenbüßer daher,

(Harry Glawe, CDU: Was?)

wie ein Lückenbüßer für unzureichend ausgestattete Arbeitsplätze bei gemeinnützigen Trägern, wie ein Lückenbüßer oder eine Warteschleife für junge Menschen wegen unzureichender Ausbildungsplätze.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vor allen
Dingen einen Bericht von der Regierung
abfordern, das geht ja gar nicht.)

Das FSJ wie auch das FÖJ verlieren damit als schlecht bezahlte Arbeitsdienste ihre ursprüngliche Funktion und wir lehnen deshalb diesen Antrag ab. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Dr. Linke.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Dr. Linke, Ihre Einschätzung teile ich selbstverständlich höchstens punktuell,

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:
Ist doch gut.)

Ansonsten bleibt ja wohl einmal festzustellen, dass heutzutage leider eine erhöhte Anzahl an Schülerinnen und Schülern die Schule verlässt und noch nicht wirklich ganz genau weiß, wohin die Reise gehen soll. Und auch dazu sind diese Freiwilligen Sozialen und Freiwilligen Ökologischen Jahre bestens geeignet, um dann noch mal eine Orientierungshilfe zu geben.

Die Ausführungen von Frau Lochner-Borst und auch der Frau Ministerin werden von mir selbstverständlich vollkommen unterstützt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich möchte hauptsächlich auch auf den Änderungsantrag der Fraktion der FDP eingehen. Und, meine Herren – Frau Reese ist ja ... ach doch, sie ist doch da – und Frau Reese, dieser Änderungsantrag kommt einem Schuss in den Ofen ja ziemlich nah, denn das ist kein Änderungsantrag, das ist eigentlich ein vollkommen anderer Antrag,

ein vollkommen anderer Antrag und mit einer vollkommen anderen Zielstellung,

(Sigrun Reese, FDP: Ja, ich weiß.)

denn wenn wir hier von den Freiwilligendiensten unter dem Dach eines bestehenden Gesetzes sprechen, ist das die eine Sache. Diese beiden Formen, die darin erwähnt sind, sind eine Erfolgsgeschichte. Das Geld dafür könnte viel mehr sein,

(Stefan Köster, NPD: Immer Geld!)

der Ansturm ist groß.

Bei diesem sogenannten Technikum handelt es sich ja eigentlich genau um das Gegenteil. Dieses Technische Jahr, von Frau Schavan fast zeitgleich aus der Taufe gehoben, machte ja Anfang dieses Jahres Schlagzeilen dadurch, dass die „Süddeutsche“ einen Presseartikel hatte: „Mit einer millionenschweren Werbeinitiative für technische Praktika will die Regierung junge Tüftler fördern – findet aber nur einen einzigen Bewerber.“

Was war passiert? Mit einem Aufwand von 2,2 Millionen Euro ist dieses Projekt auf den Weg gebracht worden, nämlich um junge Menschen mehr für technische Berufe zu begeistern, weil der Fachkräftemangel in diesen Bereichen als besonders schwerwiegend empfunden wurde. Es wurden fast 160 Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt bis dato, Zielstellung ist 1.000. Aber es gab darauf nur einen einzigen Bewerber. Diesen Artikel hatten Sie wahrscheinlich gelesen, denn eine kleine Anfrage aus dem Februar nahm genau diese Thematik auf und die Landesregierung hat die auch umfänglich beantwortet, also ein vollkommen entgegengesetzter Sachverhalt.

Und wenn Sie dann versuchen, mit einem Änderungsantrag einen Einschub in unseren Antrag zu machen und damit dieses Freiwillige Technische Jahr auf eine Ebene des gemeinwohlorientierten bürgerschaftlichen Engagements zu bringen, ist das irgendwie abwegig, das passt überhaupt nicht. Von daher werden wir Ihren Änderungsantrag selbstverständlich ablehnen und hoffen auf eine große Mehrheit und hohe Anzahl von Jastimmen für den unsrigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Tegtmeier, Sie werden sich wundern, also ich habe eigentlich gar nicht so gegen diesen Antrag vom Grundsatz her reden wollen, sondern ich sage, solch einen liberalen Antrag der Großen Koalition zu lesen, das ist eine wirkliche Freude.

Da steckt vielleicht auch ein bisschen Ironie dahinter, aber auf jeden Fall, die FDP begrüßt im Gegensatz zu dem zwanghaften Engagement von Wehr- und Zivildienst seit jeher ihre freiwillige Alternative. Das Begreifen und Erfahren gesellschaftlicher Verantwortung ist aus liberaler Sicht unter Zwang nicht möglich. Wirkliches bürgerschaftliches Engagement entsteht nur aus der eigenen Erkenntnis, für die Rechte in diesem Land auch einmal in die Pflicht sich zu nehmen. Eine Erweiterung und ein Ausbau dieser Angebote erhöht die Vielfalt für die jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern,

genau dieses gesellschaftliche Engagement auszuleben. Dieses Bemühen unterstützt die FDP-Fraktion.

Warum allerdings das Technikum in Ihrem Antrag außen vor bleibt, ist für uns unerklärlich, aber Sie haben es ja eben erklärt. Wir nehmen das erst mal so hin. Aber ich denke trotzdem, überlegen Sie bitte noch mal, ob Sie die Chance nutzen, unserem Änderungsantrag trotzdem zuzustimmen und für eine wirklich breite Vielfalt von Angeboten zu stimmen, für ein freiwilliges bürgerschaftliches Engagement.

Ich beantrage in diesem Zusammenhang auch gleich, dass wir bitte die drei Absätze einzeln abstimmen, damit wir unser Verhalten entsprechend dann deutlich machen können, denn dem zweiten Absatz können wir so nicht zustimmen.

Vollkommen richtig ist hier auch Ihr Ansatz, die Bedarfsermittlung zu konkretisieren und neben einer klaren Analyse der derzeitigen Angebotssituation auch einen Ausblick auf Entwicklungsmöglichkeiten der Freiwilligendienste zu bieten. Umso mehr, das habe ich schon zum Teil gesagt, verwundert mich Ihr zweiter Ansatz, in dem Sie dieser Bedarfsermittlung bereits vorgreifen. Ihre pauschale Forderung nach einer Erhöhung der Bundesmittel scheint mir doch sehr zweifelhaft, wenn die Bedarfsermittlung für diese Mittel erst zum Ende dieses Jahres abgeschlossen werden soll.

Daher schlage ich Ihnen vor, nicht den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. Lassen Sie uns über die Forderung nach einer Erhöhung der Bundesmittel diskutieren, wenn wir die Bedarfe in Mecklenburg-Vorpommern klar analysiert haben und einen Ausblick gerade auch auf die Kosten möglicher Weiterentwicklungen haben. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Regierungsfaktionen ist besonders langweilig zu lesen, enthält er doch nichts Neues, was das Land Mecklenburg-Vorpommern besonders voranbringen könnte. Stattdessen finden sich nichts-sagende Floskeln, wie wichtig die „große Vielfalt der Jugendfreiwilligendienste im Bereich des Freiwilligen Sozialen Jahres ... und des Freiwilligen Ökologischen Jahres ... als unverzichtbare(r) Teil des gemeinwohlorientierten bürgerschaftlichen Engagements in Mecklenburg-Vorpommern“ sei. So weit, so gut.

Noch lächerlicher wird es aber, wenn der Landesregierung für die kaum spürbaren Anstrengungen parlamentarisch auf die Schultern geklopft werden soll. Interessant wäre doch zu wissen, welche besonderen Anstrengungen die Landesregierung tatsächlich unternommen hat, um die Angebote weiter auszubauen.

Nach dem Beifallklatschen muss die Landesregierung dann allerdings erst aufgefordert werden, etwas zu tun, nämlich „sich auf Bundesebene für eine Erhöhung“ der Bundesmittel einzusetzen, ein Ansinnen, welches einzeln betrachtet durchaus unterstützenswert ist, aber im Zusammenhang mit einem Schaufensterantrag, wie Sie ihn hier wieder einmal vorgelegt haben, hat das Ganze einen faden Beigeschmack.

Der von Ihnen geforderte Bericht zur gegenwärtigen Situation der Jugendfreiwilligendienste in Mecklenburg-Vorpommern sollte selbstverständlich sein, schließlich unterstützt das Land diese Maßnahmen mit Steuermitteln. Und die Landesregierung sollte daher auch über die Entwicklung der Jugendfreiwilligendienste und über die Verwendung der Mittel berichten. Dadurch, dass das Freiwillige Soziale Jahr über Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert wird, ist von dieser Stelle die Finanzierung bis ins Jahr 2013 gesichert. Interessant wäre daher zu erfahren, wie sich die Landesregierung die Zukunft des FSJ nach dem Jahr 2013 vorstellt und welche Anstrengungen sie unternehmen will, um die Jugendfreiwilligendienste dauerhaft mit den notwendigen Finanzmitteln auszustatten.

Neben den offiziellen Jugendfreiwilligendiensten gibt es auch noch verschiedene private Initiativen, beispielsweise das Freiwillige Landjahr. Diese Initiative erfährt einen stetig wachsenden Zuspruch, da beispielsweise das Freiwillige Ökologische Jahr nicht mehr die Ausrichtung auf ökologische Produkte hat, sondern seit Jahren schon zur politischen Indoktrination missbraucht wird. Nicht umsonst taucht es immer wieder im Zusammenhang mit dem Landesprogramm zur Bekämpfung der nationalen Opposition auf, welches Sie Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ nennen.

Mit dem Freiwilligen Landjahr hingegen erhalten die jungen Leute einen ganzheitlichen Einblick in das Leben und in die Arbeit der Bauern, auch weil sie in der Zeit des Landjahres in der Bauernfamilie leben und in alle Belange einbezogen werden. Das schließt die Kinderbetreuung und Arbeit im Haushalt mit ein, wobei die Erfahrungen in der praktischen Landarbeit nicht zu kurz kommen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Der Großteil der Bauern, die das Freiwillige Landjahr anbieten, wirtschaftet ökologisch und ermöglicht damit auch den Erhalt eines geschlossenen Kreislaufes. Die Teilnehmer erfahren die Natur als Wert an sich, aber auch die Verantwortlichkeit des Menschen für die Natur und deren Schutz – ganz ohne öffentliche Steuermittel.

Deshalb bin ich auch schon auf den Bericht der Landesregierung gespannt, der ja durch Ihre Mehrheit im Landtag zum Ende des Jahres vorliegen wird. Der Bericht ist auch aus unserer Sicht notwendig, damit Klarheit darüber herrscht, wie Steuermittel eingesetzt wurden und welche Werthaltigkeit die verschiedenen Projekte hatten. Wir stimmen daher dem Antrag zu, allerdings ohne der Landesregierung im Vorfeld Beifall zu klatschen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Specht von der Fraktion der CDU.

André Specht, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wie sinnvoll der Antrag ist und dass er auch zur richtigen Zeit kommt, das zeigt gerade heute auch wieder die Presse. So schreibt die „Schweriner Volkszeitung“: „Trotz sinkender Schulabgänger-Zahlen verzeichnen die Träger der Freiwilligendienste in MV regen Zulauf.“ Landesweit gibt es inzwischen 766 Jugendliche, die im Freiwilligendienst arbeiten. Frau Ministerin Schwesig hatte zusätzlich ausgeführt, im letzten Jahr hatten wir 634 FSJler und FÖJler. Die Zahl steigt also. Und dass man hier Handlungsbedarf sieht, wurde bereits von der Ministerin dargestellt.

Inhaltlich gibt es ja eine weite Einigkeit darüber, dass das Freiwillige Soziale Jahr und auch das Freiwillige Ökologische Jahr unverzichtbare Teile der gemeinwohlorientierten bürgerlichen Gesellschaft in unserem Land sind. Dass dieses Freiwillige Soziale Jahr und auch das Freiwillige Ökologische Jahr immer wichtiger werden, liegt auf der Hand und wurde auch von den meisten Rednerinnen und Rednern hier noch mal betont.

(Udo Pastörs, NPD: Was wollt ihr auch sonst machen mit den jungen Leuten?)

Darauf werde ich, nicht auf Ihnen, aber auf den Beitrag von Frau Linke werde ich gleich noch eingehen. Zunächst allerdings halte ich es für notwendig, noch mal klarzustellen, dass das Freiwillige Soziale und auch das Freiwillige Ökologische Jahr nicht nur für die Jugendlichen selbst von immenser Bedeutung sind, die eben durch dieses Freiwillige Jahr nicht nur soziale Kompetenzen sammeln, erste Fachkenntnisse in den späteren Berufen erwerben können, sondern eben auch insbesondere die Verantwortung für andere und die Gesellschaft in dieser Zeit übernehmen. Das heißt, dass FSJler und FÖJler in dieser Zeit schon erheblich wichtige Schlüsselqualifikationen für ihren zukünftigen Beruf erlernen.

Aber nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für die Gesellschaft selbst sind die Freiwilligenjahre wichtig. Auf die vielfältigen Möglichkeiten sind hier bereits alle eingegangen. Lassen Sie mich nur ein konkretes Beispiel in diesem Zusammenhang noch erwähnen: Wenn man sieht, dass beispielsweise der wohl übereinstimmend unbefriedigende Betreuungsschlüssel in Kitas nicht zuletzt auch dadurch etwas abgefedert werden kann, dass in diesen Kindertageseinrichtungen auch FSJler arbeiten, dann zeigt das, wie wichtig uns diese Arbeit an anderer Stelle sein kann.

Frau Dr. Linke, Sie selbst betonen ja zunächst, dass Sie einen Antrag vor meiner Zeit im Landtag eingebracht hätten. Und in Ihrem Beitrag konstruieren Sie nun Gründe, um den jetzt vorliegenden Antrag ablehnen zu können. So ganz überzeugend war das allerdings nicht. Was ich bedenklich fand, Frau Dr. Linke, ist allerdings, dass Sie die FSJler und FÖJler in unserem Land als Lückenbüßer diskreditieren, die offensichtlich keine Ausbildung bekommen, und darüber hinaus die FSJ- und FÖJ-Stellen als schlecht bezahlte Arbeitsdienste diffamieren. Frau Dr. Linke, das ist freiwilliges Engagement, das wir für unsere Bürgergesellschaft brauchen, und ich glaube nicht, dass wir die FSJler und FÖJler als Lückenbüßer diskreditieren sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Herr Kreher, was das Technikum betrifft, hatte Frau Kollegin Tegtmeier bereits ausgeführt, dass das andere Grundlagen sind und eine andere Zielstellung ist. Insofern wird auch die CDU-Fraktion den Ergänzungsantrag ablehnen. Auch die Streichung des zweiten Absatzes halten wir für grundlegend falsch, er würde nämlich den Antrag zum wesentlichen Teil sinnentleeren. Insofern werden wir Ihren Antrag an der Stelle natürlich ablehnen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Die weitgehende Einigkeit in der Sache, die ja fraktionsübergreifend vorliegt, sollte hier dazu führen, dass alle zustimmen. Lassen Sie uns das FSJ und FÖJ weiter stärken! Wenn wir das gemeinwohlorientierte Engagement nicht stärken, nehmen wir der Bürgergesellschaft das Rückgrat. Stimmen Sie also dem Antrag zu! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3314 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3314 bei Zustimmung der Fraktion der FDP, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über die Absätze 1 bis 3 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3292 gesondert abzustimmen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wer dem Absatz 1 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3292 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Absatz 1 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3292 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP, der Fraktion der NPD, drei Stimmen der Fraktion DIE LINKE und drei Stimmenthaltungen der Fraktion DIE LINKE,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Das waren Gegenstimmen, glaube ich.)

drei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und drei Stimmenthaltungen der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wer dem Absatz 2 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3292 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Absatz 2 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3292 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der NPD, bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Gegenstimmen.)

Gegenstimmen der Fraktion der FDP und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen. Und eine Jastimme bei der Fraktion DIE LINKE? – Eine Jastimme der Fraktion DIE LINKE.

Wer dem Absatz 3 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3292 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? –

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Danke. Damit ist der Absatz 3 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3292 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP, der Fraktion der NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Zwischenbericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“, Drucksache 5/3063.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Zwischenbericht der Landesregierung zur
Umsetzung des Landesprogramms
„Demokratie und Toleranz
gemeinsam stärken!“
– Drucksache 5/3063 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Bericht ist der Zwischenbericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ Er gibt einen umfassenden Überblick über die zahlreichen Maßnahmen der Landesregierung zur Stärkung von Demokratie und Toleranz in unserem Bundesland. Ich danke allen Häusern, die für diesen Bericht gearbeitet haben. Der Bericht zeigt, wie die Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gebündelt werden. Er zeigt ferner, wie die Maßnahmen ineinandergreifen und was sie bewirken.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich will den Bericht nicht verlesen, Sie haben ihn sicherlich ausgiebig studiert und außerdem hat sich ja auf Antrag der Linkspartei der Sozialausschuss mit dem Bericht schon intensiv auseinandergesetzt.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle deshalb einige grundsätzliche Bemerkungen. Wir tun viel in Mecklenburg-Vorpommern, um der menschenverachtenden Ideologie der Ewiggestrigen den Nährboden zu entziehen. Wir haben viel erreicht,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

aber solange Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und Rassismus in unserem Land noch vorhanden sind, liegt noch ein weiter Weg vor uns.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Dass wir noch nicht am Ziel sind, zeigt die gezielte Provokation in Sternberg. Wer in Kirchen einbricht

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und eine Hakenkreuzfahne am Turm der Stadtkirche befestigt,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

erreicht nur eins, die geschlossene Front der Demokraten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Andere Rechtsextreme versuchen in unserem Land, als Biedermänner unsere Demokratie zu unterwandern.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie versuchen, in die Mitte unserer Gesellschaft einzudringen,

(Udo Pastörs, NPD: Das muss verhindert werden.)

spielen den engagierten Feuerwehrmann, organisieren Kinderfeste oder versuchen, in Elternvertretungen Fuß zu fassen.

(Udo Pastörs, NPD: Das muss unterbunden werden.)

Selbst in Kitas versuchen die Rechtsextremen, potenziellen Nachwuchs zu rekrutieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

All das vor Augen, möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal betonen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass die ganze Landesregierung den Innenminister bei seinen Bemühungen unterstützt, ein Verbotsverfahren gegen die NPD durchzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und DIE LINKE –
Stefan Köster, NPD: Jawoll!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Stefan Köster, NPD: Weil keiner 'ne Meinung mehr hat, verbietet man.)

Demokratie lässt sich nicht verordnen, Demokratie müssen wir leben. Die Landesregierung setzt deshalb auf demokratisches Verhalten, sie setzt auf bürgerschaftliches Engagement,

(Udo Pastörs, NPD: Auf Gehirnwäsche. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sie setzt auf die Förderung von Toleranz und Weltoffenheit.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Genau. –
Stefan Köster, NPD: Und auf Korruption.)

Und darum haben wir ein institutionelles Beratungsnetzwerk geschaffen.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

Mit unseren fünf Regionalzentren sind wir in Mecklenburg-Vorpommern einzigartig in Deutschland.

(Udo Pastörs, NPD: Haben wir besucht.
Das war schrecklich, was da rumhing.)

Was haben wir erreicht? Das gesellschaftliche Interesse für das Themenfeld „Stärkung von Demokratie und Toleranz“ wurde deutlich erhöht. Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen wurde im Berichtszeitraum vorangetrieben und verbessert. Die öffentlichen Positionierungen für demokratische Werte haben vonseiten verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen deutlich zugenommen. Innerhalb der Landesregierung hat sich die Koordinierung und Abstimmung der auf die Stärkung von Demokratie und Toleranz gerichteten Aktivitäten durch die Einrichtung der Landeskoordinierungsstelle, der IMAG und des Vergaberrates verbessert. Die Bundesprogramme wurden konsequent genutzt und mit den Schwerpunktsetzungen des Landesprogramms verknüpft.

Ende dieses Jahres schließt die laufende Förderperiode der Bundesprogramme ab. Derzeit wird an den Vorbereitungen zu ihrer Weiterführung gearbeitet. Dazu habe ich am 12. März 2010 die Bundestagsabgeordneten – parteiübergreifend – unseres Bundeslandes eingeladen.

(Udo Pastörs, NPD: Gut.)

Wir werden darstellen, welche positiven Wirkungen die Bundesprogramme in Mecklenburg-Vorpommern haben und wo wir weiteren Handlungsbedarf sehen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aus Sicht der Landesregierung kann es an dieser Stelle keine Kürzung geben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das wäre ein fatales Signal. Das werde ich auch mit Bundesministerin Schröder persönlich besprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Heinz Müller, SPD: Sehr gut.)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal an alle politischen und staatlichen Verantwortlichen appellieren. Bekennen Sie Farbe,

(Michael Andrejewski, NPD:
Aber nicht braun!)

stellen Sie sich den Bürgerinnen und Bürgern, zeigen Sie Flagge für eine lebendige Demokratie! Diskutieren Sie, suchen Sie Verbündete, finden Sie Mehrheiten, versuchen Sie, widerstreitende Interessen auszugleichen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

auch wenn das bedeutet, dass man gelegentlich Zumutungen, wie sie hier in diesem Parlament stattfinden, aushalten muss.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das schaffen Sie schon.)

Und an dieser Stelle darf ich mir eine ganz persönliche Anmerkung erlauben:

(Udo Pastörs, NPD: Nehmen Sie Ihr Gehalt als Schmerzensgeld, dann stimmt die Rechnung!)

Seit Oktober 2008 darf ich als Mitglied der Landesregierung an diesen Landtagssitzungen teilnehmen und ich habe sehr viel Respekt und Hochachtung davor, wie alle Abgeordneten aller demokratischen Parteien sich hier der NPD stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

An dieser Stelle, sage ich, bin ich sehr stolz auf meinen Landtag.

Schauen wir deshalb gemeinsam weiterhin genau hin, was die Feinde der Demokratie treiben! Wir brauchen eine Kultur des Hinschauens in unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren Abgeordnete. Zur Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie gibt es keine Alternative.

(Stefan Köster, NPD: Jawoll!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Wird der Adel gerittet, ach nee, der Ritter geadelt. – Stefan Köster, NPD: Aber ich liebe euch doch alle. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD – Udo Pastörs, NPD: Der Koplin ist nicht da, der drückt sich wahrscheinlich oder hat'n Auftrag.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Bist du fertig?

(Udo Pastörs, NPD: Wir können noch ein bisschen weitermachen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Machen Sie mal weiter, das interessiert sowieso keinen, Herr Pastörs!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin!

(Stefan Köster, NPD: Liebe Demokraten!)

Passend zu unserem Antrag, die Unterrichtung der Landesregierung heute hier im Plenum zu behandeln, präsentierte der Gründer und Vorsitzende des Vereins „Gesicht Zeigen!“, der ehemalige Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye,

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie das mal den verschleierte Damen in Berlin und Rostock! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

am Montag aus Anlass des zehnjährigen Bestehens dieses Vereins eine erschütternde Bilanz. Statistisch gesehen passiert in Deutschland alle 26 Minuten eine rechtsextrem motivierte Straftat. 2008 waren es rund 20.000 und für 2009 werden ähnliche Zahlen erwartet, Zahlen, die uns auf- und wachrütteln müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Udo Pastörs, NPD: Schaffen Sie die Meinungsdictatur ab, dann gehen die Delikte runter!)

Sehr geehrte Damen und Herren,

(Michael Andrejewski, NPD: Das sind Meinungsäußerungen.)

lassen Sie mich da eingangs den Dank meiner Fraktion sagen an alle diejenigen in Mecklenburg-Vorpommern, die sich mutig und mit Ausdauer gegen rechtsextremistische und nazistische Entwicklungen engagieren,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

seien es die vielen ehrenamtlich wirkenden Frauen und Männer,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Jugendliche und Ältere, seien es die Regionalzentren und bei Lobby e.V. oder in anderen Strukturen, in gewählten Vertretungen, in Verwaltungen, in den Schulen und Kirchen, engagierte Menschen, die sich darin einig sind, Demokratie zu stärken und Respekt vor anderen Kulturen zu entwickeln.

(Stefan Köster, NPD: Wie in der Volkssolidarität.)

Und ich bin auch den Werftarbeiterinnen und Werftarbeitern dieses Landes sehr dankbar, die vorgestern deutlich gemacht haben, was sie von den Nazis halten, nämlich nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und FDP – Stefan Köster, NPD: Die haben uns mittlerweile eingeladen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt, dass für Sie alle das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ wichtige Hilfe und Unterstützung, auch Leitfaden für konkretes Handeln ist. Und lassen Sie mich daher eingangs an die Adresse der Bundesregierung davor warnen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ein neues Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus so neu zu ordnen,

(Stefan Köster, NPD: Jawoll!)

dass es sich zugleich gegen Linksextremismus und Islamismus richten soll.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es mag sein, dass sich die Bundesfamilienministerin mit ihrem Vorschlag versucht zu profilieren. Denn weitere Gedanken, das ergeben Antworten der Bundesregierung auf eine Reihe von Anfragen von Bundestagsabgeordneten der LINKEN,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

hat sie sich offensichtlich nicht gemacht. Ihr undifferenziertes Sprechen über Extremismus von Links und Rechts lässt die Motivation des jeweils dahinterliegenden politischen Handelns völlig unberücksichtigt. Auch Heye warnte am Montag davor, rechten und linken Extremismus in einen Topf zu werfen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

damit besteht die Gefahr für Heye, Rechtsextremismus zu verharmlosen.

(Udo Pastörs, NPD: Linke Gewalt ist Freiheitskampf.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es besteht also überhaupt kein Anlass, Herr Pastörs, vor allem von der vollen Konzentration auf die Auseinandersetzung mit diesen Nazis abzuweichen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Stefan Köster, NPD: Jawoll, Herr Ritter!)

auch nicht davon, Bedingungen für das Aufleben rechtsextremer Kräfte auszutrocknen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

In Zeiten zunehmender öffentlicher Diskussion um die Erosion der Mittelschicht ...

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hat der eigentlich noch Redezeit nachher?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Herren von der Fraktion der NPD, Zwischenrufe sind zulässig, aber nicht Dauerreden von Ihnen.

(Udo Pastörs, NPD: Aber das ist doch immer noch lustig, was er vorträgt.)

Sie haben selber noch Redezeit und können dort eine Rede halten. Ich bitte Sie jetzt doch hier um mehr Sachlichkeit und Ruhe.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie sollten bei dem Thema mal lieber den Mund halten! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Bitte, Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Peter Ritter, DIE LINKE: In Zeiten zunehmender öffentlicher Diskussion um die Erosion der Mittelschicht, den Abbau staatlicher Sozialleistungen, steigender Lebenshaltungskosten, Globalisierungsängsten und Demokratieverdrossenheit bestehen zweifelsfrei günstige Bedingungen für eine neonazistische „Allheilmittelpolitik“. Noch, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Braunen logistisch und personell – das sehen wir ja hier – nicht in der Lage, diese Krisensituation für die eigene Propaganda umfassend auszunutzen und in politischen Erfolg umzuwandeln,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

eine Entwarnung hinsichtlich der vom Neonazismus ausgehenden Gefahr ist jedoch völlig unangebracht.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Die Tatsache, dass sich inzwischen neonazistische Erscheinungsformen nicht mehr nur auf das Propagieren stumpfsinniger Parolen reduzieren lassen, birgt das Risiko einer subtileren und unberechenbareren Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates in sich.

(Udo Pastörs, NPD: Wegsperrten am besten.)

Ich bitte daher die demokratischen Fraktionen dieses Landtages und die Landesregierung darum,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist das billigste Mittel.)

diese Prämissen bei der weiteren Umsetzung, aber auch bei der Analyse der Wirksamkeit des Landesprogramms zugrunde zu legen.

Und ich sage, gut,

(Stefan Köster, NPD: In der politischen Verfolgung kennen Sie sich ja aus.)

dass nun dieser Zwischenbericht der Landesregierung vorliegt. Er zeigt Fortschritte auf, aber auch Defizite. Keine Aussagen werden zum Beispiel getroffen zu den Bereichen Hochschulen, Medien, Parteien und Kirchen. Ich hoffe sehr, dass im Abschlussbericht dazu analytische Aussagen getroffen werden. Und ich wünsche mir, dass weniger nur aufzählende Feststellungen getroffen werden oder Benennungen von Aktivitäten, deren Bezug zum Landesprogramm weitgehend im Dunkeln bleibt, wie in Punkt 6.3 das Projekt „mv4you“.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: For you, for you, for you.)

Immer wieder wird nur auf Strukturen verwiesen, nicht aber auf inhaltliche Ergebnisse der Projekte. Aber nur das, was im Alltag bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in deren Denken und Handeln ankommt, sagt letztlich etwas aus über die Wirkung der Projekte und den Stand der Qualifizierung der Projektarbeit.

Und es ist mir und meiner Fraktion nicht verständlich, dass verwertbare Ergebnisse der Einzelprojekte erst im September dieses Jahres beziehungsweise nach Abschluss der Bundesprogramme 2010/2011 zu erwarten sein sollen. Wir wissen alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie viel Kraft es kostet, Strukturen und Vernet-

zungen aufzubauen. Die Freude über deren Zustandekommen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Nazis arbeiten und wirken. Sie werden immer dreister und radikaler,

(Stefan Köster, NPD: Jawoll.)

wie das Hissen einer Hakenkreuzfahne auf der Sternberger Kirche zeigt,

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

oder, Herr Pastörs, das Versenden von Drohbriefen an die Unterstützerinnen und Unterstützer der Blockade des Dresdener Naziaufmarsches,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

oder, Herr Köster,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

oder sogar, Herr Köster, Mordankündigung gegen einen Abgeordneten meiner Fraktion,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

oder, Herr Köster, Gewaltandrohungen im Internet.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Auf einer einschlägigen Naziinternetseite ist Folgendes zu lesen, ich zitiere:

(Udo Pastörs, NPD: Zitieren Sie mal die linken Seiten!)

„Normalerweise liegt uns ja jeder übertriebene Drastik im Ausdruck fern, aber in diesem Fall würden wir es – fast – für legitim halten, wenn eine solche Zumutung mit einem gezielten Faustschlag in die Fresse – ja, wir haben Fresse gesagt – des Genossen Ritter beantwortet würde ...“, Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind aber 'ne Mimose!)

Andererseits,

(Udo Pastörs, NPD: So was ereilt mich jeden Tag.)

andererseits geben sich die Funktionäre der NPD wie Herr Pastörs bieder und bürgerlich, um Sympathie zu erzielen.

(Stefan Köster, NPD: Wir sind halt sehr sympathisch.)

Sie geben sich Mühe mit ihrer Raumergreifungsstrategie, um sich und ihre Ideologie im Alltag zu integrieren, und das besonders dort,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wo sie kommunale Mandate erringen konnten.

Unverfänglich, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt das nationalistische Monatsmagazin „Zuerst!“ daher, mit einer Startauflage von 86.000 Exemplaren. Es soll, wie ihr Chefredakteur kundtut, Zitat, „ein Medium sein, das sich nicht auf irgendwelche Ideologien abhebt, sondern zuerst auf deutsche Interessen ... der deutschen Bevölkerung kümmert“. Zitatende.

(Stefan Köster, NPD: Das ist doch in Ordnung.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Rechtsextreme und Nazis sind dort stark, wo wir Demokratinnen und Demokraten schwach sind.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sehen, wir haben Fortschritte erzielt in den letzten zehn Jahren.)

Deshalb erwarte ich von allen demokratischen Fraktionen, dass sie die vorliegende Unterrichtung nicht als erledigt beiseitelegen, sondern dass wir gemeinsam weiter an der Umsetzung des Landesprogramms arbeiten. Im gleichen Maße wende ich mich an die Landesregierung, an alle Ressorts, ihre Anstrengungen zu erhöhen. Und wenn am Ende des Zwischenberichts darauf verwiesen wird, dass die Handlungsempfehlungen und Schlussfolgerungen den Haushalt nicht belasten sollen, so geht das an den Erfordernissen und der politischen Verantwortung vorbei.

(Udo Pastörs, NPD: Hilflöses Gequatsche, was Sie da loslassen.)

So bedarf die Ausstattung der Schulen sowie der Kinder- und Jugendsozialarbeit einer erhöhten Unterstützung. Gerade in ländlichen und ländlichsten Gebieten, in Dörfern mit nur wenigen Kindern und Jugendlichen müssen die Strukturen aufrechterhalten oder eben wieder neu geschaffen werden. Ansonsten, das besagen ausreichende Erfahrungen, überlassen wir diese jungen Leute den braunen Rattenfängern. Auch Heye forderte am Montag, dass Bildung und Jugendarbeit gestärkt werden müssen. Es fehle, so Heye, ich zitiere, „die Mindestausstattung einer ‚Bildungsrepublik‘“. Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja interessant, dass Sie die Jugend als Ratten bezeichnen.)

Es ist dringend geboten zu diskutieren, ob es gerade im Kinder- und Jugendbereich, aber auch im kulturellen Bereich dabei bleiben darf, dass Projektförderungen immer nur für ein Jahr gewährt werden. Erfolgreiche Projekte müssen dauerhaft geführt werden können.

(Udo Pastörs, NPD: Lebenslänglich.)

Im Landkreis Ostvorpommern arbeitet das Modellprojekt „Landstreicher“ mit seinem Kleinbus sehr erfolgreich, aber für 1.051 Jugendliche im Alter von 12 bis 20 Jahren aus 28 Gemeinden gibt es eine einzige hauptamtliche Kraft. Das ist unzureichend, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Das, was durch dieses Projekt geleistet wird, müsste flächendeckend Standard werden,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aber dazu müssen eben zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und es ist aus unserer Sicht nicht tragbar, dass es für das Projekt „Schule ohne Rassismus“ innerhalb der Regionalzentren des Landes nur eine Koordinatorin für das ganze Land, für alle Schulen des Landes gibt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist zu wenig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Stefan Köster, NPD: Aber Sie sind doch da, Herr Ritter.)

Es ist nicht zufriedenstellend, wenn Aussteigerprogramme

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Bei Ihnen müssten das Hunderte sein.)

oder Hilfsangebote für Eltern, deren Kinder in rechtsextreme Gruppierungen abgleiten, nicht ausreichend angeboten werden können.

Und es ist noch nicht hinreichend gelungen, die Kommunen des Landes, wie im Landesprogramm fixiert, zu ermuntern, „Demokratische Leitbilder zur Gestaltung weltoffener Gemeinden“ zu entwickeln.

Und es ist notwendig, für den Bereich Bildung nicht nur Maßnahmen und Teilnehmerzahlen aufzuzählen, sondern darzustellen, wie die Grundlagen von Demokratie und Toleranz im Unterrichtsprozess der Schulen vermittelt und im schulischen Leben praktiziert werden. Unbestreitbar wichtig ist die interkulturelle Erziehung an den Schulen. Aber was geschieht außerunterrichtlich und außerschulisch?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die wenigen kulturellen Projekte, die im Punkt 3.2 genannt werden, sind wichtig, aber auf sie wird nun schon seit langer Zeit hingewiesen. Gibt es im für Kultur zuständigen Ministerium nicht mehr Anstrengungen für entsprechende weitere Projekte und Aktivitäten? Gerade kulturelle und interkulturelle Bildung bietet vielfältige altersgemäße Spielformen, Möglichkeiten geselliger Kommunikation in Freizeitstätten, Theatern, Museen et cetera. Kunst und Kultur sind doch geradezu prädestiniert, um die Zielsetzung des Landesprogramms anregend, fantasievoll und emotional besonders Kindern und Jugendlichen nahezubringen und alltagsrelevant umzusetzen. Stattdessen, siehe Landeshaushalt 2010/2011, werden Mittel, die der direkten Projektförderung Kultur zur Verfügung stehen, beträchtlich gekürzt.

Warum, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es eigentlich nicht in weiteren Verbänden einen solchen Ehrenkodex, wie im Landessportbund praktiziert? Warum noch nicht bei der Feuerwehr, in der Wirtschaft, in der Landwirtschaft und anderswo?

(Stefan Köster, NPD: In Krankenhäusern auch.)

Der Zwischenbericht benennt zwar den Bereich Tourismus, aber es scheint mir, dass er in seiner Bedeutung für Toleranzentwicklung noch nicht ausreichend erkannt wird. Es kann doch nicht nur um einen größeren internationalen Bekanntheitsgrad und immer mehr Touristinnen und Touristen gehen, viel mehr Augenmerk muss auf Kinder- und Jugendtourismus, Schulfahrten, internationalen Jugendaustausch gelegt werden.

Gemeinnützige Jugendbegegnungsstätten, die auch wichtige Bildungsstätten sind, müssen für alle Kinder und Jugendliche zugänglich sein. Auch hier geht es um Qualitätsverbesserung und um mehr Investitionen.

Einerseits betont die regierende Politik, dass Mecklenburg-Vorpommern ein gastfreundliches und weltoffenes Land ist, andererseits praktiziert sie aus Sicht meiner Fraktion eine restriktive Flüchtlings- und Asylpolitik. Die Umsetzung der Landeskonzption zur Integration von Migrantinnen und Migranten erfolgt aus Sicht meiner Fraktion viel zu schleppend.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen der Schlussfolgerungen und Herausforderungen, die im Bericht genannt werden, kann meine Fraktion zustimmen, nicht aber der Aussage, dass das Landesprogramm konsequent umgesetzt wird. Neben dem Tatbestand, dass vieles aus meiner Sicht doch zu schleppend erfolgt, sind noch eine ganze Reihe von Defiziten zu beklagen. Ich habe versucht, einige sichtbar zu machen. Einige benennt auch die Landesregierung selbst in ihrer Unterrichtung.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wir stehen also bei der Umsetzung des Landesprogramms zwar nicht mehr am Anfang, doch sind wir noch lange nicht so weit, um sagen zu können, dass alles reibungslos funktioniert.

Die Beratung des Zwischenberichtes der Landesregierung sollte daher Anlass für uns sein, unser eigenes Engagement für Demokratie und Toleranz zu erhöhen, die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes zu ermutigen, selbst aktiv zu werden. Wenn das Landesprogramm dabei weiter mit Leben erfüllt wird, ist das eine gute Grundlage, um erfolgreich wirken zu können. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Stefan Köster, NPD: Abtreten!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Brodkorb von der ...

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt 'ne Rednerliste.)

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die gute Nachricht lautet: Die große Mehrheit der Menschen im Land und in der Republik ist tolerant und demokratisch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Vertraut dem System noch.)

Die schlechte Nachricht ist,

(Michael Andrejewski, NPD:
Es gibt schwarze Schafe. –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Die müssen geschoren werden.)

dass es besonders in Krisenzeiten eine wachsende Zahl von Menschen gibt, die Werte wie Toleranz und Demokratie infrage stellen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Trotz eures Systems.)

Das macht sich eine kleine, aber lautstarke Minderheit zunutze,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

um nicht nur Demokratie und Toleranz zu bekämpfen, sondern um die gesamte gesellschaftliche Ordnung mit allen zivilisatorischen Errungenschaften zu gefährden.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das machen Sie doch schon.)

Meine Damen und Herren,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das gefährden Sie doch selbst, Ihr eigenes
System gefährdet diese Errungenschaften.)

seit etwa einem Jahr spüren wir Auswirkungen einer großen, weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Die hat doch nicht die NPD erfunden. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Folgen der Krise zu bewältigen, ökonomisch und sozial, erfordert nicht nur große Anstrengungen, sondern vor allem auch Rückbesinnung auf elementare gesellschaftliche Werte.

(Stefan Köster, NPD: Also Identität.)

Mit „elementar“ ist dabei nicht gemeint das Recht des Stärkeren, bei dem der Mensch zum Wolf wird.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das sagt die FDP! –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das ist doch FDP-Politik!)

Es bedeutet aber auch nicht die Preisgabe

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

des Rechtes auf Eigentum, vor allem nicht das Recht auf Freiheit.

Damit dies gelingt, brauchen wir Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen, beruflich und privat, jeder nach seinen besten Möglichkeiten. Eine Fokussierung allein auf Rechtsextremismus trifft dabei nicht den Kern des Problems.

(Udo Pastörs, NPD: Schade, da gehen
uns ja Propagandamittel verloren.)

Die sogenannten neuen Nazis sind zwar die abscheulichste Form

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

der gesellschaftlichen Entwicklung an den Rändern unserer Gesellschaft,

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
Michael Andrejewski, NPD, und
Raimund Frank Borrmann, NPD)

Aber sie sind nicht nur eine Form des Extremismus, der inzwischen vielerlei Gestalt angenommen hat. So vielfältig die Formen des Extremismus sind,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

so vielfältig sind auch die Ursachen.

(Udo Pastörs, NPD: Wo beginnt Extremismus?)

Mir scheint, dass beide Aspekte –

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

trotz enormer Anstrengungen und Erfolge – immer noch nicht ausreichend beleuchtet werden, denn auch wenn der Rechtsextremismus die Menschen im Land und unsere Gäste in besonderer Weise empört, so gibt es auch alle anderen Facetten des Extremismus hier in Mecklenburg-Vorpommern. Oft werden sie erst dann sichtbar, wenn sie sich gegenseitig bekämpfen. Extre-

misten haben aber vor allem eines gemeinsam: Ihre Welt ist dumpf und gewalttätig.

Daher, meine Damen und Herren, ist es nicht nur legitim, sondern es ist notwendig, dass man alle Phänomene von Extremismus untersucht, um möglichst alle Ursachen benennen zu können. Nur so ist aus unserer Sicht Prävention möglich.

(Stefan Köster, NPD: Jawoll.)

Leider gibt es aber noch große Defizite in der Aufarbeitung der DDR-Diktatur. Eine reflexartige Abwehrhaltung aus dem linken politischen Spektrum

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was soll denn das jetzt?)

behindert eine Diskussion.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Na das hätten Sie wohl gerne, das ist aber nicht so. –
Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Regine Lück, DIE LINKE)

Dabei geht es in einer solchen unumgänglichen Diskussion ja gar nicht um den Vergleich von Gräueltaten. Es geht vielmehr darum, Argumentationsstrukturen beziehungsweise Einstellungen von Menschen zu untersuchen, die im Ergebnis zu vergleichbaren Schlüssen kommen wie: Demokratie ist schlecht

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und Toleranz ist Schwäche.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Mir fehlt beim Studium des Berichts über „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ an mancher Stelle eine positive Ausrichtung. Damit meine ich, dass wir nicht nur gemeinsam gegen Rechts, sondern vor allem für Demokratie kämpfen müssen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das steht aber auch im Programm drin. –
Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Die Aufmerksamkeit auf jede Aktion von Rechts

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Kreher,
Sie sollten mal das Programm lesen!)

nützt vor allem den Rechtsextremen und wird von den Rechtsextremen erfolgreich gesteuert.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Und nicht das, was Sie jetzt hier erzählen.)

Wir müssen den Nazis die Bühne nehmen

(Udo Pastörs, NPD: Einsperren!)

und nicht ausschließlich über Nazis, sondern vor allem auch über die positiven Werte einer demokratischen Gesellschaft und der sozialen Marktwirtschaft reden.

(Udo Pastörs, NPD: Lassen Sie uns doch mal eine gemeinsame Veranstaltung machen! –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Wirtschafts- und Finanzkrise wird schon mal schnell

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das traut er sich nicht.)

mit Kapitalismus gleichgesetzt,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Marktwirtschaft wird mit Demokratie gleichgesetzt. In der Folge werden alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme mit Demokratie und Toleranz in Verbindung gebracht.

(Udo Pastörs, NPD: Da ist ja auch was dran.)

Viele Menschen fühlen sich überfordert und/oder wollen sich nicht differenzieren

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

mit Problemen und Ursachen auseinandersetzen.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Aber Sie müssten das.)

Wir können davon ausgehen, dass fehlende Kenntnisse über Einbringungsmöglichkeiten des Einzelnen, fehlende Kenntnisse

(Wolfgang Gries, DIE LINKE:
Die haben Sie, Herr Kreher.)

über Diktaturen und fehlende Kenntnisse über wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu extremistischen Denkmustern führen.

(Stefan Köster, NPD: Jawoll!)

Für mich, meine Damen und Herren, ist daher eine gründliche Untersuchung

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD)

und Aufklärung aller Phänomene, die zu Extremismus führen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die Voraussetzung zur Stärkung von Demokratie und Toleranz.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir müssen vor allem die Defizite in der Kinder- und Jugendarbeit verbessern.

Meine Damen und Herren, ich schließe und komme zu Folgendem: Jeder von uns ist mitverantwortlich, wie tolerant und demokratisch unsere Gesellschaft ist. Jeder entscheidet täglich darüber, wie frei oder wie offen unsere Gesellschaft ist,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn jeder von uns ist Teil des Volkes.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir sind Demokratie.

(Stefan Köster, NPD: Wir sind das Volk.)

Wir sind das Volk.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Gelächter bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine ...

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Ein bisschen höher müsste es, ja.

(Udo Pastörs, NPD: Ganz ruhig, Herr Jäger!)

Frau Präsidentin!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren Kollegen!

Herr Kreher, das war der Ansatz. Der Ansatz war nicht, dass das Programm sich „gegen“ richtet. Das Programm hat ein ganz großes Ziel, nämlich zu werben für Demokratie und Toleranz.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, das steht auch da so drin.)

Und so haben wir das mal angefangen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Für euch selbst, das ist das. Ja.)

Genau, völlig richtig, Frau Borchardt, völlig richtig.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und genau das zeigt auch dieser Zwischenbericht, dass die Landesregierung das so angefasst hat.

Und vielen Dank, Frau Sozialministerin. Ich finde, dass der Zwischenbericht zeigt, dass sich Regierung und Parlament an diesem Punkt sehr gut verstanden haben. So haben wir es gewollt.

(Udo Pastörs, NPD:
Ja, wir sind auch zufrieden.)

Das war ein gemeinsames Anliegen, und deswegen will ich auch nicht die Unterschiede herausstellen, die immer in der Bewertung sein können,

(Udo Pastörs, NPD: Sie nehmen uns
so wichtig. Das ist so wertvoll für uns.)

sondern das Gemeinsame sagen, das SPD, CDU, DIE LINKE und die FDP hier miteinander getan haben.

In der letzten Legislaturperiode haben wir schon angefangen und wir haben damals mit dem Handlungsrahmen Demokratie und Toleranz – das war gar nicht so einfach, auf einen gemeinsam zu tragenden Nenner zu kommen – den Grundstein gelegt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wir haben alle gelernt.)

Ich finde, der hat sich als sehr stabil erwiesen, auch Belastungen standgehalten.

Meine Damen und Herren, wir sehen aus dem Zwischenbericht der Landesregierung, dass in allen Ministerien Aktivitäten laufen, die Demokratie und Toleranz stärken, also genau in die richtige Richtung gehen.

(Stefan Köster, NPD: Jawoll.)

Und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen in diesem Berichtszeitraum hat sich auch aus meiner Sicht – und ich glaube, das können wir alle sagen – verbessert. Die Professionalität in den Projekten ist gewachsen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja,
das habe ich mir angeguckt.)

Es genügt nicht nur, etwas Gutes zu wollen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

man muss es auch können, und diese Professionalität ist in erheblichem Maße gewachsen. Es gibt eine bessere Koordinierung, auch durch die dazu geschaffene Landeskoordinierungsstelle in Ihrem Ministerium, Frau Ministerin Schwesig, und die konsequente Nutzung von Bundesprogrammen hilft uns bei eigenen Schwerpunktsetzungen. Die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur haben sich etabliert und geben wichtige Unterstützung für die Arbeit vor Ort, und das hört man gerade von den Akteuren, gerade dort vor Ort.

Es gibt viele Menschen in unserem Land, die sich sehr ernsthaft und sehr engagiert für Demokratie und gegen politischen Extremismus engagieren. Das wollen wir trotz aller strukturellen Überlegungen immer wieder auch betonen, dass es viele sind, die gar nicht organisiert sind, die sich aber mit einbringen. Das sind die Mitglieder, die nicht dafür sich organisiert haben, das sind Mitglieder in demokratischen Vereinen, Institutionen, Bürgergruppen, in Kirchen, in Gewerkschaften, aber auch natürlich in den Parteien, in den Gemeindevertretungen, in den Kreistagen, in Hilfsgruppen, überall dort in Sozialverbänden, die die demokratische Zivilgesellschaft tragen.

Das Ziel, das wir da gemeinsam mit dem Programm verfolgt haben, war, hier zu unterstützen und zu bündeln. Meiner Fraktion war es besonders wichtig, dass die Organisation dieses Ringes für mehr Demokratie noch stärker in die Fläche entwickelt wird. Ich glaube, wir können sagen, dass heute die Programme breiter aufgestellt sind

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und dass vor allem denjenigen geholfen wird, die sich vor Ort jeden Tag für unsere demokratische Grundordnung engagieren.

(Stefan Köster, NPD: Jawoll. –
Udo Pastörs, NPD: Das sind aber nicht viele.)

Es sind Gott sei Dank genug.

(Udo Pastörs, NPD: Sind noch paar da.)

Es sind Gott sei Dank genug,

(Udo Pastörs, NPD: Noch.)

Und ich bin allen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern dankbar,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Michael Andrejewski, NPD)

dass sie sich nicht ins Bockshorn jagen lassen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Besonders die, die dafür bezahlt werden.)

dass sie sich für diese Demokratie engagieren.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Sie ist es wert, Herr Pastörs, das werden Sie nie begreifen.

Im Frühjahr 2006 haben wir als Fraktion –

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ich rede jetzt mal für meine Fraktion, ich will nichts dividieren, sondern ich will nur sagen, wo die einzelnen Punkte herkamen –, wir haben gesagt, Erziehung in Familie und Schule zu einem toleranten Menschenbild, zu einer positiven Einstellung zur freiheitlich-demo-

kratischen Grundordnung ist eines unserer wichtigen Ziele. Die Integration von Ausländern als Beitrag gegen Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit ist ein weiteres, der konsequente Einsatz aller rechtsstaatlichen Mittel gegen Extremismus und Gewalt ein drittes und schließlich ein viertes, ein Appell: verantwortliches Handeln der Medien.

(Udo Pastörs, NPD: Da gibt's einen guten Film jetzt Anfang der Woche.)

Wir können, glaube ich, heute sagen, dass von diesen vier Punkten deutlich gesagt werden kann, wir sind gemeinsam vorangekommen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Von Herrn Seidel unterstützt,
von Minister Seidel unterstützt.)

Es ist ein Zwischenbericht, meine Damen und Herren.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
160.000 Euro.)

Wir werden die Welt nicht in kurzer Zeit ändern,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
160.000 Euro.)

aber wir gucken heute zurück auf den Anfang und sagen, wir sind in die richtige Richtung gegangen und sind vorangekommen,

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

das ist schon wichtig.

Wir haben damals gesagt, wir wollen speziell ausgewiesene Haushaltsmittel bereitstellen, das ist uns gemeinsam, und da betone ich wirklich das Wort „gemeinsam“, gelungen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Wir haben bei der Ausrichtung der politischen Bildung im Lande mit dem Bildungsbus, aber auch, Frau Präsidentin, mit der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ neue Initiativen gesetzt, die, wie ich meine, sich bewähren.

(Udo Pastörs, NPD: Woher wissen Sie das alles, was Sie da schnattern?)

Wir haben die Aktivitäten und Aktionen vor Ort unterstützt, weil es gelungen ist, dass sich alle Ministerien – und sehr ernsthaft – engagieren, weil es gelungen ist, Landes- und Bundesprogramme sinnvoll aufeinander abzustimmen und zu koordinieren.

Wir haben einen der politischen Schwerpunkte immer wieder besonders herausgehoben und ich will es auch hier tun. Uns geht es darum, aktiv für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für eine ernsthafte und zielgerichtete Auseinandersetzung mit extremistischen Tendenzen einzustehen.

(Udo Pastörs, NPD: Aber bitte mit Toleranz, Herr Dr. Jäger, das Ganze, würde ich sagen.)

Wir brauchen ein breit getragenes, positives Engagement für diese freiheitlich-demokratische Ordnung. Es reicht eben nicht,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

es reicht eben nicht, dass wir alle zusammen alle paar Jahre zur Wahl gehen. Ich würde mich freuen, dass noch mehr zur Wahl gehen,

(Udo Pastörs, NPD: Was heißt „noch mehr“?)

aber auch das reicht nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Es sind ja kaum noch welche.)

Es reicht auch nicht, regelmäßig Zeitung zu lesen oder im Fernsehen Nachrichten zu sehen,

(Udo Pastörs, NPD: Sie machen noch weiter mit Ihrer Demokratie, bis nur noch zehn Prozent sind.)

und es reicht auch nicht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wenn wir gelegentlich im eigenen Freundeskreis die jüngsten politischen Skandale oder auch Reformideen diskutieren, denn das sind alles mehr oder weniger passive Vorgänge. Es wird von uns mehr erwartet. Uns geht es darum, dass aktiv mitgemacht wird,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das geht doch gar nicht in diesem System.)

dass gefördert wird, dass initiiert wird,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Die Leute werden doch ausgesperrt.
Die können doch gar nicht aktiv werden, außer bei der Wahl mal.)

was diese freiheitlich-demokratische Grundordnung voranbringt.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ansonsten lehnen Sie doch die Aktivitäten ab.)

Wir brauchen Demokraten, die sich für Toleranz und Vielfalt aktiv einsetzen, selbst, wenn sie von Ihnen dafür angepöbelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Raimund Frank Borrmann, NPD: Das geht doch gar nicht. Die Leute werden ausgesperrt.)

Wir wollen die Leute vor Ort unterstützen, die vielen ehrenamtlichen Bürgermeister, die Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bürgerschaftsabgeordneten, die Lehrer, die Museumsmitarbeiter, die Leiter von Feuerwehren und von Sportverbänden,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Ja, die Museen werden geschlossen,
die Bibliotheken werden geschlossen.)

und eben die Bürger, die sich an die Spitze von Vereinen wählen lassen

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und sich einsetzen für Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

dieser demokratische Staat ist kompliziert, das weiß ich auch.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Der geht an seiner eigenen Kompliziertheit kaputt.)

Er fordert von uns das freiwillige Engagement. Er fordert solidarisches Verhalten aller Bürgerinnen und Bürger. Er hat verloren, wenn wir diese Eigenschaften verloren haben, und dafür kämpfen wir, wir wollen sie erhalten und fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Sie glauben an den Endsieg, jawohl!)

Dazu gehört auch kritisches Denken, dazu gehört

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

argumentative Auseinandersetzung, auch wenn es mal fetzt, auch das gehört dazu, offen auszusprechen, wo Gegensätze sind, aber auch offen auszusprechen, wie wir zueinanderkommen. Und das sind Aufgaben für unser ganz alltägliches Leben. Wir können dabei beitragen, Grundgesetz und Landesverfassung zu verteidigen. Die Würde des Menschen als den Maßstab unseres Handelns, allen staatlichen, allen zivilen Handelns, als festes Bild zu verankern, das ist unsere Aufgabe. Dazu gehört die Anerkennung von Vielfalt, von Pluralismus und Freiheitlichkeit, um nur drei Begriffe zu nennen, auf die es uns ankommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und deswegen ist die Arbeit an Demokratie auf lange Zeit angelegt und deswegen ist ein Zwischenbericht nur eine Momentaufnahme, für mich eine positive.

(Udo Pastörs, NPD: Fragen Sie mal die Hartz-IV-Empfänger, was die davon halten, was Sie hier loslassen!)

Und ich möchte schon sagen, dass die Regionalzentren sich bewährt haben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hier ist genau das geschehen, was wir gehofft haben, hier haben sich Mitarbeiter der Sache zur Verfügung gestellt.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Und sie sind in der Fläche angekommen, was auch nicht so einfach ist, wenn man von außen kommt. Aber sie sind dort angekommen und angenommen worden und das ist eine doch gute Sache.

Meine Damen und Herren, wir haben uns immer dafür ausgesprochen, dass evaluiert wird, dass nicht nur Geld den Strukturen gegeben wird, sondern dass man auch guckt, was geschieht denn damit. Das sind wir auch demjenigen, der es aufbringt, nämlich dem Steuerzahler, schuldig.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig. –
Udo Pastörs, NPD: Das schauen Sie sich mal genau an!)

Und wir wissen natürlich auch – so blauäugig ist von uns auch keiner – um die Kreativität mancher Vereine und Verbände, wenn es darum geht, für eigene Aktivitäten Steuergelder zur Verfügung zu erhalten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich sage das nicht negativ, wir müssen es nur wissen und wir müssen uns darauf einstellen. Und deswegen,

Kollege Holter ist jetzt nicht da, aber ich sage es trotzdem, „Schwitzen gegen Rechts“ oder „Trommeln gegen Rechts“ sind Dinge, die gibt es nicht mehr und das war auch nichts.

(Udo Pastörs, NPD: Es gab sogar Luftanhalten gegen Rechts.)

Das hilft nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Wir sind aber heute uns darüber einig, dass wir in aller Ernsthaftigkeit –

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und Herr Ritter hat das ja hier noch mal gesagt –, in aller Ernsthaftigkeit gemeinschaftlich als unterschiedliche Akteure im gleichen Feld arbeiten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss Sie mal unterbrechen.

Meine Herren von der Fraktion der NPD, auch bei Zwischenrufen ist die Würde des Hauses zu wahren. Ich möchte Sie noch einmal ermahnen.

Bitte, Herr Jäger, Sie haben das Wort.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist so lustig aber.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön, Frau Präsidentin. Ich habe das gar nicht mehr mitgekriegt, weil ich hier dieses Gebrabbel,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das Gebrabbel, was Sie da von sich geben, das kann doch kein Mensch mehr ernst nehmen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ehrt Sie, dass Sie da nicht hinhören.)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

einige Sätze, die Sie sicher auch von mir erwarten, zur Diskussion um die Ausgestaltung der Programme des Bundes: Herr Ritter, Sie haben das kritisch gesagt, das ist Ihr gutes Recht, ich will das auch gar nicht von hier aus kritisieren, aber ich sehe da überhaupt kein Problem für unsere Programme auf Landesebene.

Meine Damen und Herren, die Akteure, die wir alle kennen, die da arbeiten, die brauchen doch die kritische Frage, ob sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, gar nicht zu fürchten. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir die vereinbarte Evaluation durchführen, dann werden wir schon fragen müssen, an wen ist denn das Geld gegangen. Und deswegen bin ich durchaus der Meinung, es ist sinnvoll, dass diejenigen, die für Demokratie und Toleranz werben sollen, zunächst einmal ganz deutlich machen, dass sie für Demokratie und Toleranz stehen. Das ist doch völlig normal.

Der Ansatz des Bundes, dass er die begrenzten Steuergelder – und wir können leider nicht mehr Geld drucken,

(Udo Pastörs, NPD: Na!)

also wir können es sowieso nicht, aber auch der Bund kann es nur, soweit Deckung vorhanden ist –,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das machen Sie doch sowieso, Sie drucken doch Geld ohne Ende. Milliarden, Millionen!)

die begrenzten Steuergelder entsprechend den Erfordernissen einzusetzen,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Sie pressen das Volk aus.)

ist doch richtig. Ich habe aber auch da keine Sorge, dass unsere Projekte darunter leiden müssen, denn es ist sicher unbestritten, in unserem Land ist die rechtsextremistisch ideologisierte Szene das Problem, in unserem Land ist dies überhaupt unstrittig, meine Damen und Herren. Und deswegen ist es auch schade, dass sich so einige von diesen Extremisten bei uns im Landtag rumtreiben. Das ist nun mal so.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und deswegen konzentrieren wir,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Jetzt treiben Sie sich ja hier auch rum.)

und, Herr Ritter, da gebe ich Ihnen recht,

(Michael Andrejewski, NPD: Rumtreiben!)

die Anstrengungen sind voll auf diesen Bereich zu konzentrieren. Aber der eine oder andere weiß, dass ich früher in Berlin war und aus eigener Erfahrung sage, dass es in Berlin, aber auch in Hamburg eine gewalttätige linksextremistische Szene gibt ...

(Udo Pastörs, NPD: Nein, sagen Sie bloß!)

Herr Pastörs,

(Udo Pastörs, NPD: Also
das überrascht mich total.)

bei den Dingen, von denen Sie keine Ahnung haben, da sollten Sie einfach mal ganz ruhig sein. Da verstehen Sie nun wirklich nichts davon.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Da reden Sie nur irgendwelchen Leuten nach dem Mund. Sie sind einfach völlig unfähig,

(Udo Pastörs, NPD: Ich bin überrascht.)

ernsthafte Gedanken zum Ausdruck zu bringen.

(Stefan Köster, NPD: Wir sind nur
besonders tolerante Demokraten.)

Nein, das hat mit Toleranz nichts zu tun, aber was Unsinn ist, ist Unsinn, und das darf ich von diesem Pult auch sagen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren, in Berlin und Hamburg sieht man die Dinge natürlich, weil sie dort anders geartet sind, anders.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind schon weiter.)

Und natürlich gibt es dort und auch in anderen Bundesländern islamischen Extremismus.

(Stefan Köster, NPD: Genau. –
Udo Pastörs, NPD: Nein!)

Das muss uns hier aber nicht dazu bringen,

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

uns auf die Köpfe zu hauen und zu sagen, wir schauen in die falsche Richtung.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Baut Moscheen, schließt Kirchen! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, dort sitzt im Augenblick die Gefahr für die Demokratie in unserem Lande. Und wir werden uns bei all unseren Bemühungen darauf konzentrieren, für Toleranz zu werben, gegen Ausländerhass mobil zu machen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

gegen rechtsextremistischen Hass mobil zu machen. Linksextremisten gibt es in anderen Ländern auch, die müssen dort auch genauso mit dem Bild der Demokratie verglichen werden

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Bild der Demokratie!)

und festgestellt werden, da passen sie nicht hin.

(Udo Pastörs, NPD: Formatiert werden. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der
Fraktion der NPD – Zuruf von
Raimund Frank Borrmann, NPD)

Aber, meine Damen und Herren, ich habe keine Sorge, wenn unsere Regionalzentren sich einer Verfassungsprüfung stellen müssen. Es sind überwiegend sehr engagierte Damen, von denen wir Männer uns ein ganz schönes Vorbild auch vorleben lassen, wie engagiert sie in der Fläche sind.

(Udo Pastörs, NPD: Na dann ändern Sie
das mal, Herr Dr. Jäger, ändern Sie das mal!)

Da mache ich mir keine Sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und DIE LINKE)

Unsere Regionalzentren sind völlig außerhalb solcher Zweifel.

Frau Ministerin, vielen Dank für den Zwischenbericht. Ich sage, wenn wir den Endbericht haben, macht es Sinn, den noch mal in den Ausschüssen zu beraten, weil wir gucken wollen, was wir erreicht haben. Das Thema ist zu wichtig, dass wir es nur in Berichten wiederfinden, aber der Bericht ist so gut, dass wir damit arbeiten können. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Udo Pastörs, NPD: Sag, wo noch Geld fehlt,
dann machen wir eine NPD-Kreistagsstelle auf!)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute Toleranz, morgen fremd im eigenen Land. Wir Nationaldemokraten begrüßen aber auch, dass heute hierzu gesprochen wird, zeigt doch diese Unterrichtung die große Steuergeldverschwendung hier im Land auf. Im Krampf gegen Rechts und für die neue Ersatzreligion Demokratie und Toleranz werden von Bund, Ländern und Kommunen im Land immer mehr Steuergelder verprasst. Allein in Mecklenburg-Vorpommern wurden im vergangenen Jahr mindestens rund 2 Millionen Euro Steuergelder verplempert.

(Udo Pastörs, NPD: Wir haben's doch!)

So verschlangen schon allein die dubiosen vier Regionalzentren mit jeweils 143.700 Euro fast 600.000 Euro aus der Tasche des Steuerzahlers.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Auch der wenig seriöse Verein Lobby e.V.,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

der 2007 endlich einmal auch von den Medien kritisch beleuchtet wurde

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

und den ich hier an dieser Stelle richtigerweise auch als Lügenverein bezeichnete,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

war beim Abkassieren wieder einmal dabei.

(Udo Pastörs, NPD:
Ja, Bratwürste gegen Rechts.)

Dem Verein, der es sich zur Aufgabe macht, sogenannte und selbsternannte Opfer rechtsextremer Gewalt zu betreuen, konnte mit vielen Kleinen Anfragen meinerseits nachgewiesen werden, dass er es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt.

(Heinz Müller, SPD: Aber Sie! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Von der politischen Klasse hier im Land werden die Verlautbarungen dieses merkwürdigen Vereins immer noch für bare Münze genommen. Nicht anders ist zu erklären,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dass dieser Verein im Jahr 2009 rund 145.000 Euro aus der Steuerkasse erhielt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Seien Sie doch zumindest einmal in diesem Hause ehrlich und geben Sie zu, dass Sie die Floskel „Demokratie und Toleranz“ nur verwenden, um Ihre obskuren politischen Gedanken unter das Volk zu tragen und gleichzeitig eine politische Konkurrenz, die im Gegensatz zu Ihren Parteien eine gesunde Altersstruktur aufweist, zu bekämpfen!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind doch keine ernsthafte Konkurrenz, Herr Köster.)

Eine kleine Anfrage meinerseits auf der Drucksache 5/3092 zur „Bezuschussung von Projekten ‚gegen Rechtsextremismus‘ und ‚für Demokratie und Toleranz‘“ war in diesem Zusammenhang auch sehr aufschlussreich. Dort ist nachzulesen, wie sich die etablierten Parteien, ihre Jugendorganisationen und viele andere ehrenwerte Personen und Organisationen aus dem Landeshaushalt bedienen, alles natürlich für Demokratie und Toleranz. Dort erhalten sogenannte Anti-Rechts-Experten Fördergelder aus dem Landeshaushalt, die von Recht im Allgemeinen und der NPD im Besonderen nicht mehr Ahnung haben, als zum Beispiel die NPD im Welt-netz veröffentlicht.

Aber auch die ehrenwerte Juso-Initiative „Endstation Rechts“ bedient sich regelmäßig direkt oder indirekt aus dem Landeshaushalt. So hat die Landeszentrale für poli-

tische Bildung in den letzten Jahren alle wahrnehmbaren Aktionen dieser Beobachtungsplattform und der Jusos in Mecklenburg-Vorpommern finanziert.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das sind gut angelegte Steuergelder.)

Aber auch andere Fördervorhaben zeigen auf, dass hier Steuergelder verschwendet werden.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

Ein Marionettenspiel mit dem Titel „Vom Igel, der keiner mehr sein sollte“ erhielt 2.400 Euro. In einem Förderantrag mit dem bezeichnenden Titel „Für meinen Bruder“

(Udo Pastörs, NPD: Ha!)

werden 5.000 Euro gefordert. Der Initiative „Immergut-rocken“ wurden 5.000 Euro bewilligt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das Tauschobjekt Toleranz eines fragwürdigen Vereins aus Stralsund erhielt fast 4.500 Euro.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Auch viele Veranstaltungen und Stadtfeste konnten sich über Zuwendungen im Namen von Demokratie und Toleranz freuen.

(Michael Andrejewski, NPD: Bratwürste. –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Generell sollten Sie sich einmal die Zuwendungen im Namen des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ ansehen – Steuergeldverschwendung pur.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und
Peter Ritter, DIE LINKE: Meinen Sie!)

Zum Schluss bleibt festzuhalten: Mit Ihrer neuen Ersatzreligion „Demokratie und Toleranz“ ist es Ihnen lediglich gelungen, originäre Parteiarbeit und Freizeitgestaltung Ihrer Klientel durch zusätzliche Staatsmittel finanzieren zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Und, Herr Dr. Jäger, Ihr Einsatz für Demokratie und Toleranz endet in rechtswidrigen Blockaden, endet in Straßenschlachten und endet in Gewalt gegen Polizeibeamte. Das haben Sie sich persönlich zuschreiben zu lassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie kriegen
gleich einen Herzkasper da vorne. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Unseren Einsatz für die Freiheit

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und Selbstbestimmung unseres Volkes,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Schreiben Sie lieber Romane!)

für Gerechtigkeit, für Identität

(Wolfgang Griesse, DIE LINKE:
Es wäre schade drum.)

und Familienfreundlichkeit werden Sie mit diesen Steuergeldverpressungen niemals stoppen können. Die NPD ist stärker als Ihr gesamter Schwachsinn.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zurufe von Angelika Peters, SPD, und
Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Also ich mache an der Stelle noch mal darauf aufmerksam, dass es keineswegs darum geht, hier den Lautstärkepegel anzuheben. Nicht wer am lautesten redet, hat recht.

(Stefan Köster, NPD: Aber
man setzt sich am besten durch.)

Ich will an der Stelle noch mal darauf hinweisen,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

dass wir schon das Recht darauf haben, hier unsere Ohren zu schonen. Also bitte ich Sie, Ihre Lautstärke hier etwas zu mäßigen, wenn Sie hier vorne vom Pult sprechen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Brodkorb für die Fraktion der SPD.

(Stefan Köster, NPD: Na, wieder
Steuergelder kassieren, Matze? –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Köster, man muss Ihnen für Ihren Redebeitrag wirklich sehr dankbar sein,

(Stefan Köster, NPD: Bitte schön. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

weil Sie noch mal untermauert haben, warum es gut ist, dass es dieses Programm gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und es muss Sie ganz schön treffen, dass wir offenbar eine gute Arbeit leisten, wenn Sie es nötig haben, sich so an einzelnen Projekten abzureagieren.

(Michael Andrejewski, NPD:
Wir schaffen gern Arbeitsplätze.)

Ich fasse das als eine Bestätigung

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Hier sind noch mehr davon.)

unserer erfolgreichen Arbeit im Kampf gegen die NPD auf. Deswegen herzlichen Dank dafür,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

dass Sie uns das hier noch mal so ins Stammbuch schreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Aber ich möchte Ihnen durchaus recht geben. Sie haben von Steuergeldverschwendung ...

(Stefan Köster, NPD: Ich habe die
Steuergeldverschwendung angegeben.)

Ja, natürlich. Sie haben von Steuergeldverschwendung gesprochen, da will ich Ihnen ausdrücklich recht geben. Ich finde das auch unerträglich,

(Michael Andrejewski, NPD:
Sie meinen, was uns betrifft.)

ich finde es bis heute unerträglich, dass Sie als Partei zugelassen sind

(Stefan Köster, NPD:
Wir sind die Demokratiefeinde.)

und in der Tat Millionen von Steuergeldern

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das gilt aber auch für die SPD.)

verschwendet werden dadurch, dass Sie finanziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das gilt auch für die SPD.)

Und es gibt in der Tat einen gewissen Zusammenhang

(Udo Pastörs, NPD: Das sind
die Spielregeln Ihrer Demokratie.
Dann verbieten Sie uns doch!)

zwischen den Steuergeldern, die Sie hier bekommen, und den Steuergeldern, die wir aufwenden müssen, um Ihren Unfug wieder zu bekämpfen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie beklagen Ihre
eigene Demokratie, Ihr eigenes Rechtswesen.)

Deswegen hat dieses Parlament sich ja auch für das NPD-Verbot ausgesprochen, um diese paradoxe Steuergeldverschwendung zu beenden.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und wir werden damit irgendwann auch erfolgreich sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Am besten die Wirtschaft abschaffen. –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Aber ich glaube, das reicht in der Sache, denn wir wollen uns ja nicht mit der NPD, sondern mit uns in der Demokratie beschäftigen.

(Udo Pastörs, NPD: Mit sich selber
beschäftigen Sie sich. Das ist 'ne gute Idee. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und ich würde gerne zu einem Punkt

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

ein paar Ausführungen machen,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

der hier schon eine gewisse Rolle gespielt hat, denn dass das im Grundsatz ein vernünftiger Ansatz ist, bei dem man im Detail noch viele Dinge nachzuarbeiten hat,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

wie das im Leben immer ist, darüber sind wir uns ja einig.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich würde gerne aufgreifen die mehrfach in den Reden angesprochene Debatte über die Neuausrichtung der Bundesprogramme, weil sich ja in der Tat die Frage

stellt: Was bedeutet das eigentlich für uns? Und ich kann sehr gut verstehen, dass Herr Ritter die Neuausrichtung der Bundesprogramme kritisiert. Ich würde allerdings auch uns allen dazu raten, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten bei dieser Kritik. Wenn die Linkspartei beispielsweise sagt, man darf Links- und Rechtsextremismus nicht gleichsetzen, dann sollte man das allein schon deshalb unterstützen, weil es ja sonst eine Verkennung der speziellen Unterschiede und auch der unterschiedlichen Gegnerschaft wäre. Also wenn man sich damit auseinandersetzen will, muss man das schon präzise betrachten und darf es nicht gleichsetzen.

Genauso, Herr Ritter, gebe ich Ihnen recht, wenn Sie sagen: Es gibt in der Politik leider hin und wieder die Tendenz, sowohl den Begriff des Rechtsextremismus als auch den des Linksextremismus

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

als politische Kampfbegriffe zu gebrauchen und Menschen mit unliebsamen Meinungen, die eigentlich auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, damit zu etikettieren und politisch zu bekämpfen. Das passiert allerdings Linken ganz genauso wie Rechten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und insofern würde ich auch an der Stelle sagen: Da gibt es einen richtigen Aspekt der Kritik, aber man sollte aufpassen. Ich würde das Ganze gerne mal anders aufziehen und sagen: In einem demokratischen Verfassungsstaat ist es Verfassungsauftrag, gegen jede Form von Extremismus vorzugehen, denn Extremismus bedeutet am Ende nichts anderes, als die Grundwerte eines demokratischen Verfassungsstaates abzulehnen.

(Udo Pastörs, NPD: Das Problem ist nur: Wo beginnt der?)

Und diese Ablehnung

(Stefan Köster, NPD: Dann sollten Sie mal mit Ihren eigenen Mitarbeitern sprechen!)

gibt es von Links ganz genauso wie von Rechts und dementsprechend ist es durchaus sogar zu begrüßen, also wenn Sie mich fragen, ich begrüße es, dass die Bundesregierung – auch wenn mir die Bundesregierung insgesamt nicht gefällt – das Thema Linksextremismus auf die Tagesordnung gesetzt hat. Allerdings,

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr gut, sehr gut.)

allerdings ...

(Marc Reinhardt, CDU: Und weiterentwickeln.)

Herr Reinhardt, das ist einfach sozusagen unsere Verfassungslage, der man da Rechnung tragen muss.

Insofern finde ich es aber auch richtig, dass von der Bundesregierung eine Gewichtung vorgenommen wurde, die trotzdem nicht undeutlich macht, wo hier die Schwerpunkte in diesem Land liegen.

(Hans Kreher, FDP: Das ist richtig.)

Es ist ja nicht so, dass es da eine gleichgewichtige Verteilung der Mittel gibt, sondern es gibt erhebliche Schwerpunktsetzungen.

Die einzigen Fragen, die man diskutieren kann aus meiner Sicht, sind in der Tat die: Stellt man zusätzliche Mittel zur Verfügung, um dieser weiteren Herausforderung zu begegnen, oder macht man das zulasten beste-

hender Programme gegen Rechtsextremismus? Da hat die Sozialministerin den Standpunkt der SPD ziemlich deutlich gemacht. Und insofern sollte man über diese Sache diskutieren und nicht über die Grundsatzfrage, denn über die kann man, glaube ich, wenn man zur Demokratie steht, gar nicht so richtig uneins sein.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und das wird ja im Prinzip auch deutlich durch unser eigenes Programm. Das heißt ja nicht Programm „gegen Rechtsextremismus“, sondern „für Demokratie und Toleranz“.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Es gibt an allen Stellen Intoleranz und Gegnerschaft zur Demokratie und dann muss man sich damit auseinandersetzen. Ein Beispiel ist der Punkt 4.4.3, ich darf das mal zitieren: „Rundschreiben des Innenministeriums vom 15. November 2007 zur Vermietung von öffentlichen Einrichtungen an rechts- oder linksextremistische Gruppen“. Das heißt, dieser Gedanke, auch etwas gegen Linksextremismus zu tun, soweit es erforderlich ist, liegt am Ende auch unserem Programm zugrunde.

Nur, Herr Jäger, damit die Kuschelei mit der CDU nicht zu heftig wird jetzt an dieser Stelle,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich hab da nichts gegen.)

möchte ich mich schon noch ein bisschen distanzieren von dem, was Sie gesagt haben mit Blick auf die Regionalzentren und eine mögliche Überprüfung beim Verfassungsschutz.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Natürlich: Jeder, der in dem Bereich seriös arbeitet, muss keine Angst haben. Aber stellen Sie sich einmal vor, der Staat kündigte an: Wir überprüfen jetzt mal alle Bürger, ob das eigentlich Verbrecher sind. Und alle, die keine Verbrecher sind,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die müssen sich ja,

(Udo Pastörs, NPD: Das macht der Staat doch schon längst.)

alle, die keine Verbrecher sind, müssen sich ja nicht irgendwie angegriffen fühlen, die haben ja nichts zu befürchten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich glaube, in dem sensiblen Bereich der Extremismusbekämpfung tut auch der Staat gut daran, nicht diejenigen, die sich gegen Demokratiefeinde engagieren, unter einen Generalverdacht zu stellen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das tut niemand.)

Das heißt, wenn es konkrete Anhaltspunkte gibt, die eine Fallüberprüfung sinnvoll oder notwendig erscheinen lassen, dann sollte man das tun, aber man sollte sich auch in der öffentlichen Debatte – und ich glaube, mindestens die ist schiefgegangen in den letzten Monaten – davor hüten, das zu tun, wovon zumindest der Eindruck entstanden ist, dass es getan wurde, nämlich anzukündigen, dass man Generalüberprüfungen macht. Herr Jäger, wenn das nicht so ist, dann ist Ihr Hinweis auf die Regionalzentren überflüssig, denn Sie sagen ja

selber: Niemand kann ernsthaft behaupten, dass eines unserer Regionalzentren in dieser Hinsicht anfällig ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, was ist denn daran falsch?)

Also gibt es auch gar nichts, worüber wir dann zu reden haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was ist daran falsch? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich habe die Debatte auf der Bundesebene so verstanden, dass Frau Schröder sich das vorbehält.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn Demokraten reden, haben Sie Pause. Sie haben Pause! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und ich glaube, das ist auch der Punkt, an dem Herr Ritter ein bisschen nervös wird und sich die Frage stellt, ob die Bekämpfung des Linksextremismus

(Udo Pastörs, NPD: Ist jeder ein Verbrecher, der dieses System ablehnt? Das ist die Frage.)

nicht vielleicht auch ein politisiertes Instrument ist, um Leute zu diskreditieren. Und damit das einfach gar nicht passiert, können wir uns doch nach rechtsstaatlichen Grundsätzen auf folgendes Verfahren einigen und sollten auch in diesem Land weiter so verfahren:

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt genug Verbrecher, die dieses System befürworten.)

Besteht der Verdacht, wird überprüft, und ansonsten gehen wir davon aus, dass Bürger dieses Landes rechts-treue, verfassungsgemäße Handlungen vollziehen,

(Udo Pastörs, NPD: Schafe.)

und wir unterstützen sie in ihren Bemühungen.

(Udo Pastörs, NPD: Schafe.)

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Brodkorb.

Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 5/3063 verfahrensmäßig für erledigt erklären? –

(Zurufe aus dem Plenum: Ja. –
Michael Andrejewski, NPD: Erledigt ist gut.)

Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 28. April 2010, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Schluss: 15.10 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Norbert Baunach, Gabriele Měšťan, Irene Müller, Michael Roolf, Ute Schildt und Dr. Fritz Tack.

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes teilgenommen haben

(erster Wahlgang)

– Drucksache 5/3271 –

1. Andrejewski, Michael	NPD	34. Müller, Heinz	SPD
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	35. Müller, Tino	NPD
3. Bluhm, Andreas	DIE LINKE	36. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
4. Borchardt, Barbara	DIE LINKE	37. Pastörs, Udo	NPD
5. Borchert, Rudolf	SPD	38. Peters, Angelika	SPD
6. Dr. Born, Ulrich	CDU	39. Polzin, Heike	SPD
7. Borrmann, Raimund Frank	NPD	40. Ratjen, Sebastian	FDP
8. Bretschneider, Sylvia	SPD	41. Reese, Sigrun	FDP
9. Brodkorb, Mathias	SPD	42. Reinhardt, Marc	CDU
10. Caffier, Lorenz	CDU	43. Renz, Torsten	CDU
11. Dankert, Reinhard	SPD	44. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
12. Glawe, Harry	CDU	45. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
13. Grabow, Ralf	FDP	46. Ritter, Peter	DIE LINKE
14. Griese, Wolfgang	DIE LINKE	47. Rühls, Günter	CDU
15. Heydorn, Jörg	SPD	48. Schlotmann, Volker	SPD
16. Holter, Helmut	DIE LINKE	49. Schlupp, Beate	CDU
17. Holznagel, Renate	CDU	50. Schnur, Toralf	FDP
18. Dr. Jäger, Armin	CDU	51. Schulte, Jochen	SPD
19. Kokert, Vincent	CDU	52. Schwarz, Thomas	SPD
20. Koplin, Torsten	DIE LINKE	53. Schwebs, Birgit	DIE LINKE
21. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	54. Dr. Seemann, Margret	SPD
22. Köster, Stefan	NPD	55. Seidel, Jürgen	CDU
23. Kreher, Hans	FDP	56. SELLERING, Erwin	SPD
24. Lenz, Burkhard	CDU	57. Specht, André	CDU
25. Leonhard, Gino	FDP	58. Stein, Peter	CDU
26. Dr. Linke, Marianne	DIE LINKE	59. Dr. von Storch, Henning	CDU
27. Liskow, Egbert	CDU	60. Tegtmeier, Martina	SPD
28. Lochner-Borst, Ilka	CDU	61. Dr. Timm, Gottfried	SPD
29. Löttge, Mathias	CDU	62. Timm, Udo	CDU
30. Lück, Regine	DIE LINKE	63. Vierkant, Jörg	CDU
31. Lüssow, Birger	NPD	64. Waldmüller, Wolfgang	CDU
32. Dr. Methling, Wolfgang	DIE LINKE	65. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD
33. Müller, Detlef	SPD		

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes teilgenommen haben

(zweiter Wahlgang)

– Drucksache 5/3271 –

1. Andrejewski, Michael	NPD	34. Müller, Heinz	SPD
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	35. Müller, Tino	NPD
3. Bluhm, Andreas	DIE LINKE	36. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
4. Borchardt, Barbara	DIE LINKE	37. Pastörs, Udo	NPD
5. Borchert, Rudolf	SPD	38. Peters, Angelika	SPD
6. Dr. Born, Ulrich	CDU	39. Polzin, Heike	SPD
7. Borrmann, Raimund Frank	NPD	40. Ratjen, Sebastian	FDP
8. Bretschneider, Sylvia	SPD	41. Reese, Sigrun	FDP
9. Brodkorb, Mathias	SPD	42. Reinhardt, Marc	CDU
10. Caffier, Lorenz	CDU	43. Renz, Torsten	CDU
11. Dankert, Reinhard	SPD	44. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
12. Glawe, Harry	CDU	45. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
13. Grabow, Ralf	FDP	46. Ritter, Peter	DIE LINKE
14. Griese, Wolfgang	DIE LINKE	47. Rühs, Günter	CDU
15. Heydorn, Jörg	SPD	48. Schlotmann, Volker	SPD
16. Holter, Helmut	DIE LINKE	49. Schlupp, Beate	CDU
17. Holznagel, Renate	CDU	50. Schnur, Toralf	FDP
18. Dr. Jäger, Armin	CDU	51. Schulte, Jochen	SPD
19. Kokert, Vincent	CDU	52. Schwarz, Thomas	SPD
20. Koplin, Torsten	DIE LINKE	53. Schwebs, Birgit	DIE LINKE
21. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	54. Dr. Seemann, Margret	SPD
22. Köster, Stefan	NPD	55. Seidel, Jürgen	CDU
23. Kreher, Hans	FDP	56. SELLERING, Erwin	SPD
24. Lenz, Burkhard	CDU	57. Specht, André	CDU
25. Leonhard, Gino	FDP	58. Stein, Peter	CDU
26. Dr. Linke, Marianne	DIE LINKE	59. Dr. von Storch, Henning	CDU
27. Liskow, Egbert	CDU	60. Tegtmeier, Martina	SPD
28. Lochner-Borst, Ilka	CDU	61. Dr. Timm, Gottfried	SPD
29. Löttge, Mathias	CDU	62. Timm, Udo	CDU
30. Lück, Regine	DIE LINKE	63. Vierkant, Jörg	CDU
31. Lüssow, Birger	NPD	64. Waldmüller, Wolfgang	CDU
32. Dr. Methling, Wolfgang	DIE LINKE	65. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD
33. Müller, Detlef	SPD		